

DISKUS

NACHRICHTENBLATT DER
VEREINIGUNG VON
FREUNDEN U. FÖRDERERN
DER JOHANN WOLFGANG
GOETHE - UNIVERSITÄT
FRANFFURT AM MAIN E. V.

FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

5. Jahrgang — Heft 3 Preis 10 Pfg.

April 1955

Verlagsort Frankfurt a. M.

Konferenz ohne Überraschungen

Von der Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften, die zwischen dem 20. und dem 24. April in Köln stattgefunden hat, hat man vergeblich definitive Entscheidungen in Fragen erwartet, die schon seit Monaten die westdeutsche Studentenschaft beschäftigt haben. Daß es auch für das kommende Jahr im VDS ungefähr bei dem alten Kräfteverhältnis bleiben wird, dafür ist die Wiederwahl des bisherigen 1. Vorsitzenden, Marks, ein Zeichen. Er ist ein sogenannter „freier Student“, d. h. er gehört keiner studentischen Vereinigung an. Seine Wiederwahl darf man als ein Kompromiß betrachten, das nicht nur als Geste für die Freie Universität Berlin gedacht war, denn korporierte Kandidaten hätten wohl überhaupt nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit bekommen. Wie stark die Abneigung des Berliner Asta gegen die Wahl von Korporationsmitgliedern war, zeigte sich besonders bei der Nomination für den Posten des 2. Vorsitzenden. Als ein Göttinger Korporationsstudent, Angehöriger des Coburger Convents, sich um diesen Posten bemühte, drohte Berlin mit dem Austritt aus dem Verband. Jedoch gaben diese verbandsinternen Meinungsverschiedenheiten der Konferenz nicht das entscheidende Gepräge. Vielmehr wurde sie schon in dem Augenblick eminent politisch, als man über die Aufnahme des Sportverkehrs mit den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik beriet. Ein Frankfurter Antrag zur Tagesordnung auf Diskussion dieser Frage wurde zwar abgelehnt, trotzdem kam es zu einer ausführlichen Diskussion in dieser heiklen Angelegenheit, und zwar anlässlich des Jahresberichtes des Allgemeinen Deutschen Hochschulsportverbandes (ADH). Man kam zu der Auffassung, daß es das beste sei, auch in Zukunft den offiziellen Sportverkehr zu untersagen. Bei anderer Gelegenheit hatte man allerdings nichts dagegen, wenn die örtlichen ASTAs qualifizierte Vertreter einzeln oder in Gruppen in die sowjetische Zone schicken oder Delegationen aus der sowjetischen Zone in Westdeutschland empfangen. Allerdings wurde größter Wert auf die Feststellung gelegt, daß diese Reisen ausschließlich privaten Charakter trügen, die Astas also von einer Aufsichtspflicht entbunden seien. Soviel taktische Erwägungen sprechen zwar für die Sorgfalt, mit der man diese Probleme behandeln wollte, aber nicht für den politischen Mut, den man bei allem Verständnis für die Schwierigkeiten der Situation, von einem Verband deutscher Studentenschaften erwarten durfte. Es wäre ein gutes Zeichen für seine Entschlußfreigkeit und seine unabhängige Verantwortung gewesen, wäre ein Beschluß gefaßt worden, der sich nicht so eindeutig an die offizielle Regierungspolitik angelehnt hätte.

Die Frage des Ost-West-Gegensatzes zog wie ein roter Faden durch die Konferenz. Der Verband Deutscher Studentenschaften ist durch sein Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen (AGSF) hier stark engagiert. Die Unzufriedenheit nicht mit der Arbeit des Amtes, sondern vielmehr mit seiner politischen Eigenständigkeit war Anlaß zu langandauernden Diskussionen. Zum erstenmal wurde klar, daß es gewisse dritte Kreise gibt, die das AGSF mit Geldzuwendungen unterstützen und deswegen einen starken, wenn auch im einzelnen nicht nachweisbaren Einfluß ausüben. Um eine weitergehende Loslösung dieses Amtes vom VDS zu verhindern, erwog man, den Arbeitsvertrag des Amtsleiters, Spangenberg, der bereits gekündigt worden war, durch einen kurzfristigen zu ersetzen. Da man hier aber nachgeben mußte, angeblich, weil arbeitsrechtliche Erwägungen dagegenstehen, ist die Vermutung aufgekommen, daß die Position des Amtes bereits so unabhängig geworden ist, daß es den Vorstand des VDS nicht mehr unbedingt zu respektieren braucht. Die Abmachung, zukünftig mit Herrn Spangenberg wegen seines Beschäftigungsverhältnisses weiterzuverhandeln, läßt erkennen, daß auf beiden Seiten der Wunsch bestand, es nicht zum Bruch kommen zu lassen. Erleichtert wurde dieser Kompromiß durch den Umstand, daß Herr Spangenberg eine sachliche Arbeit vorweisen konnte, die vom Vorstand gewürdigt wurde. Es bleibt nur zu hoffen, daß es dem wiedergewählten 1. Vorsitzenden gelingen wird, in den nächsten Monaten in diesem Falle zu

einer Vereinbarung zu gelangen, die sowohl dem Ansehen des VDS als auch der Wichtigkeit des Amtes für gesamtdeutsche Studentenfragen, die nicht unterschätzt werden sollte, Rechnung trägt.

Eine vorläufige Festlegung der Haltung des VDS-Vorstandes zu den Wehrdienstfragen war ein weiteres wichtiges Ergebnis der Tagung, obwohl die Delegierten kein großes Interesse zeigten, diese Frage ausführlich zu besprechen. Der VDS hatte am 15. April eine Besprechung mit dem Sicherheitsbeauftragten des Bundeskanzlers, Theodor Blank. Bei dieser Gelegenheit wurde der Wunsch nach gesetzlicher Festlegung der freien Wahl des Zeitpunktes für die Ableistung des Wehrdienstes der Studenten präsentiert. Der Sicherheitsbeauftragte lehnte diesen Wunsch mit der Begründung ab, daß bei einer solchen gesetzlichen Regelung der Grundsatz der Gleichheit aller Wehrdienstpflichtigen vor dem Gesetze nicht mehr gewährleistet wäre. Nichts mehr könnte dann andere Interessengruppen hindern, mit gleichen oder weitergehenden Forderungen vorstellig zu werden. Außerdem, und das scheint das wichtigste Argument Blanks gewesen zu sein, würden wahrscheinlich alle Abiturienten das Recht zur Zurückstellung in Anspruch nehmen, also wäre der Offiziersnachwuchs, wie er aus Sicherheitsgründen notwendig ist, gefährdet. Es wird also wahrscheinlich bei einer Wehrausbildung vor der Berufsausbildung bleiben. Als Trost gedacht war wohl die Bemerkung, daß die Ausführungsbestimmungen eines Wehrgesetzes so gehalten sein werden, daß im Einzelfall die örtlichen Musterungskommissionen nach freiem Ermessen entscheiden können. Das könnte höchstens nur heißen, daß die wehrdienstuntauglichen oder die bedingt tauglichen Abiturienten in den Vorzug eines sofortigen Universitätsstudiums kommen würden, während das Gros die Uniform anziehen müsse. Den berechtigten Interessen der Studenten wäre durch eine solche Regelung schlecht Rechnung getragen, denn wer kann schon der Ermessensfähigkeit einer örtlichen Musterungskommission,

Wir haben auch einen Weltmeister



Nämlich den stud. rer. pol. Pepi Erben, der sich bei den Internationalen Skimeisterschaften der Studenten einen Doppeltitel holte. Er wurde Sieger im Abfahrtslauf und in der Alpinen Dreierkombination. Einer der wenigen, die neben Studium und Job noch das mens sana in corpore sano beherzigen.

in jedem Fall, so viel Einsicht und Sachkenntnis zutrauen, daß keine Ungerechtigkeiten entstehen. Es wäre auf alle Fälle notwendig, Berufungsinstanzen einzurichten, bei denen

Fortsetzung auf Seite 6

Lieber Mulus!

Mit dem Beginn eines jeden neuen Semesters haben wir es uns zur Pflicht gemacht, Sie als neuimmatrikulierten Bürger der Universität durch einen besonderen Artikel zu begrüßen und darin für das erste ein paar Tips zu geben.

Da stand dann jeweils zu lesen, daß es hier einen Schnelldienst gibt, bei dem Sie Ihren Monatswechsel aufbessern können, daß an der Universität soundsovielle Gemeinschaften und Verbindungen bestehen, die sich auf Ihr Erscheinen freuen, daß es beim Studentenwerk ein paar Freitische zu erringen gibt und daß alles andere an den schwarzen Brettern zu lesen steht.

Da ich nun der Ansicht bin, daß es das Beste für Sie ist, daß Sie sich den notwendigen, streifenden Blick vom linken oberen zum rechten unteren Eck eines schwarzen Brettes frühzeitig anüben, möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf etwas hinweisen, was Sie vielleicht zunächst als unsere Sache anmuten wird, eigentlich aber die Ihre sein soll.

Ich spreche von der Zeitung die Sie eben in den Händen halten. DISKUS, Frankfurter Studentenzeitung. Sie, beziehungsweise wir alle haben das Glück, an dieser Universität ein Organ zu haben, das mindestens im Volumen das größte unter denen der westdeutschen Universitäten ist. Da wir Partei sind, steht uns, als der Redaktion kein Werturteil zu; das überlassen und erhoffen wir von Ihnen. Dagegen verstößt es nicht gegen Knigge, wenn Sie hier erfahren, daß der DISKUS völlig unabhängig von Interessengruppen irgendwelcher parteipolitischer Färbung ist. Sie werden das am besten daraus entnehmen, daß Sie bald in Gesprächen hören werden, daß wir zu rot, zu schwarz, gegen oder für die Korporationen, zu scharf, zu schlapp, im Niveau zu hoch oder zu niedrig seien. Allen kann man es begreiflicher Weise nicht recht machen. Aber das ist auch nicht unsere Aufgabe.

Es kommt seltsamerweise den wenigsten in den Sinn, daß eine Zeitung, insbesondere eine Studentenzeitung, nicht nur zu lesen und zu kritisieren ist, sondern daß man auch darin schreiben und somit die eigene Meinung verbreiten kann. Der Student lebt in einem Bereich, dem die Gesellschaft besondere Freiheiten zugesteht. Dies tut sie nicht etwa, um ihm etwas Liebes zu tun, sondern, damit er sich in dieser Freiheit so entwickeln kann, daß später die Gesellschaft davon Nutzen trägt. Das heißt unmißverständlich, daß Ihr Recht zur besonderen Eigenwilligkeit in Wahrheit eine Pflicht ist. Wenn Sie von heute an mit gerichtetem Blick und anliegenden Ohren auf das Examen losrasen, erfüllen Sie diese Pflicht nicht, obwohl Sie diesen „run“ links und rechts von sich beobachten können. Streichen Sie ohne ein schlechtes Gewissen zu bekommen ruhig mindestens die Hälfte von Ihrem sicher sehr umfangreichen Stundenplan und tun Sie in der gewonnenen Zeit nichts anderes als sich umzusehen, zu fragen und zu hören. Ein weiser Mann hat uns Studenten gesagt: „Sie haben die Pflicht zur Muse!“ Damit sollte uns wiederum nichts Liebes getan werden, denn die Muse ist eine Prüfung. Wer schwach ist, wird in ihr ersticken, wer aber verdient, Student zu sein, dem wird sie Kraft und einen weiten Blick verleihen. Damit macht man dann auch ein gutes Examen und mehr.

Nun komme ich auf den Ausgangspunkt zurück. Mit diesem weiten Blick werden Sie auch bald erkennen können, daß Sie etwas zu sagen haben. Dafür, für die Probleme des Studiums in ihren weitesten Zusammenhängen, seien sie politischer, wissenschaftlicher oder kultureller Art, stehen Ihnen die Spalten des DISKUS offen. Allerdings nur für Probleme, nicht für Farcen in der Art einer Beschwerde über die Coca-Cola-Preise der Mensa. W. Schaffernicht

Die Pariser Verträge sind ratifiziert. Damit ist zwar eine schwierige Frage deutscher Politik gelöst, neue aber sind aktuell geworden, die wiederum Unsicherheit und Unklarheit in das politische Leben tragen. Dabei ist — wegen der Saarklage der SPD — noch nicht einmal sicher, ob die Verträge jemals mehr als Papier sein werden. Bezieht man den Standpunkt der Regierung, die fest auf die Verwirklichung der Verträge baut, dann taucht als schwierigste Frage das durch die Ratifizierung nicht gelöste Problem der Wiedervereinigung auf.

Die Regierung hat immer wieder betont, gerade durch die Ratifizierung werde Deutschland der Wiedervereinigung einen Schritt näher gebracht werden. An ihr ist es nun, zu zeigen, wie der nächste Schritt aussehen soll. Sie hat vor allem die gewiß nicht leichte Aufgabe, die Westmächte zu bewegen, diesen nächsten Schritt mit zu tun. Bisher sieht es so aus, als ob allein die Sowjets einen weiteren Schritt gegangen seien (wenn auch leider nur in ihre Richtung: die Schaffung eines Gürtels neutraler Staaten).

Es klingt ganz hübsch, wenn ein Bonner Politiker gegenüber diesen Feststellungen sagt: „Was wollen Sie, wenn wir die Verträge nicht ratifiziert hätten, dann hätten die Österreicher nie ihren Staatsvertrag unter Dach und Fach bekommen!“ — Aber selbst wenn das richtig wäre, dann ändert es nichts an der Tatsache, daß wir für uns auf ein solches Geschenk nicht hoffen dürfen, weil zunächst kein Ziel der sowjetischen Politik außerhalb Deutschlands ersichtlich ist, für dessen Erreichung die Sowjets das Zugeständnis zur Wiedervereinigung in Freiheit machen würden — wie sie die Freiheit ganz Österreichs u. a. deswegen in Kauf genommen haben, weil sie hoffen, mit der für uns Deutsche wahrhaft verlockenden Möglichkeit des österreichischen Beispiels unsere Bereitschaft zur Neutralisierung Deutschlands fördern zu können.

Wenn diese These richtig ist, dann würde das Zustandekommen des österreichischen Staatsvertrages alles andere als gesichert sein. Denn wenn der Einfluß auf die Bundesrepublik, den sich die Sowjets durch ihr Entgegenkommen in den Verhandlungen mit Bundeskanzler Raab versprechen, nicht wirksam wird, dann kann die Sowjets nichts hindern, doch noch einen Vorwand zu finden, um den Abschluß des Staatsvertrages zu verhindern.

Abstrakt gesehen, gibt es für die Sowjets zwei Möglichkeiten der Wiedervereinigung Deutschlands (immer unterstellt, sie wollen sie überhaupt zulassen, aber diese Unterstellung müssen wir vornehmen): Die Wiedervereinigung von Pankow aus, also ein Deutschland, das vielleicht nicht gleich kommunistisch sein muß, das aber genügend bolschewistische Kräfte dulden muß, um bald ein Satellit zu werden, ein Gesamtdeutschland, das nicht durch freie Wahlen entstanden, sondern durch „Verwaltungsabkommen“ geschaffen wird. Die zweite Möglichkeit: Ein Deutschland, das zwar durch freie Wahlen, das aber zur Neutralität verpflichtet ist, und dadurch genügend Möglichkeiten bietet, einmal von den Kommunisten erobert zu werden. Hier interessieren nur die Möglichkeiten, wie sie von Moskau aus als erstrebenswert angesehen werden können. Es ist an dieser Stelle ja oft genug gesagt worden, daß wir das Problem der Wiedervereinigung nicht lösen werden, wenn wir uns nicht darüber klar werden, wie Moskau das Problem sieht oder sehen kann.) Es liegt auf der Hand, daß die erste Möglichkeit die ist, die von Pankow aus verfochten wird; denn das Akzeptieren der zweiten bedeutet für Ulbricht Selbstmord. — Es ist aber sicherlich ein Fehler, wenn man glaubt, die Politik Pankows müsse unbedingt mit der Politik des Kremls parallel laufen. Das wird zwar oft, muß aber nicht immer so sein. Vielmehr weisen gerade die letzten Maßnahmen Pankows — ausgerechnet in der Zeit, in der Raab in Moskau Erfolge erzielte — darauf hin, daß Pankow das Beispiel Österreich fürchtet. Verzweifelt hat es deshalb versucht, die Bundesregierung durch die maßlose Erhöhung des Straßenzolls zu Verhandlungen zu zwingen und dadurch zu einem ersten Verwaltungsabkommen zu gelangen. Das wäre der erste Schritt zu einer Wiedervereinigung entsprechend der Möglichkeit Nr. 1.

Damit soll nicht gesagt werden, daß Pankow grundsätzlich eine andere Politik als Moskau betreibt, dazu sind die Genossen in der Sowjetzone viel zu schwach. Aber, ist es nicht wahrscheinlich, daß sich der Kreml beide Möglichkeiten offenhält, während sich Pankow aus Selbsterhaltungstrieb nur für die erste entscheiden kann? Solange die sowjetdeutsche Regierung dem Kreml klarmachen kann (z. B. durch Verhandlungen des sowjetzonalen Verkehrsministers mit Seebohm), daß der von ihr gewählte Weg gangbar ist, wird der Kreml gern einverstanden sein; denn auch ihm ist diese Lösung die angenehmere. Erst wenn die Geduld des Kreml erschöpft ist (Pankows Verzweiflungsmaßnahme spricht eigentlich dafür, daß es soweit ist), wird er notgedrungen andere Wege beschreiten müssen. Die Konsequenzen aus diesen Überlegungen dürften für Bonn klar sein. Leider hat man nicht den Eindruck, daß diese Gedanken auch nur erwogen werden.

Ein notwendiger Blick noch auf die deutsche Innenpolitik: Die Wehrgesetze müssen bearbeitet werden. Hierzu ist eine der unverständlichsten Äußerungen deutscher Politik gefallen. Carlo Schmid erklärte, die SPD werde zwar an den Wehrgesetzen mitarbeiten, sie werde aber aus prinzipiellen Erwägungen in der Schlußabstimmung gegen die Wehr-

Gegen die Verächter unserer Verfassung

Aus dem Nachlaß von D. Dr. Hermann Ehlers †

Irgendwo in Deutschland versammeln sich 1000 Akademiker, zumeist ältere, um einen Kommers abzuhalten. Sie sitzen nach studentischen Verbänden getrennt an den Tischen. Das ist nicht schlimm, denn die meisten von ihnen begegnen sich nicht jeden Tag im Leben, so daß solch ein Abend gute Gelegenheit bietet, mit denen einmal zusammensitzen, die man sonst selten sieht, aber als Bundesbrüder von einst kennt und schätzt. Die einen tragen farbige Bänder, die anderen nicht. Die einen schlagen und schlagen Messuren, die anderen nicht. Es gibt also Unterschiede, aber sie trennen nicht entscheidend. Verbände aller Richtungen, von den Kösen Korps bis zu den katholischen Korporationen, in aller überkommenen Mannigfaltigkeit deutschen Studententums sind beisammen.

Man redet viel über die studentischen Korporationen, gelegentlich positiv, meist allerdings negativ; und manchmal bemühen sich sogar Universitätsbehörden, ihre Lebensformen gewaltsam zu bestimmen. Diese Debatte soll hier nicht geführt werden. Und die Überschrift bezieht sich auch gar nicht auf die in einer großen Halle versammelten Studenten und ihre Alten Herren. Sicher sind auch unter ihnen solche, die aus der Vergangenheit keine Folgerungen gezogen haben und an denen alles, was in Deutschland geschah, spurlos vorübergegangen ist. Aber mehr als in anderen Volksschichten gibt es bei ihnen von dieser Art sicher auch nicht. Und wenn das doch immer wieder behauptet wird, spürt man einer solchen Behauptung die Absicht an, wie es der Senior, der ehrwürdige frühere Präsident einer Synode, aussprach.

Die Teilnehmer dieses Kommerses hatten keineswegs die Absicht, nur die Becher edlen Gerstensaftes zu leeren, studentische Lieder zu singen usw. — sie hatten sich eine echte politische Aufgabe gestellt und ließen sich von einem staatsrechtlichen Professor ihrer Landesuniversität einen Vortrag über „Das Grundgesetz in der Bewährung“ halten. Sie hielten bei der eineinviertel Stunde dauernden Vorlesung wacker aus, sie spendeten Beifall, wenn der Föderalismus kritisiert, sie taten das gleiche, wenn der Bundeskanzler als Staatsmann positiv zitiert wurde; und dann dankte man dem Redner für den eindrucksvollen Vortrag.

Das lief alles ganz glatt, aber es muß dennoch etwas darüber gesagt werden. Hier ging es nicht um eine staatsrechtlich-kritische Vorlesung über Verfassungsprinzipien und ihre Bewährung im Leben unseres jungen Staates. Hier wurde etwas anderes, wenn nicht erstrebt, so doch getan: An diesem Abend wurde in überlegten Dosen das Mißtrauen gegen den Staat, in dem wir leben, mit wissenschaftlichen Formulierungen genährt, wurde die Kritik auf einprägsame Schlagworte gebracht, wurden die langsam zugedeckten alten Resentiments wieder geweckt, wurde also der Ordnung unseres Staates ein schlechter Dienst getan.

Die Ordnung dieses Staates ist aber nicht nur dem Parlament und den Professoren befohlen. Die Kirche hat, wenn sie ihr Amt ernst nimmt, wesentliches zur Aufgabe des Staates in der Welt zu sagen. Sie ist an seiner Stabilität ebenso interessiert wie an seiner Glaubwürdigkeit. Und sie kann, wenn sie um Gottes willen das Untertansein gegenüber der Obrigkeit predigen soll, nicht daran vorbeisehen, wenn die staatliche Ordnung von diesen Untertanen in Frage gestellt wird und sie dazu verführt werden, sich wieder einmal gegen die langsam sich konsolidierende staatliche Ordnung abzukapseln.

Ich bin sicher, daß ein großer Teil der Besucher dieser Veranstaltung das alles gar nicht empfunden hat. Manche haben mir gesagt, sie hätten es akustisch nicht verstanden, manche haben über die staatsrechtlichen Ausführungen wohl hinweggehört und sich nur dies und jenes, was ihnen positiv erschien, gemerkt. So einfach liegen die Dinge jedoch nicht!

Was heißt es, wenn gegen den „Perfektionismus des Grundgesetzes“, den Wunsch, alles vollständig

und endgültig zu regeln, zu Felde gezogen und gesagt wird, das Grundgesetz und die staatliche Praxis ignoriere die Vorläufigkeit des Staates? Dann sind viele angesprochen: die einen, weil sie fürchten, daß der Wille zur Wiedervereinigung Not leiden könne, und die anderen, weil sie im Geiste die Bauten von Ministerium in Bonn vor sich sehen. Damit ist dann genau das erreicht, was solche Kritik zum Ziele hat: die Ordnung dieses Staates suspekt zu machen, bei den Bürgern ihre Verbindlichkeit fragwürdig werden zu lassen usw. Wer will sich schon mit einem vorläufigen Staat so lieren!

Römer 13 mit seiner Aussage über die Obrigkeit meint etwas anderes. Er meint den Staat heute und hier. Der Wille zur Wiedervereinigung steht der Konkretisierung der Bundesrepublik Deutschland in gar keiner Weise entgegen. Wir hoffen, daß die Wiedervereinigung in Freiheit kommt, bald kommt. Wenn sie sich aber verzögert, wer gibt uns das Recht, irgend etwas, was wir zur Festigung unseres heutigen Staates im Interesse der Erfüllung seiner Aufgabe an den 50 Millionen Menschen, die in ihm leben, tun müssen, nicht zu tun? Kein Professor kann diesem Staat die Verantwortung für seine Menschen abnehmen; und niemand vermag zu sagen, wie lange wir solche Verantwortung unverkürzt zu tragen haben. Jeder sollte wissen, daß es für 70 Millionen Deutsche keine Einheit und Freiheit gibt, wenn in unserem Staat die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen bei 50 Millionen nicht geschaffen oder gesichert werden. Römer 13 gilt heute und nicht erst bei der Wiedervereinigung.

Ähnliches ist von der Kritik am Föderalismus als Prinzip des Staats- und Verwaltungsaufbaus zu sagen. Man warnte vor der vordergründigen Reaktion auf Erfahrungen. Darin liegt auch wieder ein richtiger Gedanke. Aber wünschen wir eigentlich zu vergessen, daß wir aus einer Epoche kommen, die den Unitarismus des Staates, das Zurückführen jeder Staatsfunktion — bis zum staatlich organisierten Verbrechen — auf das Idol eines Mannes zum Prinzip erhoben hatte? Niemand leugnet, daß das Pendel nun nach der anderen Seite ausgeschlagen ist und dennoch nicht gehindert hat, daß sich dieser Staat — was sogar anerkannt wurde — erstaunlich schnell in allen Lebensbereichen konsolidierte. Auch hier Kritik an Vordergrundserscheinungen, die populär ist, mit einem undurchsichtigen Hintergrund, jedenfalls für den Nichteingeweihten!

Und schließlich die Kritik am Parteienstaat der Massendemokratie: Auch hier die Spekulation auf die nicht aus dem Ohr gekommene Animosität gegen Parteien und ihre Herrschaft. Was wirft man diesem Parteienstaat vor? Daß er keine gewachsenen Ordnungen habe, daß kleine Führungsgruppen das Schicksal der politischen Entscheidungen bestimmten, daß das Volk mediatisiert sei, daß keine echte Möglichkeit demokratischer Anteilnahme bestehe. Es war kennzeichnend, daß an einer Stelle gesagt wurde, „nur das Volk“ sei Grundlage dieses Parteienstaates in der Massendemokratie. „Nur“ das Volk — das sagt alles! Jeder kann sich nun in unserem Staat damit beruhigen, daß dieser Parteienstaat, den das Grundgesetz geschaffen hat, überwunden werden müsse; jeder kann sich vor der politischen Mitarbeit in Parteien mit ruhigem Gewissen zurückhalten, weil ja doch keine Einflußmöglichkeit besteht. Jeder kann die Abneigung gegen die Einflußnahme von Verbänden und Interessenvertretern im parlamentarischen Raum und im Parlament selbst weiter pflegen; denn dieser Staat wird ja vom Pluralismus oligarchischer Herrschaftsformen bestimmt, da Parteien, Gewerkschaften, Verbände und — dieses Mal hieß es nicht Kirchen, wie in den einschlägigen Broschüren — Weltanschauungsblöcke die Herrschaft ausüben. Wenn nicht der Präsident der Synode und der Bischöfliche Offizial am Vorstandstisch gesessen hätten, wäre auch hier sicher „Kirchen“ gesagt worden.

Und wenn ein Mann wie der Bundeskanzler über die Parteien hinweg Achtung genießt und damit das Konzept gegen den Parteienstaat in Frage stellt, heißt es: seine Stellung stehe mit der Parteidemokratie nicht in staatlicher Beziehung.

Das Rezept — das einzige während fünf Viertelstunden —: Ausweitung der Befugnis des Bundespräsidenten und direkte Wahl durch das Volk wie im Weimarer Staat. Daß diese beiden Prinzipien im Weimarer Staat den 30. Januar 1933 nicht verhindert, ja, ihn vielleicht sogar mit herbeigeführt haben, wurde nicht gesagt, weil man ja gegen „vordergründige Reaktion auf Erfahrungen“ ist.

Um des Staates und des Volkes willen ist es Zeit, gegen Leute, die auf die alten Animositäten spekulieren und nur die alten Rezepte zu bieten haben, Front zu machen. Unser Staat und unser staatliches Leben ist uns zu wertvoll und die Bedrohung zu groß, als daß wir es uns leisten könnten, hinter der Tarnung einer staatsrechtlichen Verantwortung und Kritik die Bereitschaft, den Staat ernst zu nehmen und in seinen Lebensformen mitzuarbeiten, zerschlagen zu lassen. Das geht um der Stellung des Staates im Leben dieser Welt willen auch die Kirche an. Darum wird es hier gesagt!

Veröffentlicht mit freundlicher Genehmigung der „Evangelischen Verantwortung“, begründet von D. Dr. Hermann Ehlers †.

FRANKFURTER BÜCHERSTUBE

SCHUMANN U. COBET

Frankfurt am Main · Börsenstr. 2-4 · Fernsprecher 91494

gesetze stimmen. Bei den Wehrgesetzen wird es entscheidend darum gehen, ob wir (um es simpel zu sagen) den „Bürger in Uniform“ haben werden oder den alten Kommiß. Sicher ist, daß in der Koalition eine Mehrheit für den „Bürger in Uniform“ ist — wahrscheinlich ist aber auch, daß diese Gruppe nicht die Mehrheit im Parlament erhält, wenn die SPD die Wehrgesetze ablehnt. Diese Gruppe wird also — da sie von der SPD zwar in der Beratung, nicht aber in der Abstimmung unterstützt wird — um überhaupt die Gesetze durchbringen zu können, mit der konservativen Gruppe in der Koalition Kompromisse schließen müssen. Wegen dieser — unabwendbaren — Folgen ist zu hoffen, daß Carlo Schmid nicht die endgültige Meinung der SPD wiedergegeben hat. Millionen von jungen Staatsbürgern würden diese Folgen auf den Kasernenhöfen zu spüren bekommen.

Bruno

DISKUS
FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

Herausgeber: Alexander Böhm, Hans Lehmann-Dronke, Cernot Schweikhardt, Oscar Strobel, Alex Töws.
Chefredakteur: Oscar Strobel.
Redakteure: Udo Kollatz, Werner Schaffernicht, Hans Schreiner.
Korrespondent in Bonn: Peter Scholz
Geschäftsführung: Peter Götz, Anzeigenverwaltung: Heinrich Götz, Frankfurt a. M., Rheinstraße 7, Tel. 7 72 09.
Konten der Zeitung: Rhein-Main Bank Nr. 121 210, Frankfurter Sparkasse von 1822 Nr. 30158. Manuskripte sind zu richten an „DISKUS, Frankfurter Studentenzeitung“, Universität Frankfurt a. M., Mertonstr. 26, Tel. 7 00 31, App. 213. Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion.
Der DISKUS ist das Nachrichtenblatt der „Vereinigung der Freunde und Förderer der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M. e. V.“; auf die redaktionelle Gestaltung der Zeitung hat die Vereinigung keinen Einfluß.
Druck: Druckerei Dr. Günter Zühlsdorf, Frankfurt a. M., Eckenheimer Landstr. 60b, Tel. 5 11 78.
Abonnements zum Preise von DM 1,50 für zwei Semester schriftlich bestellen unter Einsendung des Geldes an die Geschäftsführung: Rheinstraße 7.

Studentenbar oder Milchladen?

Das Frankfurter Studentenhaus birgt in seiner Nüchternheit manche Überraschung.

Diesmal sind es nicht die Zustände im Studentenwohnheim oder die Mißstände in der Mensa, sondern die neue Bar im Keller, die unter Leitung von Oberbaurat Dipl.-Ing. Kramer aus der früheren Mensa III entstanden ist.

Planung und Bau wurden unter größtmöglicher Geheimhaltung durchgeführt. Mitgliedern der studentischen Selbstverwaltung und anderen interessierten Stellen wurde kein Einblick gewährt. Die Bar sollte eine Überraschung werden. Das wurde sie dann auch!

Zitronengelbe Wände, unterbrochen von kalkweißen Flächen, wetteifern im Farb„spiel“ mit dem tiefen Blau der Türen und der Theke. Die Silbertönung der Fensterahmen und Heizkörper und die roten Bretter an den Wänden, die die Lichtquellen verdecken, halten kräftig mit.

Der Raum wirkt sachlich und kühl, notfalls noch bizarr. Den Studenten, die ihn bisher sehen durften, gefällt er keineswegs. Sie meinen, solch eine Farbskala passe für einen Laden, allenfalls für eine Milchbar. Die Milchglastüren dürften diese Assoziation gefestigt haben. Die angekündigte Bar hat man sich etwas anders vorgestellt, nämlich wie eine Bar.

Die Eröffnung läßt monatelang auf sich warten, weil die Farbe sich immer wieder von den Wänden löste. Selbst die tote Materie scheint sich gegen das ihr zugeordnete Geschick aufzulehnen.

just frank

Von Amts wegen

In Darmstadt ist Streit ausgebrochen. Ein Kunststreit. Thema: Ist diese moderne, diese abstrakte Kunst, wie sie in einer Ausstellung der Wiener Sezession auf der Mathildenhöhe gezeigt wurde, wirklich noch als Kunst zu bezeichnen oder ist es nur verständnislose Kleckerei? — Mit mehr oder weniger Toleranz diskutieren Künstler- und Laienkreise, werden Leserbriefe in Tageszeitungen veröffentlicht.

Anlaß dieser Auseinandersetzung war ein offener Brief des Regierungsvizepräsidenten Heinrich Ahl im Darmstädter Tagblatt. Er erklärte darin, daß er persönlich der Ansicht sei, man solle doch bei staatlicher Unterstützung dieser Art von Kunst etwas vorsichtiger verfahren; ihm und vielen Zeitgenossen sei diese „Kunst“ unverständlich. Bei dem darauf folgenden Disput ging es nicht nur darum, ob Ahl recht habe oder nicht. Viel wichtiger war zunächst ein anderes Problem. Ist es der Regierungsvizepräsident oder der Mensch Heinrich Ahl, der so über die moderne Kunst denkt? Man sagt, als Mensch könne er diese Ansicht vertreten, für die Amtsperson sei dies jedoch unstatthaft. Es gehe letztlich um das Ansehen des Staates, denn es seien ja schließlich ausländische Künstler, die ausstellen.

Der Verfasser des Briefes beteuert, er habe nicht im geringsten daran gedacht, als Amtsperson zu sprechen. Als Vertreter der Regierung habe er andere Sorgen. Er habe nur von seinem Recht als freier Bürger Gebrauch machen und seine persönliche Ansicht der Öffentlichkeit kundtun wollen. Seinen Titel habe er lediglich deshalb unter die Zuschrift gesetzt, damit man wisse, mit wem man es zu tun

habe. — Die Öffentlichkeit war anderer Ansicht. Der Regierungsvizepräsident und Oberbürgermeister Dr. Engel übrigens auch.

Immer wieder wird bei umstrittenen Geschmackskundgebungen von Männern des öffentlichen Lebens als entscheidend angesehen, ob sie diese als Privatpersonen oder als Vertreter einer Regierung, eines Amtes oder eines Verbandes getan haben. Erwartet man eigentlich von diesen Leuten, daß sie zwei Gustos haben, einen privaten und daneben den von Amtes wegen? Hofft man, Regierungsvizepräsident Ahl wird während seiner Dienststunden auf Grund des dann zu hegenden amtlichen Geschmacks Mäzen einer Kunst sein, der er in den 16 verbleibenden Stunden seines Tageslaufes verständnislos gegenübersteht? Wenn man den Behördenleitern als „Amtspersonen“ das Recht auf eigenen Geschmack entzieht, wer soll dann (in einer Demokratie) schließlich entscheiden, ob nun z. B. dem Gewerbesteueramt amtlich Rembrandt besser zu gefallen hat als Rubens?

Herbert Klingler

Das Gesäß

„Der Dilettant Heusinger hat die falsche Katze aus dem Sack gelassen“, stellten kürzlich ehemalige NS-Führungsoffiziere an ihrem Stammtisch fest. Wie kann man nur jetzt — vor Kriegsbeginn! — mit Parolen arbeiten, die erfahrungsgemäß erst vom zweiten Kriegsjahr ab wirksam sind! Sagt man heute: Auf zur Front, wem sein Leben lieb ist, denn dort ist es am sichersten, wie will man dann noch die Idealisten — die gern ihr Leben opfern würden — mit dem ihrem Gemüt entsprechenden Hinweis auf die zu rettenden Kulturgüter sowie die Frauen und Kinder in die Nahkampflinie bringen? Auf Idealisten sind wir schließlich angewiesen. Schon ihrer Kampfkraft wegen. Aber fliehen werden sie nie. Auch nicht aus der Gefahr. Auch nicht an die Front.

Was also hat General a. D. Heusingen, z. Z. Mitarbeiter des Amtes Blank, eigentlich gesagt? Daß die Verteidigung Deutschlands gegen einen möglichen Angriff militärischer Selbstzweck bleibt. Die Heimat wird dadurch nicht gerettet. Da es in ihr — nach Heusinger — noch gefährlicher sein wird als an der Front, wird hier bestimmt nichts überleben. Bisher war es aber allgemein üblich, für die Erhaltung der Heimat zu kämpfen. Das bedeutet: Man muß sich darüber klar werden, ob und wofür zu kämpfen jetzt sich lohnen mag.

Wer aber à la Heusinger sein Leben retten will, sei gewarnt. Die Ausstrahlungen der in seinem Rücken, in der von ihm gemiedenen Gefahrenzone Heimat abgeworfenen Atombomben könnten ihm das Gesäß versengen. Schon bei den letzten amerikanischen Atombombenversuchen in der Wüste von Nevada konnte sich die probenhalber eingegrabene Infanterie vor den von launischen Winden plötzlich auf sie zugetriebenen radioaktiven Wolken schließlich nur durch schleuniges Absetzen retten.

Wohin will man aber im Ernstfall an der Front ausweichen, wenn die Heimat atomisiert ist? Überlaufen? Nicht ungefährlich. Zudem läuft man Gefahr, ins Hinterland gebracht und damit denselben Gefahren ausgesetzt zu werden, denen man an der Front zu entgehen hoffte. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als dem Feind weiterhin die Stirn zu bieten und sich von hinten langsam anbraten zu lassen.

Udo Kollatz

Tejas letzte Mannen

Man sollte die Mainzer während der Karnevalszeit nicht allzu ernst nehmen. Auch jene zweihundert Angehörigen von fünf Mainzer Korporationen, insbesondere der Burschenschaft „Germania-Jena zu Mainz“, nicht. Denn am 9. 2. 1955, also zu einer Zeit, wo der Karnevalstrubel schon dem Höhepunkt zustrebte, versammelten sich diese zweihundert wissensdurstigen Männer in einer Kaserne, um dem achtzigjährigen „Blut- und Boden-Dichter“ Hans Grimm zu lauschen. Er sprach aber nicht über die Völkerwanderung oder von der Legende der zweihundert letzten Goten, die sich zusammen mit ihrem König Teja in den Krater des Vesuv stürzten, weil sie den schnöden Römern und Byzantinern die letzte Siegesfreude nicht gönnen wollten. Vielmehr sprach er von den bevölkerungspolitischen Problemen der

Gegenwart und von den rassenpolitischen der jüngsten Vergangenheit. Er versuchte, den „großen Mann“ Adolf Hitler nachträglich zu rechtfertigen, „der aus seiner traumhaften Sicht heraus die deutsche Aufgabe gegenüber dem Anwachsen der Erdbevölkerung bewältigen wollte“.

Man konnte nicht verwundert sein, daß der Greis Hans Grimm dieses Thema zum Inhalt seiner abendlichen Plauderstunde nahm, hat er doch noch 1951 ein Buch veröffentlicht, das in ausführlicherer Form eine Rechtfertigung der Rassenpolitik des Dritten Reiches sein soll. Warum hatte man Herrn Grimm überhaupt eingeladen? Sinn hätte eine Einladung doch nur dann gehabt, wenn sie als Gelegenheit gedacht gewesen wäre, mit diesem Vertreter eines verdammenswerten und hoffentlich für immer überlebten Deutschland durch bessere Argumente abzurechnen.

Tatsächlich aber geschah das Gegenteil. Treu und brav hörten die Mainzer Studenten dem unguuten Alten zu, der seinen Vortrag schließlich mit einem Loblied auf die Euthanasie beendete. Kein Wort der Opposition wurde laut, auch nicht, als vier der Anwesenden aus Protest den Saal verließen.

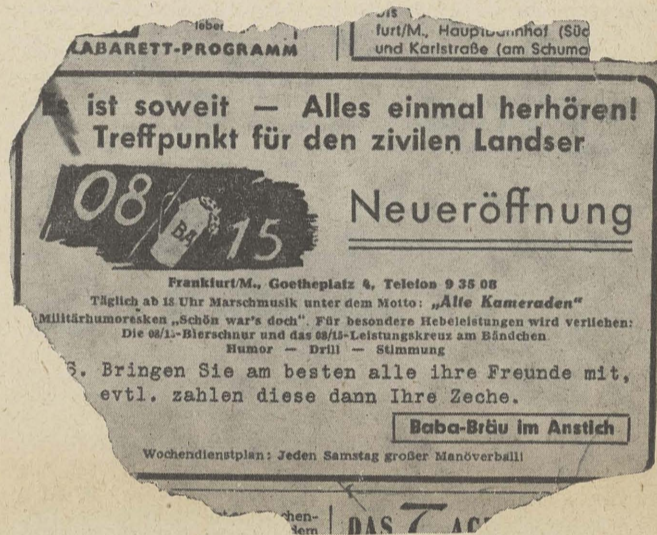
Sind nun die zweihundert Studiker verkappte Nazis?

Man könnte sagen: mit nichten, es sind dumme Jungs. Dagegen spricht ihr Status als Akademiker. Um nicht zu hart zu sein, muß man ihnen aber wohl einige Jugendzugute halten. Auf alle Fälle kommen sie in den traurig-antiquitierten Ruf jener kernigen Vesuvspringer Tejas, die sich nicht ergeben konnten.

Oscar Strobel

Zu den Latrinen

Diese Anzeige in einer Frankfurter Tageszeitung war nur der Auftakt der großangelegten Werbekompagne für „Das Lokal unserer Zeit“. Inzwischen schmückt dieser Text Pla-



kate im DIN A 1-Format an den Bauzäunen zerstörter Häuser inmitten der Stadt.

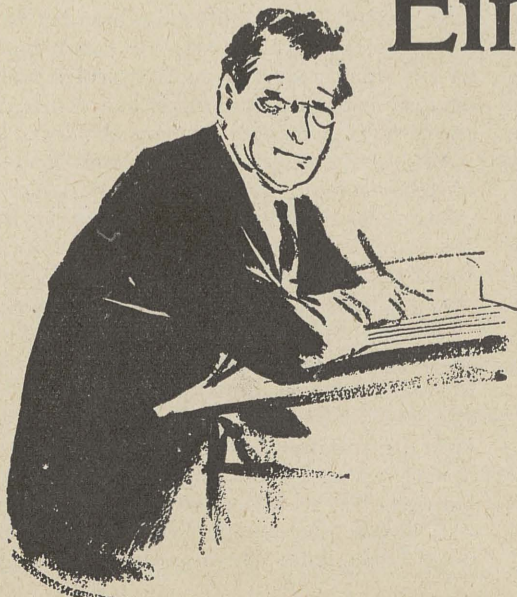
Ein Blick in die Räumlichkeiten zeigte, wie sehr die Eröffnung im Wiederbaufieber bisher unterdrückten Bedürfnissen entgegenkam. Einer der in Drillhjacken gesteckten Kellner konnte nur noch den Notsitz vorn, neben der Militärkapelle (als Feuerwehrorchester getarnt) anbieten. Doch dort war es zu laut — selbst für lärmgewohnte Ohren. Ein kurzer Rundblick und ich wußte, daß es hier „zu den Latrinen“ hieß und man im Knast, etwas abgetrennt vom Gros, „Alte Kameraden“ treffen und hören konnte.

Alles in allem — von den Neueröffnungen an Frankfurter Lokalen das traurigste Kapitel. Und darüber das Motto „Schön wars doch!“.

Berechnung, Persiflage oder Geschmacklosigkeit? Es bleibt geschmacklos, mit der Karikatur eines brüllenden Friedhofwärters bei kaltem Bier, an den Tod und die Gefallenen zu erinnern.

Das „Guten Abend — und Aufwiedersehen!“ des Portier-Landsknechts am Eingang klang mir noch lange in den Ohren (vielleicht war es mir auch „in die Knochen gefahren“). Und das am Goetheplatz — 1955, Civis

Eine Frage?



Kennen Sie die vielen
Situationen des täglichen
Lebens, in denen Ihnen
Ihre Bank helfen kann?
Besuchen Sie uns,
wir beraten Sie mit
großer Erfahrung.



RHEIN-MAIN BANK
AKTIENGESELLSCHAFT
FRUHER DRESDNER BANK

Frankfurt a. M., Gallus-Anlage 7

Reise hinter den Vorhang

Kommt man von einem Besuch in der sowjetischen Besatzungszone zurück, wird man von seinen westdeutschen Bekannten bald mit Fragen bedrängt, wie es „dort drüben“ aussehe und was die Menschen dort denken. Diese Fragen so zu beantworten, daß sie ein allgemeingültiges Bild vom Leben und Denken der Bewohner der sowjetischen Besatzungszone vermitteln, ist kaum möglich. Keinem Reisenden aus Westdeutschland gelingt es, sich einen umfassenden Eindruck zu verschaffen, denn nicht nur gewisse Vorbeugungsmaßnahmen, sondern das totalitäre Regime Mitteldeutschlands an sich, verhindern diesen Einblick. Ein privater Besucher bezieht notwendig seine Eindrücke durch seinen Bekannten- und Verwandtenkreis. Hier sind — im allgemeinen — Meinungen zu hören, die in der Öffentlichkeit niemals erörtert würden. Man gewinnt den Eindruck, als sei trotz jahrelanger Versuche alle kommunistische Propaganda wirkungslos geblieben. Es wäre aber irreführend, wollte man diesen Eindruck verallgemeinern.

Ich meine auch, daß der westdeutsche Besucher, der der Einladung einer offiziellen Organisation der Zone folgt, sich nur einen teilweisen Eindruck verschaffen kann. Zunächst hat er nur Kontakt mit seinen Gastgebern, die sich eifrig bemühen, ihn von den „Errungenschaften“ der DDR zu überzeugen. Macht er sich aber selbständig, muß er, will er die Meinung der Menschen auf der Straße hören, zunächst einen Wall von Mißtrauen überwinden, und dabei wird es ihm nur selten gelingen, ein ehrliches Gespräch anzuknüpfen, denn sein Gesprächspartner wird sehr ungern ihm das erzählen, was ihn wirklich bewegt.

Wie sieht es drüben aus? Wie denkt man drüben? So lauten die Fragen, die von allen Seiten gestellt werden, wenn man von einer Reise zurückkommt. Meine Antwort ist: Ich weiß es nicht! Man kann vielleicht in Ländern mit einer demokratischen Verfassung durch Wahlen und Meinungsumfragen ungefähr ermitteln, was für eine Meinung die Bevölkerung zu gewissen Fragen hat. Die fraglichen Ergebnisse dieser Tests in westlichen Gegenden werden in Mitteldeutschland völlig fragwürdig. Jeder der drüben war, kann nur Eindrücke schildern und immer wieder betonen, daß Ergebnisse, die, wenn auch aus mehr als einem Gespräch gezogen, niemals verallgemeinert werden dürfen. Deswegen sind alle die Eindrücke, die hier niedergeschrieben sind, mit diesem Vorbehalt zu versehen.

Der Reisende, der nach vielen Jahren zum ersten Male wieder Mitteldeutschland besucht und in Erfurt den Interzonenzug verläßt, ist zunächst erstaunt über die vielen Menschen, die Uniform tragen, russische Soldaten, Volkspolizisten, kasernierte Volkspolizisten, Zollbeamte, Eisenbahner, Postbeamte. Fast jeder Zehnte scheint Uniform zu tragen. Aber dieser erste Eindruck trägt. Je weiter man in die Zone hineinfährt, um so mehr nehmen die Zivilisten zu und das unbehagliche Gefühl läßt nach.

Gemessen an westdeutschen Verhältnissen sind die Zugverbindungen in Mitteldeutschland noch immer schlecht. Auf jeden Anschlußzug mußte ich mindestens eine Stunde warten. Der Park moderner Personenwagen hat sich jedoch offensichtlich vergrößert. Die D- und Eilzüge, die zwischen den großen Städten der Zone verkehren, haben fast ausschließlich moderne Wagen, teilweise Radioanlage. Die wiedergegründete Mitropa versorgt die Reisenden während der Fahrt, sogar doppelstöckige Wagen sind zu sehen.

Beginnt man mit einem Mitteldeutschen ein Gespräch, so ist man schon nach wenigen Sätzen bei der Politik angelangt. Der Eindruck, der mir aus diesen Gesprächen geblieben ist, geht dahin, daß fast alle meine Gesprächspartner, darunter auch frühere Mitglieder der SPD, die Außenpolitik der Bundesregierung billigen. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei wird nicht verstanden und deswegen abgelehnt. Diese Gespräche kann man, zusammenfassend so wiedergeben: Wir in der Zone kennen seit Jahren die Mentalität unserer Besatzungsmacht. Verhandlungen mit den Sowjets sind nutzlos. Oft genug hat man es ohne Erfolg versucht. Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil. Deshalb muß Westdeutschland aufräumen, muß der Westen einig und stark sein. Nur dann wird sich die Sowjetunion an den Verhandlungstisch setzen und geneigt sein Mitteldeutschland zu räumen. Auf meinen Einwand, was denn aber geschehen solle, wenn diese Hoffnung sich nicht erfülle, habe ich keine Antwort bekommen. Hier zeigt sich, glaube ich, ein spezifisches Phänomen eines totalitären Systems: die mangelnde Informierung der Bevölkerung, die deswegen zu politischen Kurzschlüssen neigt oder die Probleme mindestens nicht zu Ende denken kann. Zwar hören sehr viele in Mitteldeutschland Sender der Bundesrepublik, aber das genügt nicht, zumal Zeitungen und Zeitschriften, aus der Bundesrepublik die diese Probleme ausführlicher erörtern, nicht zu bekommen sind. Die simple These der Bundesregierung für Lösung des Problems der Wiedervereinigung leuchtet eben darum mehr ein als die schwerer verständliche Argumentation der Sozialdemokraten.

Alle Gespräche berühren, früher oder später, das Ereignis des 17. Juni 1953. Dieser erste Massenaufstand gegen eine moderne Diktatur wirkt noch immer nach. Der 17. Juni hat den Menschen in Mitteldeutschland ein Selbstbewußtsein vermittelt, das sich heute noch auf ihre allgemeine politische Einstellung auswirkt. So sagt man zum Beispiel, daß das Problem der deutschen Wiedervereinigung am einfachsten durch den Abzug der Besatzungstruppen gelöst werden könne. Die Menschen in Mitteldeutschland, die ich gesprochen habe, sind davon überzeugt, daß es dann nur eine Frage von einigen Tagen sein werde, bis durch einen zweiten 17. Juni das kommunistische System beseitigt sei. Aber hier zeigt sich wieder, das „Nicht-zu-Ende-denkenkönnen“ von politischen Problemen. Ich fragte, ob sich denn die sowjetische Besatzungsmacht nicht auch darüber im Klaren sei und deshalb einem Abzug der Besatzungsmächte dieser Art nicht zustimmen würde. Auch auf diese Frage bekam ich keine Antwort. Zu bemerken ist allerdings, daß die erfolgreichen österreichisch-sowjetischen Verhandlungen zu dieser Zeit noch nicht stattgefunden hatten.

Die Versorgungslage in Mitteldeutschland hat sich erkennbar verbessert. Das ist ein Tatbestand über den wir uns alle freuen sollten. Natürlich sind die Preise in den HO-Läden für viele Menschen immer noch unerschwinglich, nur wenige können es sich leisten, nur in diesen Geschäften zu kaufen. Aber die Preise sind erheblich nach unten gegangen. Fett, Fleisch und Zucker sind noch rationiert. Die Preise für diese rationierten Lebensmittel sind niedriger als in Westdeutschland. Auch Brot und

Nährmittel sind billiger, wenn auch die Qualität schlechter ist. Von der in unseren Zeitungen erwähnten Ernährungskrise habe ich nur wenig gemerkt. Gewiß, Gemüse gab es fast nicht und auch Butter war in den HO-Läden zeitweise knapp. Das sind Erscheinungen, die sich in jedem Frühjahr wiederholen, wenn der Anschluß an die neue Ernte gefunden werden muß. Also ist das Versorgungsproblem noch immer nicht gelöst, ein Argument dafür, daß es noch immer notwendig ist, Pakete mit hochwertigen Nahrungsmitteln in die Zone zu schicken. Aber ich meine, diese temporären Schwierigkeiten sollten in Westdeutschland nicht zu sehr dramatisiert werden. Denn das wirkt zu leicht als Bumerang auf die Bevölkerung der Zone. Für die Butterknappheit hörte ich verschiedentlich, und nicht nur von Kommunisten, folgende Erklärung: Da es in jedem Frühjahr gewisse Verknappungstendenzen gebe, erführen natürlich westberliner und westdeutsche Sender davon. Die Bevölkerung höre diese Sendungen und reagiere mit Hortungskäufen. Diesem Ansturm ist die Planwirtschaft nicht gewachsen, die Kontingente sind binnen weniger Tage erschöpft und die Konsequenz ist eine allgemeine Verknappung bis zu dem Zeitpunkt, wo die Bürokratie sich umgestellt hat oder die Angstkäufe nachlassen. Ich weiß nicht, ob diese These richtig ist.

Kurz bevor ich meinen Besuch beendete, las ich in den ostzonalen Zeitungen die Nachricht, daß einige hundert Agenten verhaftet worden seien. Die Reaktion der Bevölkerung auf diese Meldungen war für mich erstaunlich. Meine Gesprächspartner — wohl gemerkt keine Kommunisten — erklärten einmütig, daß ein Teil dieser Verhafteten wahrscheinlich tatsächlich Spionage und Sabotage getrieben haben. So wurde mir gesagt, daß ein neuer Sendesaal in Ostberlin kurz vor seiner Eröffnung in Brand gesteckt worden sei und daß große Mengen gefälschter Lebens-

mittelkarten in Umlauf gesetzt worden seien. Dafür gab es kein Verständnis. Was nützt diese sinnlose Brandstiftung, so fragten sie. Es wird eben ein neuer Sendesaal gebaut und das Material, das man dafür braucht, wird vom Wohnungsbau und anderen Objekten, die der Regierung weniger wichtig erscheinen, abgezogen. Die Leidtragenden sind wir, die Bevölkerung. Und was nutzen die gefälschten Lebensmittelkarten? Auch hier hat die Bevölkerung den Schaden. — Ist es wirklich opportun, die vielen Dienste und Zentralen in Westberlin zu unterhalten, die nach Ansicht vieler Menschen in der Zone auch Spionage und Sabotage treiben? Oder ist es nicht vielmehr an der Zeit, die Tätigkeit dieser Organisationen zu überprüfen und zu reorganisieren? Das sollten sich die Bundesregierung und die alliierten Mächte eingehend überlegen.

Den nachhaltigsten Eindruck habe ich in Gesprächen mit einigen Oberschülern gewonnen. Diese Jungen, 17, 18, 19 Jahre alt, haben eine Kunst entwickelt, mit einer Maske durch das Leben zu gehen. Sie beherrschen die Lehren des Marxismus-Leninismus wie englische Vokabeln, und dann gehen sie hin und hören den NWDR, versuchen, sich Bücher zu verschaffen, die nicht parteiamtlich empfohlen sind. Keineswegs sind sie aber bedingungslose Anhänger der sogenannten westlichen Lebensauffassung. Ihre Kritik richtet sich nach beiden Seiten. Sicher würden sie gern einen Cowboy-Film ansehen, möchten auch westliche Illustrierte lesen, sind also über unseren Zivilisationsrummel nicht erhaben. Wesentlich schien für sie nur der Wunsch zu sein, in Freiheit zu leben, nicht immer sagen zu müssen, was man von ihnen hören will, nicht immer schreiben zu müssen, was sie nicht meinen. Wo nehmen diese jungen Menschen die Kraft her, dieses Doppelleben zu führen? Wie oft kann man hören und lesen: die junge Generation der Zone ist kommunistisch. Ich kann das Gegenteil nicht beweisen. Ich habe in Mitteldeutschland viele Menschen aus der jungen Generation gesprochen, auf die dieses Klischee nicht paßt. Es waren einige von denen, die vielleicht einmal studieren und zur schaffenden Intelligenz gehören werden. Werden sie dann ihr Doppelleben weiterführen? N. N.

Gespräch in einer HO-Gaststätte

Leipzig, am 14. März 1955.

Beim Mittagessen in einer kleinen HO-Gaststätte erzählt mir Frau Dr. X. von ihren letzten Besuchen in Westdeutschland. Sie ist Assistentin des Seminars für Mittelalterliche Geschichte an der Universität. Nach dem Krieg war sie Mitgründerin der CDU in Leipzig. Inzwischen hat sie sich ganz aus dem politischen Leben zurückgezogen. Ich besuchte sie am letzten Tage vor meiner Rückreise nach Frankfurt und von den vielen Gesprächen, die ich als Gast einiger Studenten in Leipzig geführt habe, stimmten mich ihre Worte am nachdenklichsten.

„Ich war im vergangenen Jahr wieder einmal in Göttingen und in Hamburg gewesen und habe Freunde und Bekannte getroffen, die eigentlich alle darüber verwundert waren, daß ich noch nicht „nachgekommen“ bin. Sie alle können es nicht verstehen, warum ich in Leipzig aushalte. Aber, glauben Sie mir, je mehr ich mich mit dem Gedanken einer Abreise beschäftige, desto weniger habe ich dazu Mut. Ob es eigentlich vielen so geht? Ich weiß genau, daß hier in den letzten Jahren viel Unrecht geschehen ist und noch immer geschieht, und ich weiß, daß ich „drüben“ im Westen an den Universitäten so arbeiten könnte, wie ich wirklich möchte, und trotzdem fühle ich, daß ich hierher gehöre. Kaum einer meiner Bekannten versteht das noch, obwohl sie erst ein paar Jahre in den Städten Westdeutschlands sind und schon heute sprechen wir zwei verschiedene Sprachen.“

Was sollte ich ihr antworten? In diesen wenigen Tagen in Leipzig war mir selbst deutlich geworden, wie auch wir in Westdeutschland immer mehr die Fähigkeit verlieren, das Geschehen um uns kritisch zu betrachten. Vorgänge aus Politik, Wirtschaft, Erziehung — um nur einen Teil des Geschehens zu nennen — nehmen wir hin, als ob sich hinter ihnen keine Probleme verbergen würden. Wir leben in dem unkontrollierten Bewußtsein, da streiten und kümmern sich doch so viele um alles und die 2/3-Mehrheit (die ja nicht auf den Bundestag beschränkt bleibt) wird schon ihre Berechtigung haben!

Ich konnte die Unruhe derer nachfühlen, die aus dem Teil Deutschlands kommen, wo man dauernd provoziert wird. Muß ihnen die ebene Ruhe unseres Lebens nicht fremd sein?

Frau Dr. X. versuchte, zu erklären: Vielleicht ist die Einsicht, zu der man uns zwingen möchte, schon häufig unsere eigene Einsicht geworden? Ich habe mir erst kürzlich diese Frage wiedergestellt, als die Angehörigen unseres Institutes an einem Samstagnachmittag „freiwillig“ beim Entrümmern eines unserer Universitätsgrundstücke mithalfen. Sie lesen ja in Ihren Zeitungen von unseren ständigen freiwilligen Selbstverpflichtungen und sie erscheinen Ihnen — ich höre das immer wieder von Freunden aus Westdeutschland — lächerlich. Wir wissen wohl am besten, wie es um diese spontane Freiwilligkeit bestellt ist. Aber glauben Sie bitte nicht, daß diese Arbeit nur widerwillig und gezwungen getan wird. Sie sollten einmal den Gesprächen zuhören, die dabei geführt werden, ich glaube, sie sind manchmal ein

Stück deutscher Zeitgeschichte. In dem Bemühen, überhaupt etwas aufzubauen, steckt soviel Rührendes und zugleich Bezeichnendes, wie es eben dem Improvisierten anhaftet. Schauen Sie sich doch einmal einen Neubau an! Wir wundern uns immer, daß er nach einem halben Jahr noch steht; die Risse in den Wänden übersehen wir dann gern.“ Ich frage sie daraufhin, ob diese ständigen Anstrengungen bei ihr und ihren Kollegen ein Gefühl des Beteiligtseins am Ganzen entstehen lassen, und es schließlich noch wesentlich sei, ob es aus dem Zwang resultiere oder nicht.

Die Antwort: „Obwohl ich jetzt von Ihnen für eine kommunistische Mitläuferin oder für ein Opfer der Propaganda gehalten werden könnte, kann ich auf Ihre Frage, sogar ohne ein schlechtes Gewissen, nur mit ja antworten. Hat es nicht auch bei Ihnen in Westdeutschland einmal eine Zeit gegeben, wo vielen von Ihnen bewußt gewesen ist, daß es jenseits aller persönlichen Freiheit und Unabhängigkeit — die durch eure Form der Demokratie gesichert zu sein scheint — etwas gibt, daß uns zwingt, dort aufzuräumen, wo zwölf Jahre Schuld und Wahnsinn ein Trümmerfeld hinterlassen haben. Den Zwang kannten wir damals schon: die Not, den Hunger, die Kälte, die Schuld, und wir taten trotzdem die Arbeit, weil wir einsichtig waren oder resigniert?“

Ich erwähnte, daß es in Westdeutschland noch eine freie Presse gäbe, die so etwas wie ein waches Gewissen darstelle, daß da Menschen, Künstler, Journalisten wären, die nicht ruhen diese Einsicht von uns zu fordern. Darauf sagte sie mir: „Ich bin froh darüber, daß ich hin und wieder durch Bekannte Zeitschriften von Euch zu lesen bekomme, denn es tut wohl, sachlich über Ereignisse unterrichtet zu werden. Aber wenn Sie mich schon darauf ansprechen, mit der Berichterstattung über das Geschehen bei uns macht Ihr es Euch meistens so einfach wie viele bei uns mit der Analyse der Vorgänge in der „freien Welt“. Frei ist eben nicht gleich frei und über das Abendland kann man verschiedene Anschauungen haben. Sie verzichten schon auf ein Stückchen Freiheit, wenn Sie nur von der einen sprechen und die andere verneinen oder ignorieren. Wo ist Ihr Feuilleton, das so kritisch ist, daß es nicht als der Hofnarr des „Kapitalistischen Staates“ wirkt. Wer will wirklich die Wunden ausbrennen, die es auch bei Euch gibt? Eure hundertfältige Kritik an den kleinen Dingen, eure kleine Kritik an allen Dingen erzeugt — ob das nun beabsichtigt ist oder nicht — beim Leser den Eindruck: wie herrlich ist doch für alles gesorgt — um nichts mehr brauchst du dich zu bekümmern. Da ein Protest, dort eine Kritik, hier ein Streik und da ein Offener Brief, zum Überprüfen kommt Herr Maier dann nicht mehr, denn inzwischen wurde das Problem von einem und beliebigem anderen abgelöst.“

Ich fragte sie, wie sie mir erklären könne, warum man in Mitteldeutschland der Gefahr der Resignation nicht so leicht erliege. „So absurd es vielleicht erscheint durch das Fehlen des sachlichen Urteils in unserer Presse und in unserem Rundfunk — spürt beinahe jeder die Wahrheit, die man hier mit Lüge und Wortschwall zu ersticken versucht.“

Dieses Gespräch geschah in einer kleinen HO-Gaststätte. Ich sah die Gesichter der Menschen um uns herum. Viele Menschen leben in dieser Stadt unter ständigem Zwang und ständiger Bedrängnis. Sie könnten nicht leben, besäßen sie nicht die Fähigkeit, zwei Leben zu leben, zwei Gesichter zu haben. Ein echtes für sie selbst und ein gestelltes für die Umwelt. Was sie alle wünschen, ist eine Befreiung von diesem Druck, aber einige haben doch offensichtlich Angst, unser Leben dafür einzutauschen. Wer begreift das?

Artur Konrad



Junger Hochschul-Nachwuchs und altbewährte Wissenschaftler arbeiten bei uns
gemeinsam: Die Forschung von heute dient der Produktion von morgen!

FARBWERKE HOECHST AG. vormals Meister Lucius & Brüning FRANKFURT (M) - HOECHST

VEREINIGUNG VON FREUNDEN UND FÖRDERERN DER JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT E. V.

Sehr geehrte Herren!

Die Ihnen sicherlich nach Namen und Tätigkeit wohlbekannt
Vereinigung von Freunden und Förderern
der Johann Wolfgang Goethe-Universität
Frankfurt am Main e. V.

sucht alljährlich auf dem Wege einer allgemeinen Werbung, ihrem Kreise neue Mitglieder zuzuführen.

Um im Interesse der Universität und des gemeinnützigen Verwendungszweckes unserer Mittel alle unnötigen Ausgaben zu vermeiden, haben wir bewußt auf kostspielige Anschreiben verzichtet in der Überzeugung, daß unser heutiges Schreiben an Sie seine persönliche Note beweist und in diesem Sinne von Ihnen gewertet wird.

Wir wenden uns dieses Mal an die verhältnismäßig kleine Gruppe noch außenstehender bedeutender Firmen in Frankfurt und der näheren Umgebung, an deren leitende Persönlichkeiten und an einen größeren Kreis von Einzelpersonen, die noch nicht zu unseren Mitgliedern zählen.

Unser Prinzip ist: Größtmöglicher Wirkungsgrad bei geringster Beanspruchung unserer zweckgebundenen Mittel durch Unkosten.

Unser Erfolg: Eine erfreuliche Erhöhung unserer Mitgliederzahl, unserer Beitragseinnahmen und unserer Zuwendungen an die Universität.

Unsere Vereinigung hat ihre Tätigkeit im Juni 1950 wiederaufgenommen. Ihr Mitgliederbestand hat sich seitdem wie folgt entwickelt:

Ende 1950	105 Mitglieder	Ende 1953	478 Mitglieder
Ende 1951	341 Mitglieder	Ende 1954	672 Mitglieder
Ende 1952	419 Mitglieder	Febr. 1955	700 Mitglieder

Dank dem steigenden Interesse an unserer Arbeit konnten wir der Universität in einem Zeitraum von rd. 4 Jahren mehr als eine halbe Million D-Mark zuwenden. Diese Zuwendungen werden von der Universität und ihren Instituten als unentbehrliche Zuschüsse zu den staatlichen Mitteln gewertet.

Mit ihrer Hilfe wurden in den letzten Jahren die alte Mensa der Universität neu ausgebaut und ausgestattet, der große Klubraum im neuen Studentenhaus eingerichtet, ein neuer Aufenthaltsraum im Erdgeschoß geschaffen, das neue Heim in Oberreifenberg zum Teil ausgestattet, ein Omnibus mit 36 Sitzplätzen zur Durchführung von Exkursionen gekauft, wurden zahlreiche ansehnliche Zuschüsse anlässlich der Einweihung neuer Universitäts-Institute gegeben, Lehr- und Lernmittel erworben und zahlreiche Verbesserungen, Verschönerungen und Erleichterungen für die Studierenden ermöglicht.

Mit einer weiteren Spende von rd. 50 000 DM beabsichtigen wir, ein neues Bauprojekt im Interesse der Frankfurter Studentenschaft zu fördern.

Alle Studierenden ziehen mittelbar oder unmittelbar Nutzen aus unserer Arbeit.

Aber nicht nur die praktischen Aufgaben der Gegenwart müssen erfüllt werden, den „Freunden und Förderern“ liegt es besonders am Herzen, auch durch Veranstaltungen der verschiedensten Art (Vorträge, gesellige Zusammenkünfte etc.), den Geist echter Verbundenheit und Freundschaft mit ihren Mitgliedern und der studierenden Jugend aufrecht zu erhalten und zu vertiefen.

Unsere Mitglieder und Förderer erhalten zudem unentgeltlich die im Semester monatlich erscheinende Frankfurter Studentenzeitung DISKUS, die neben den Veröffentlichungen und Bekanntmachungen unserer Vereinigung interessante Beiträge aus dem studentischen Leben der Universität bringt.

Die für die Erfüllung aller dieser Aufgaben erforderlichen Mittel müssen aufgebracht werden durch die Beiträge und Spenden der Mitglieder und Förderer. Um unseren Mitgliederbestand zu erweitern und damit unsere Finanzkraft zu stärken, möchten wir die Bitte aussprechen:

Helfen Sie unserer studierenden Jugend durch Ihren Beitritt zu unserer Vereinigung. Wir brauchen nicht nur die Firmen, wir brauchen auch die leitenden Persönlichkeiten, und wir brauchen jeden, dem das Wohl unserer Universität und ihrer studierenden Jugend am Herzen liegt.

Sie selbst werden Freude daran haben und Genugtuung darin finden, an einem so wertvollen und fruchtbringenden Werk mitzuwirken und werden damit auch unseren Freundes- und Kulturkreis, dem die angesehensten Frankfurter Bürger und fast alle bedeutenden Firmen Frankfurts und Umgebung angehören, als Ihren persönlichen Rahmen empfinden.

Sollten Sie aber eine feste Mitgliedschaft nicht erwerben wollen, so nehmen wir gerne und dankbar jede Spende entgegen. Beiträge und Spenden sind im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften steuerfrei.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Vereinigung von Freunden und Förderern
der Johann Wolfgang Goethe-Universität
Frankfurt am Main e. V.

im Namen des Vorstandes

gez. Dr. Hans Schmidt-Polex
Vorsitzer des Vorstandes

gez. Prof. Dr. Fritz Neumark
Rektor der Universität
stellvertr. Vorsitzter

gez. Heinrich Hauck
Schatzmeister

gez. Heinz Scherf
Schriftführer



Seit über 55 Jahren führend auf dem Gebiet der Schweißtechnik und dem Bau von Luft- und Gasgemisch-Zerlegungsanlagen.

Langjährige Erfahrung und fortschrittliche Fertigungsmethoden bürgen für Erzeugnisse, die stets dem neuesten Stand der Technik entsprechen.

ADOLF MESSER GMBH FRANKFURT/MAIN

Apparatebau und Maschinenfabrik für Schweißtechnik und Gasgemischzerlegung

Telefon: 40291 · Telegrammanschrift: Messerwerke Frankfurtmain · Fernschreiber: 041 1754

ORIENT-INSTITUT FRANKFURT AM MAIN

Einladung zu einem Vortrag von

M. THOROSSIAN

beauftragter Lehrer an der französischen Staatsschule für orientalische Sprachen, Paris

„Die nationalen Bewegungen in Nordafrika“

(Tunis, Algier, Marokko)
mit farb. Lichtbildern

am Samstag, dem 21. Mai 1955, um 18 Uhr
(Dauer etwa 1 Stunde)

im großen Hörsaal des Senckenbergmuseums.

Eintritt frei für Mitglieder der „Vereinigung von Freunden und Förderern der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M. e. V.“ Interessenten, die die Vorträge des Orient-Institutes laufend zu besuchen wünschen, bitten wir, ihre Anschrift beim Büro des Institutes, Savignystraße 65, Tel. 7 41 64, aufzugeben. Sie erhalten alsdann zu allen Vorträgen Einladungen.

Neue Mitglieder

der Vereinigung von Freunden und Förderern der Johann Wolfgang Goethe-Universität e. V.

Priv.-Doz. Dr. Ernst-August Behrens, Frankfurt a. M., Gräfstraße 69
Max von Grunelius, Frankfurt a. M., Untermainkai 26
Herbert Mooyer, Metallgesellschaft AG., Frankfurt a. M., Reuterweg 14
Dr. jur. Wilhelm Fay, Landgerichtsrat, Stadtrat, Frankfurt a. M., Spohrstraße 13

Walter Gronde, Frankfurt a. M., Schumannstraße 40
Fritz Israel, Frankfurt a. M., Friedrich-Naumann-Straße 103
Direktor Karl Ballé, Frankfurt a. M., Gagerstraße 20
Landgerichtsdirektor Dr. Ludwig Boersch, Frankfurt a. M., Heinestraße 4
Dr. Fr. Kowalewski, Fa. Brown, Boveri & Co. AG., Frankfurt a. M., Weserstraße 26

Dr. Walter Sondag, Frankfurt a. M., Marbachweg 309
Direktor Wolfgang von Braumüller, Frankfurt a. M., Röderbergweg 180
Minister für Erziehung und Volksbildung Arno Hennig, Wiesbaden, Luisenplatz 10

Dr. Erich Grages, Vorstandsmitglied der Deutsche Erdöl-Akt.-Ges., Hamburg 13, Mittelweg 180
Firma August Pfüller, Frankfurt a. M., Goethestraße 15
Firma Deutsche Dunlop Gummi Compagnie AG., Hanau/Main
Firma Horbach & Schmitz GmbH., Frankfurt a. M., Hanauer Ldstr. 147—153
Firma Leo-Werke GmbH., Frankfurt a. M., Werk Oberhausen, Kreis Offenbach/Main

Firma Friedrich Emmerich, Wurst- und Konservenfabrik, Frankfurt a. M., Töngesgasse 36
Deutsche Schlafwagen- und Speisewagen-Gesellschaft mbH., Frankfurt a. M.-Süd, Rubensstraße 2

Hochschulnachrichten

Frankfurt

Rechtswissenschaftliche Fakultät

Prof. Dr. Helmut Coing und Prof. Dr. Hans-Jürgen Schlochauer wurden vom Hessischen Landtag zu Mitgliedern des Hessischen Staatsgerichtshofes gewählt.

Medizinische Fakultät

Zu außerplanmäßigen Professoren wurden ernannt: Priv.-Doz. Dr. Hanns Pitrlich, Priv.-Doz. Dr. W. J. Eicke, Priv.-Doz. Dr. H. U. Graf.

Philosophische Fakultät

Priv.-Doz. Dr. Kurt Köster wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Die Philosophische Fakultät hat Herrn Prof. Dr. jur. Franz Beyerle in Konstanz (Emeritus der Universität Freiburg) die Würde eines Dr. phil. h. c. zu seinem 70. Geburtstag am 30. Januar 1955 verliehen.

Naturwissenschaftliche Fakultät

Anlässlich seines 75. Geburtstages wurde Herrn Prof. Dr. med. Dr. med. h. c. Georg Hömann in München, dem ersten Rektor der Universität Frankfurt a. M. nach dem Zusammenbruch, in Würdigung seiner hohen wissenschaftlichen Verdienste sowie zum Dank für seine aufopferungsvolle Tätigkeit während seines Rektorats die Würde eines Dr. phil. nat. h. c. verliehen.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Priv.-Doz. Dr.-Ing. Helmut Koch ist zum außerordentlichen Professor ernannt und auf den außerordentlichen Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Treuhandwesen, berufen worden.

Sozialistischer Deutscher Studentenbund und Gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft

Mitbestimmung und Gewerkschaften

Exkursion ins Ruhrgebiet
vom 25. bis 27. Mai 1955

- Besichtigung eines Stahlwerkes
- Einfahrt in ein Kohlenbergwerk (800m tief)
- Diskussion mit Arbeitsdirektoren und Betriebsräten
- Besichtigung einer Winzergenossenschaft
- Fahrt im Luxusomnibus
- Vollverpflegung
- Zwei Übernachtungen

Gesamtpreis DM 9,50

Kartenverkauf wird noch bekanntgegeben

Als Deutsche in Israel

Wir hatten uns entschlossen, nach Israel zu fahren. Aber Israel ist nicht nur weit, wenn man die Kilometer mißt, sondern erst recht, wenn man aus Deutschland kommt und die geistige Entfernung überbrücken will.

Da sitze ich in der Straßenbahn nach Bad Homburg und lerne das hebräische Alphabet: aleph, beth, gimel... „Das Judde-Mädchen könnte wirklich aufstehn!“ So fing es an, der Judenstern auf dem Einband des Lehrbuches hatte mich verraten — oder besser — „abgestempelt“. Ich gehe auf die Post, um einen Brief nach Israel aufzugeben. „Fräulein haben Sie nichts Gescheiteres zu tun, als daahin zu schreiben?“ Harmlose Witze? In der Mensa berichte ich von meinen Plänen. „Es ist sehr klug, nur mit hundert Mark nach Israel zu gehen, die Juden schwindeln Euch doch gleich alles ab!“ Harmlose Witze? Vielleicht!

Langsam bekamen wir Minderwertigkeitsgefühle als wären wir Juden in Deutschland. Sollten wir uns von dieser Mißachtung befreien, indem wir den arischen Nachweis auf den Tisch legten?

Zu den Empfehlungen, uns nicht beschwindeln und berauben zu lassen, kamen von anderer Seite Ratschläge, nicht deutsch zu sprechen und uns nicht totschiessen zu lassen. Auf allen Gassen, Wegen und Straßen, auf denen wir von Metulla an der nördlichen Grenze bis Eilat am Roten Meer durch das Land getrampt sind, sind uns weder Räuber noch Mörder begegnet. Wir fuhrten mit Menschen, die im Lande geboren sind und keine Naziherrschaft erlebt haben, wir fuhrten mit Menschen, die 1933 aus Deutschland ausgewandert sind und ihre Eltern verloren haben, wir fuhrten mit Menschen, die 1945 Deutschland verlassen haben und Nummern auf dem Arm trugen, wir fuhrten mit Menschen aus Polen, Rußland, Griechenland, keiner schien Ressentiments zu haben.

Auf unserer Trampfahrt durch den menschenleeren Negev, die israelische Wüste, hatten wir keinen Augenblick Angst, obgleich wir auf unsere Fahrer und Begleiter bedingungslos angewiesen waren.

Die Wüste Negev mit Beersheva, der südlichsten Stadt des biblischen Israel, ist heute Objekt vieler Hoffnungen und Pläne der Israelis. Sie macht die Hälfte des Staatsgebietes aus. Man hofft auf die Bodenschätze, die hier ruhen sollen und plant die Urbarmachung dieses Gebietes. Vom Negev hängt die Zukunft Israels ab, denn weitere drei Millionen Juden sollen hier einmal eine Heimat finden. Das Leben in der breiten, staubigen Straße, die durch die Pionierstadt Beersheva führt, erinnert an Szenen aus amerikanischen Wild-West-Filmen, obgleich die Menschen hier nicht vom Goldrausch erfaßt sind, sondern harte landwirtschaftliche Arbeit leisten. Die einstöckigen Bars und Cafés sind während der glühenden Mittagshitze voll besetzt. Abgerackerte Menschen in khakifarbenen, verschwitzten und verstaubten Hemden brüten auf den groben Holzhockern vor sich hin. Eintönige, arabische Weisen dringen aus den Cafés auf die glühheiße Straße. Selbst der bittere, türkische Kaffee scheint kein Stimulans mehr zu sein. Vielleicht fehlt hier der Whisky. Am Abend, wenn diese Straße von Menschen brodelt und die Temperamente erwachen, sieht man nur wenig Bier auf den Tischen und viele sonnengebräunte, ausgetrocknete Hände greifen gierig nach dem Glas Meeze (Orangensaft). Im gegensatz zu den an der Hauptstraße stehenden Hütten und Baracken, in denen sich das wirtschaftliche Leben abspielt, finden sich in den Seitenstraßen einstöckige Steinhäuser mit flachen Dächern, noch von den Arabern gebaut. Sie haben wenige Fenster, und über den zweiteiligen, einladenden Türen sind kunstvoll geschmiedete Rundbögen. Manche Häuser sind bereits verfallen, und Palmen wachsen aus den Wohnräumen. Einige größere Bauten, die hinter hohen Mauern sind, machen einen beständigeren Eindruck. Sie sind aus riesigen Quadern gefügt, die hohen Fensterbögen verschließen gut erhaltene Fliegen-gitter. Und erschreckt lauscht man dem dumpfen Dröhnen des altmodischen Türklopfers in der Eingangshalle. Hier lebte einmal die Aristokratie von Beersheva. Wir wohnten in einem solchen Haus, im Arbeiterinnen-Wohnheim der Gewerkschaft.

Während wir draußen in der glühenden Hitze durch 30 cm hohen, kartoffelfarbenen Staub gewatet waren und das Heer

von Fliegen ungeniert auf unseren Gesichtern prominierte, hielten wir es nicht für möglich, daß es einen so kühlen und friedlichen Platz in Beersheva geben könnte, wie wir ihn in diesem Heim fanden. Die Hausmutter, eine kleine, geschäftige Russin, die mit ihrem kultivierten Französisch eher in eine gutbürgerliche Wohnstube neben einen brummenden Samowar gepaßt hätte, musterte uns Landstreicher kritisch. Unsere Nationalität war für sie kein Problem — sie war ja schon über 30 Jahre im Land —, sondern vielmehr die Frage, ob sie sich schon wieder von jemandem stören lassen oder lieber ihre Buchführung beenden sollte. Ein Mädels aus dem Heim kam uns rasch zu Hilfe. In einer überströmenden Rede bat sie die Dame, sich nicht stören zu lassen, sie würde alles für uns regeln. Glücklich über diese Lösung überhäufte sie uns mit herzlichen Reden und wir folgten Mirjam in die Schlafräume, froh, eine Unterkunft gefunden zu haben. Sofort wurden wir mit zwei Handtüchern in den Duschraum geschickt und als wir erfrischt und aufgemuntert wieder herauskamen, hatte man zwei Betten für uns frei gemacht, denn wir sollten in einem Zimmer von Mädchen schlafen, mit denen wir uns deutsch unterhalten konnten. Etwas befangen durch den Trubel, den wir verursacht hatten, setzten wir uns auf eins der Betten. Schon waren wir von Mädchen umringt. Eine holte Zigaretten, eine andere Bonbons, wir kramten unsere Erdnüsse aus, Apfelsinen und Mandarinen, und während ich noch unseren Neskafee suchte, begann das Wasser im Kessel zu summen und wir waren mitten im Gespräch.

Mirjam kam aus dem Irak, ihre strahlenden, schwarzen Augen und die schlanke Gestalt gewannen noch an Charme, wenn sie in ihrem holprigen Sprachgemisch von den Abenteuern erzählte, die sie erlebt hatte ehe sie ins Land kam. Sie arbeitet heute als Krankenschwester in Beersheva. Ein Mädchen aus Amerika, das erst seit zwei Monaten im Land war und ihre Herkunft allein schon wegen ihrer Kleidung nicht verleugnen konnte, arbeitete im Kindergarten. Nach der Arbeit studiert sie täglich hebräisch, weil sie in einem Jahr das Lehrerinnenexamen machen will. Einige der Mädchen waren im Lande geboren. Sie lauschten voll Verwunderung unserem Gespräch, da sie noch nie im Ausland gewesen waren. Europa kannten sie nur aus den Gesprächen ihrer Eltern. Vom Antisemitismus sprachen sie wie wir etwa vom Kulturkampf, als einer vergangenen geschichtlichen Erscheinung. Einige der Mädchen kamen aus Europa, manche hatten es erst nach 1945 verlassen. Wir diskutierten bis spät in den Abend, wie man die Verallgemeinerungen aus der Welt schaffen könnte, den Antisemitismus in Deutschland und den Deutschenhaß in Israel. Dann gingen wir gemeinsam ins Kino, man hatte uns eingeladen. Es wurde ein amerikanischer Film gegeben: „Die letzten Tage von Pompeji“, und die Moral von der Geschichte: die grausamen Juden haben Christus gekreuzigt, nur ein einziger von ihnen war wert, in den herrlich leuchtenden Himmel zu gelangen, diesem nämlich erschien Christus im Schlaf. Etwas beklommen verließen wir das Theater. Wir, beschämt durch die banale Moral, und unsicher, da wir ja zu diesem Film eingeladen worden waren, sie schüchtern, weil sie durch ihre Kritik unsere religiösen Gefühle nicht verletzen wollten.

Am nächsten Morgen klingelte unser Wecker um drei Uhr. Rasch waren unsere Rucksäcke zusammengepackt, auf die man gekochte Eier, Brote und Apfelsinen gelegt hatte. Leise schlichen wir fort. Mirjam stand an der Tür und wünschte uns eine gute Fahrt.

Als wir in unserem Lastwagen an jenem frischen Morgen Beersheva verließen, waren wir eine sehr zusammengewürfelte Gruppe. Eine Familie aus Marokko, Neueinwanderer, die sich in Eilat ansiedeln wollten, einige Kibbuznikim, Mitglieder kollektiver, landwirtschaftlicher Siedlungen, die ihre Ferien in der Wüste verbringen wollten, einige Soldaten, die in Eilat stationiert waren, und wir zwei Landstreicher aus Deutschland, die noch nicht berühmt waren, da die Zeitungen uns noch nicht entdeckt hatten. Der kalte Morgen hatte uns Wüstenfahrer schnell einander näher gebracht, seltsamerweise aber nicht die Furcht, die wir beiden als einzige wohl verspürten, seitdem wir

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 1

Konferenz ohne Überraschungen

der Abiturient Einspruch erheben und auf eine nochmalige Beurteilung rechnen kann.

Die Fragebogenaktion, die die Freiburger Delegiertenkonferenz des VDS einstimmig beschlossen hatte und bei der alle Studierenden über den Zeitpunkt ihrer Einberufung ihre Meinung abgeben sollten, könnte trotzdem ihren Zweck erfüllen, obwohl das Amt Blank bereits seine Ablehnung geäußert hat, denn sie wird sicherlich den Beweis erbringen, daß die Mehrzahl der Studenten hinter den Forderungen des VDS steht.

Es wäre nicht zuviel gefordert, wenn das Amt Blank sich noch einmal mit diesem Problem auseinandersetzen würde, zumal bekanntgeworden ist, daß die französischen Studentenverbände in ihrem Lande eine Regelung durchgesetzt haben, die den Studenten erlaubt, sich bis zu ihrem 27. Lebensjahr vom Militärdienst suspendieren zu lassen. Auch die belgischen Studenten sind zu einer ähnlichen Absprache mit ihrem Verteidigungsministerium gekommen. Warum sollte es nun für Bonn so schwer sein, den deutschen Studenten das gleiche zuzustehen? Die zukünftige deutsche Armee wird ein Bestandteil der vereinigten Streitkräfte der Westeuropäischen Union sein, in der die Bedingungen für die Soldaten möglichst gleichmäßig geordnet werden sollen. Es wäre eine Abweichung vom Gleichheitsprinzip, das man innerhalb der vereinigten Streitkräfte genauso ernst nehmen sollte, wie Herr Blank es auf dem innerpolitischen Gebiet ernstzunehmen gewillt scheint.

Außerdem wäre, nicht nur nach der Meinung des VDS, sondern auch nach der unsrigen, einer Armee besser gedient,

wenn sie einen Stamm bildungsmäßig geprägter Offiziere hätte, als einer Hochschule mit militärisch geprägten Studenten.

Herr Blank hat versprochen, in nächster Zukunft, sobald ihm die Hände nicht mehr gebunden seien, mit einer Aufklärungs- und Werbeaktion an die Öffentlichkeit zu treten. Es wäre nur zu begrüßen, wenn er bald sein Versprechen einlösen würde, denn es sollte gerade uns Studenten nicht gleichgültig sein, wie die Gesetzesentwürfe, z. B. zum Militärpersonalgesetz und zum Disziplinargesetz und nicht zuletzt zum Kriegsdienstverweigerungsgesetz aussehen. Es ist uns ureigenstes Anliegen, daß diese Gesetze so freiheitlich werden, wie möglich. Von der Eindeutigkeit der Formulierung dieser Gesetze wird es abhängen, ob tatsächlich die zukünftige Armee einen menschlicheren Geist haben wird.

Hier liegt eine echte Aufgabe des VDS; bis heute ist er auf diesem Gebiet noch nicht aktiv geworden, daß er sich beeilt, die Initiative zu ergreifen, ist nicht nur der Wunsch, sondern die klare Forderung der Studenten. Eichstegen

Weitere Einzelheiten in der nächsten Ausgabe.

Ihr Friseur im Studentenhaus

Untergeschoß — Zimmer 12

Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr
Samstag von 8 bis 17 Uhr
Dienstag von 8 bis 13 Uhr

Verkauf sämtl. Toilettenartikel - Preisgünstige Bedienung

Katholische Studentengemeinde

Semester-Eröffnungsgottesdienst: Sonntag, den 8. 5., 8.30 Uhr s. t. in der Aula der Universität.

Feierliche Maiandacht: Samstag, den 14. Mai, in Heusenstamm. Treffpunkt 15 Uhr, Landesgrenze Offenbach (Linie 16).

Christi Himmelfahrt, Donnerstag, den 19. Mai, 8.30 Uhr: Akademischer Gottesdienst in der Kapelle des Studentenhauses.

Wir verweisen auf das ausführliche Semesterprogramm der katholischen Studentengemeinde. Erhältlich im Geschäftszimmer.

Evangelische Studentengemeinde

Gottesdienste:

Mittwoch, den 4. 5., 19.15 Uhr, Kapelle des Studentenhauses: Abendmahlsfeier zum Semesterbeginn

Sonntag, den 8. 5., 10.30 Uhr, Aula der Universität:

Semestereröffnungsgottesdienst

ab 15. 5., 10.00 Uhr, Kapelle: jeden Sonntag Akademischer Gottesdienst

Hochschulabend:

Mittwoch, 11. 5. und 25. 5., 19.15 Uhr, Kapelle: Auslegung ausgewählter Stücke des Römerbriefes

Mittwoch, 18. 5., 20.00 Uhr, Hörsaal H:

Vortrag von Studentenfarrer Dr. W. Böhme: „Kann der Staat Gewissensentscheidungen anerkennen?“

Sonstige Veranstaltungen:

Montag, 9. 5., 19.30 Uhr, Gr. Sitzungszimmer: Neumatrikuliertentreffen der evangelischen Studenten

Donnerstag, 19. 5. (Christi Himmelfahrt): Ausflug

Samstag, 21. 5., Sonntag, 22. 5.: Studientagung in der Ev. Akademie in Arnoldshain (Taunus) zum Problem des Leibes (Referenten: Prof. Zutt, Frankfurt a. M., Prof. Loew, Mainz). Genaueres siehe auf den Anschlagbrettern.

Sprechstundendes des Studentenpfarrers Dr. Wolfgang Böhme, Reuterweg 34, Tel.: 5 88 70:

Mi. 17.00—19.00 Uhr, Zimmer 32/33 im Studentenhaus

Sa. 10.00—12.00 Uhr, Reuterweg 32

sowie jederzeit nach Vereinbarung

Dienststunden im Sekretariat, Zimmer 32, Studentenhaus: täglich 9.00—12.00 Uhr

Londoner Studenten-Symphonie-Orchester in Frankfurt

Dank der Bemühungen des CVJM gastierte das Londoner Studenten-Symphonie-Orchester nach der Beendigung seiner Konzertreise durch die Bundesrepublik noch einmal in Frankfurt am Main.

Der stürmische Beifall in der Aula der J. W. Goethe-Universität galt einem vorzüglich gesetzten Klangkörper, der mit beneidenswert, jugendlicher Frische unter der Stabführung von James L. Lockhart Werke alter und neuer Meister servierte. Wenn auch die technische Perfektion (der Fortgeschrittenen der englischen Musikhochschulen, aus denen sich das Orchester zusammensetzt) eine gewisse Tiefe und Erfüllung im einzelnen Werk überspielte, so war der Gesamteindruck von beispielhafter Sauberkeit und feiner, musikalischer Natürlichkeit geprägt. Von den Solisten werden sich alle Zuhörer den sympathischen Andrew Woodburn merken, der das Horn-Konzert Nr. 2 in Es-dur von Mozart mit der dem Werke eigenen entzückenden, spielerischen Gelöstheit zum musikalischen Leckerbissen des Abends werden ließ. Auch Patricia Bishop mit dem a-moll Klavierkonzert von Grieg und die Streichergruppe mit dem Adagio von Barber vervollständigten das musikalische Bild einer Orchester-Gemeinschaft junger Menschen, die als musikalische Botschafter uns einen noch lange nicht verklungenen Gruß aus England überbrachten.

G. Lux

Universitätsbuchhandlung

BLAZEK & BERGMANN

Inhaber Dr. H. Bergmann

Frankfurt a. M., Goethestr. 1 · Tel. 9 36 33 u. 9 52 64

Sämtliche Fachbücher aus den Gebieten

Jura, Wirtschaftswissenschaften,

Medizin, Technik,

Naturwissenschaften

Frühlingsball

im Studentenhaus

Samstag, den 14. Mai

Beginn 20.30 Uhr

2 Kapellen

Eröffnung der Bar
im Studentenhaus

Kartenvorverkauf ab 9. Mai

am Haupteingang und beim Pfortner des Studentenhauses;

Studenten- und Schüler DM 2.50

Nichtstudenten DM 3.50

Die ersten Anstrengungen, diesen Zustand zu ändern, waren vor allem auf die Vorbereitung zum Universitätsbesuch gerichtet. 1848 wurde Queen's College in London und 1849 Bedford ebenda eröffnet. 1869 gründete Emily Davies ein Women's College, das 1873 nach Girton bei Cambridge verlegt wurde. Es folgte 1875 Newnham College in Cambridge, das sich aber die Pflege der weiblichen Kultur im allgemeinen zum Ziel machte. Aus Queen's College gingen die beiden Vorkämpferinnen der eigentlichen höheren weiblichen Schulbildung, Frances Buss und Dorothea Beale, hervor, die diesem Ziel mit der North London Collegiate School und dem Ladies' College in Cheltenham erheblich näher kamen. Ihren Anstrengungen vor allem ist es zu verdanken, daß der Endowed Schools Act von 1869 die öffentlichen Zuwendungen auch auf Mädchenschulen ausdehnte. Ein neuer Anstoß ist Mary Grey zu verdanken, der Secretary der Women's Educational Union, die von 1872 die Gründung von „Public Day Schools for Girls“ im ganzen Lande durchsetzte. Die neuere Entwicklung macht zwischen Mädchen- und Knabenschulen keinen Unterschied mehr. Daneben hat der Gedanke der Co-Education im höheren Schulwesen erhebliche Fortschritte gemacht: 1919 waren von 1080 anerkannten Secondary Schools 224 gemischt.

Eine besondere Art der Senior School, die Modern School, entwickelte sich seit 1911. Hier werden Kinder nach Verlassen der Elementary School bis zum 15. Lebensjahr für Handel und Industrie vorbereitet. Auch diese Schulen unterstehen den County Councils. In letzter Zeit ist versucht worden, in „Comprehensive Schools“ Grammar und Modern Schools zu vereinigen.

Zu erwähnen sind ferner die Progressive Schools, die meist Boarding Schools sind, weil ohne Zuschuß, recht kostspielig sind. Ihre Grundlage ist Selbstverwaltung, freie Disziplin, unkonventionelle und experimentelle Gestaltung des Lehrplans und der Lehrmethoden.

Schließlich sei noch der Ordensschulen gedacht, die zum Teil innerhalb des staatlichen Systems liegen, zum Teil aber von ihm unabhängig sind. Die Jesuiten und Benediktiner führen auch Public Schools wie Stonyhurst, Beaumont, Downside und Ampleforth. Erwähnt sei auch das Institut der Christlichen Brüder, 1684 von St. Jean Baptiste de La Salla in Frankreich gegründet und 1855 nach England verlegt. Obwohl die Erziehung nach strikten Glaubensgrundsätzen erfolgt, werden diese Schulen von einer beträchtlichen Zahl Andersgläubiger besucht.

Schulen für Vorbestrafte

Die Schulen für Erwachsene (Mechanic's Institutes, Abendkurse der Technical Colleges) in ihrer Entwacklung zu verfolgen, liegt außerhalb des Rahmens unserer Betrachtung. Dagegen seien noch einige Bemerkungen den Schulen für straffällig gewordene Jugendliche gewidmet. Bis zum Children's Act von 1908 konnten diese, auch wenn unter 14 Jahren, ins Gefängnis geschickt werden. Dieses Gesetz schuf Gerichtshöfe für Jugendliche von 7—16 Jahren. Später wurde das Alter durch den Children and Young Person's Act von 1933 auf das 8. bis 17 Jahr erhöht. Straffällige dieses Alters können bis zur Hauptverhandlung einem Remand Home oder einer geeigneten Familie und im Urteil einer Approved School⁸⁾ überwiesen werden. Es gibt Junior, Intermediate, Senior Schools, je für die Altersstufen unter 13, von 13—15, von 15—17 Jahren. Die erste hat etwa dem Lehrplan der Volksschule, die zweite bereitet allgemein für den Beruf vor, die dritte stellt technische und industrielle Lehrgänge zur Verfügung. Die Überweisung erfolgte auf drei Jahre mit der Möglichkeit der Abkürzung und Verlängerung. Nur 20% der Entlassenen sollen innerhalb von drei Jahren erneut straffällig werden.

Für ältere Jugendliche mit schwereren Straftaten wurde 1902 ein besonderes Gefängnis in Borstal bei Rochester geschaffen, woher der Name Borstal Institutions (1944 existierten sieben für junge Männer, eine für Mädchen) herrührt. Nach dem Prevention of Crime Act von 1908 erfolgt die Überweisung auf zwei bis drei Jahre, falls sie nach der ganzen Anlage des Jugendlichen erforderlich erscheint und Besserung verspricht. Ihre Mittel sind mehr die der Erziehung als der Strafe. Die Ansichten über den Nutzen der Einrichtung gehen auseinander.

Der vorstehend angedeutete Aufbau der englischen Schule bildet lediglich ein Gerüst, das die treibenden Kräfte nur gelegentlich erkennen läßt. Wie allgemein zu verstehen, bedürfte es eines tiefen Eindringens in die Gründe des englischen Charakters und der geschichtlichen Zusammenhänge. Begnügen wir uns hier mit den Worten, die Goethe am 12. März 1828 zu Eckermann sprach:

„Das Glück der persönlichen Freiheit, das Bewußtsein des englischen Namens kommt schon den Kindern zugute, so daß sie sowohl in der Familie als in den Unterrichtsanstalten mit weit größerer Achtung behandelt werden und einer weit glücklich-freieren Entwicklung genießen als bei uns Deutschen.“

⁸⁾ Sie muß vom Home Office anerkannt (approved) worden sein.

Der Aufbau und die Geschichte der englischen Schule

Von Paul Wohlfarth

Die Schulerziehung in England ist in der Education Bill vom 3. August 1944 geregelt. Wer aber glaubte, daraus ein abgeschlossenes und in sich verständliches Bild von der englischen Schule zu gewinnen, würde enttäuscht. Das Gesetz ist Abschluß einer langen Entwicklung: Bruchstücke jahrhundertalter Gesetze sind daneben noch heute wirksam oder zum Verständnis unentbehrlich. Der Engländer hat ganz allgemein eine Vorliebe für sporadische und elastische Gesetzgebung. Ein Aufsatz über die englische Schule kann deshalb nur ein ungefähres Bild geben, nur eine Auswahl treffen, die zuweilen willkürlich erscheinen wird. Trotzdem rechtfertigt sich der Versuch, führt er uns doch über die Einzelheiten hinaus zu einem zwar nicht sehr übersichtlichen, aber recht lebendigen Abbild und offenbart als erziehungshistorische Betrachtung tiefer liegende Eigenarten des englischen Charakters¹⁾.

Die englische Schulerziehung verläuft im großen und ganzen in zwei Stufen: der Junior School (5.—11. Jahr) und der Senior School (vom 11. Jahr an). Für Kinder unter 5 Jahren gibt es die Infant Schools, deren Besuch aber freiwillig ist. Ihre Anfänge gehen auf das Jahr 1816 zurück, als Robert Owens, ein Baumwollspinner und „Amateursozialist“, die erste Infant School bei Glasgow für Kinder seiner Arbeiter gründete. Schon vom zweiten Lebensjahr ab konnte diese Schule besucht werden. Es herrschte ein gewisser Patriarchalismus, aber der Unterricht erfolgte im allgemeinen im Wege der Unterhaltung und Anschauung (Tierbilder). Bestrafung wurde möglichst vermieden, Singen, Tanzen, Spiele im Freien wurden gepflegt. 1818 wurde eine ähnliche Schule in London eröffnet und 1836 die Infant School Society zur Ausbildung geeigneter Lehrer gegründet. Der Einfluß kontinentaler Denker wie Rousseau, Helvetius, Pestalozzi, ist unverkennbar. Ein Schüler Fröbels gründete 1854 den ersten Kindergarten in London, allerdings nur für Kinder der Bemittelten. Wichtiger war eine Bewegung, die, überwiegend ein Werk der Schwestern Rachel und Margaret Macmillan, die Nursery Schools ins Leben rief, geleitet von dem Gedanken, daß das Alter unter 5 von ausschlaggebender Bedeutung für die Entwicklung ist und hierauf in der ärmeren Bevölkerung namentlich in hygienischer Beziehung nicht genügend Rücksicht genommen wurde. Die Education Acts von 1906 und 1907 stellten Mittel für warme Mahlzeiten und ärztliche Untersuchung zur Verfügung. Ein Gesetz von 1918 gab den örtlichen Stellen das Recht, öffentliche Nursing Schools zu errichten und den Infant Schools anzugliedern. Das Gesetz von 1944 hielt diese Bestimmungen aufrecht. Die Ausbildung der Lehrer erfolgt jetzt im Rachel Macmillan College in Deptford und im Froebel Educational Institute.

Die Volksschulen

Die Junior (Primary, Elementary) School im eigentlichen Sinn entspricht etwa der deutschen Volksschule. Ihre ersten Anfänge werden auf das Jahr 1833 gelegt, als die Regierung 20 000 £ zum Bau neuer Schulhäuser zur Verfügung stellte (First Education Vote). Wir sollten uns aber erinnern, daß England bereits 300 Jahre vorher ein ausgebildetes Schulwesen gerade für die Unbemittelten besaß. Es lag in der Hand der überaus zahlreichen, über das ganze Land verstreuten Klöster und Abteien, und gerade der verbreitetste Orden, die Zisterzienser, hatten nach der Ordensregel in dünnbewohnten Strichen zu siedeln²⁾, so daß häufig auch in den Dörfern für Schulunterricht gesorgt war. Als Heinrich VIII.

die Klöster und Abteien aufhob, versprach er zwar aus der Beute — und sie muß ungeheuer gewesen sein³⁾ — ein geregeltes Schulwesen zu begründen. Die kostspieligen französischen Kriege und die prunkvolle Lebens- und Hofhaltung des Königs verschlangen jedoch nahezu alles. Heinrich begründete 1540 die fünf „Regius“ Professorships (Divinity, Civil Law, Physics, Hebrew, Greek) in Cambridge und 1546 das Trinity College ebenda sowie 13 Grammar Schools. Die Volksschule ging leer aus.

In der Folgezeit betrachtete der Staat das Volksschulwesen nicht als seine Aufgabe. So sank bis Beginn des 19. Jahrhunderts das Erziehungsniveau der Kinder aus den ärmeren Kreisen immer mehr. Er wurde nur durch die Charity und Sunday Schools aufrechterhalten. Die 1810 gegründete British and Foreign School Society vereinigte die Kräfte, die diesen Zustand bekämpften. 1832 fand eine Untersuchung über den Stand des Schulwesens statt. Sie ergab, daß von 10 Kindern im — heute — schulpflichtigen Alter 4 überhaupt keine Schule, 3 eine Sonntagsschule, 2 eine der wenig leistungsfähigen „Damenschulen“ besuchten und nur eines eine ausreichende Schulerziehung genoß. 1836 wurde eine Central Society gebildet mit dem Ziel, ein öffentliches Bildungssystem mit einer zentralen staatlichen Stelle vorzubereiten, und 1839 ein Komitee geschaffen, das dieser Aufgabe näher treten sollte. Erster Sekretär war Dr. Kay, einer der bedeutendsten Vorkämpfer für die englische Volksschule. Von Hause aus Arzt, hatte er in den Elendsvierteln Manchesters die traurigen Lebensbedingungen der englischen Arbeiterfamilien kennengelernt und die Überzeugung gewonnen, daß Erziehung das wichtigste Mittel sei, Abhilfe zu schaffen. Von seiner unermüdbaren Tätigkeit bis zum Gesetz von 1944 ist es ein weiter Weg. Zunächst erhob die Church of England den Anspruch, die öffentliche Erziehung zu leiten. Dem widersprachen die Mitglieder der freien Kirchen, die Nonkonformisten, die ihre Kinder nach ihren eigenen religiösen Grundsätzen erziehen lassen wollten. Der Gegensatz führte 1870 zu einem Kompromiß, einem Doppelsystem von örtlichen, weltlichen Board Schools, die aus Steuern und Staatszuschüssen erhalten wurden, und von Voluntary Schools, meist auf konfessioneller Grundlage, erhalten aus Stiftungen, Beiträgen und Staatszuschüssen, aber nicht aus Steuern.

Kinderarbeit und Schulunterricht

Größere Schwierigkeiten kamen von anderer Seite. Von altersher beschäftigte die englische Industrie, besonders die Textilindustrie, Kinder. Zum großen Teil waren es Kinder aus den Arbeitshäusern, die von den Gemeinden den Fabriken verdungen, „apprenticed“ wurden. Aber auch sonst wurden aus der ärmeren Bevölkerung Scharen von Kindern freiwillig der Industrie zur Verfügung gestellt. Ihre Arbeitsbedingungen waren traurig, die Arbeitszeit sehr lang, Schläge üblich; für Schulbildung blieb keine Zeit. Noch heute erzählen in Yorkshire, dem Hauptsitz der Wollindustrie, ältere Leute solche Kindheitserinnerungen. Seit 1802 suchte eine Reihe von Factory Akts Abhilfe zu schaffen. Der erste, nur den Workhouse Children gewidmet, beschränkte die Arbeitszeit auf 12 Stunden. Die Grahams-Bill von 1843 zwang Eltern, die ihre Kinder freiwillig in die Textilfabriken schickten, ihnen an 3 vollen Tagen in der Woche den Schulbesuch zu ermöglichen; und 1864 und 1867 wurde diese Pflicht auf die gesamte Industrie ausgedehnt.

Auch der Education Act von 1870 führte noch nicht die allgemeine Schulpflicht ein und hielt an der Zahlung von

¹⁾ Für Einzelheiten wird auf das Buch „A Short History of English Education“ von H. C. Barnard, London 1947, verwiesen, das als Quelle benutzt wurde.

²⁾ „In civitatibus, in castellis aut villis nulla nostra construenda sunt coenobia, sed in locis a conversatione hominum remotis.“

³⁾ Allein aus der Kapelle des hl. Thomas Beckett in Canterbury Cathedral wurden 7 Wagen mit Kostbarkeiten nach London abgefahren.

Schulgeld fest. In der Folgezeit aber erließen zahlreiche Schoolboards (die lokalen Schulbehörden) nach dem Gesetz von 1870 Verordnungen (bylaws), die die allgemeine Schulpflicht einführten. Bis 1876 wurden 50% der Bevölkerung hiervon betroffen. Aber noch der Industry Act von 1874 ließ es zu, daß Kinder zwischen 10 und 14 in der Hälfte der Zeit in Fabriken beschäftigt wurden. Der Education Act von 1876 zwar machte die Erreichung eines gewissen Erziehungsgrades zur Bedingung, aber erst ein Act von 1888 führte die Allgemeine Schulpflicht für das Alter von 5—10 ein. Der (Fisher) Act von 1918 schaffte das Schulgeld für die Elementary School ab, und das Gesetz von 1944 dehnte das schulpflichtige Alter bis zum 15. Lebensjahr aus. Auf andere Bestimmungen dieses Gesetzes kommen wir noch zurück.

Die höheren Schulen

Die Entwicklung der Senior (Secondary) School ist nicht weniger verschlungen. Ihr wichtigster Typus, die Grammar School, geht angeblich bis in die Römerzeit, aber nachweisbar bis ins Mittelalter zurück. Sie umfaßte lange auch die Public School, und hatte den Namen von dem bis ins 19. Jahrhundert aufrechterhaltenen Schulziel. Unterricht in den klassischen Sprachen zu geben. Aus dem Mittelalter stammt auch die erst 1869 aufgehobene Vorschrift, daß der Lehrer einer bischöflichen Lizenz bedurfte. Aber noch heute gehören zahlreiche Headmaster dem geistlichen Stande an.

Bis ins 19. Jahrhundert beruhten die Grammar Schools auf Stiftungen, Endowments (daher auch: Endowed Schools), von Königen, geistlichen Gilden, wohlhabenden Männern und Frauen. Als älteste der heute noch bestehenden gilt Winchester. 1382 von William of Wykeham gegründet. Heinrich VI. stiftete 1440 Eton, ein reich gewordener grocer (Lebensmittelhändler) aus London, Lawrence Sheriff, Rugby in diesem seinem Geburtsdorf (1567). Beispiele der Stiftung von Gilden sind die Haberdasher School und Merchar'd Tailor's. Eine Frau gründete die nach ihr benannte Lady Manner's School in Bakewell. Einige haben sich auch aus den Kathedralschulen der Vorreformation entwickelt.

Im allgemeinen war das Ziel der Stifter, den Kindern eines engeren Bezirks, in der Regel solchen aus unbemittelten Kreisen, eine klassische Schulbildung zu geben, Hauptbeispiel Rugby. Als Eton seine Pforten für Kinder aus dem ganzen Land auftat, erklärte es sich zur Public School. Die Trennung von Grammar- und Public Schools erfolgte aber erst im 19. Jahrhundert.

Unterrichtsfächer waren nur Latein und Griechisch, und dabei blieb es bis ins 19. Jahrhundert, für andere Fächer (extras) mußte besonders bezahlt werden. E. E. Dodd berichtet in seiner „History of the Bingley⁴⁾ Grammar School“ (Lund, Humphries & Co., 1930) von dem schweren Kampf, den seit 1814 die Vorkämpfer eines neuzeitlichen Lehrplans gegen die Vertreter der alten Richtung führten und mit dem sie lange erfolglos blieben, erst der Grammar School Act von 1840 gab ihnen den Sieg. — Die Disziplin war durchweg sehr charf; so soll der Headmaster von Eton, John Kent (1809 bis 1839) an einem Tage 80 Knaben geüchtigt haben⁵⁾. Aufstände von Schülern waren nicht selten, so 1793 und 1818 in Winchester, 1797 in Rugby und noch 1851 in Marlborough. Häufig war die Zahl der Lehrer viel zu gering, so kamen (1834) neun auf 570 Knaben in Upper School, Eton. Zuweilen wiederum standen Schulen ganz leer, so 1866 die Whitgift School, Croydon. Unterbringung und Verpflegung waren häufig unzureichend.

Der Beschränkung der Grammar Schools auf Latein und Griechisch verdanken die Private Schools ihre Entstehung. Hier wurden auch die Fächer gelehrt, die für eine praktische Laufbahn vorbereiteten. Wir kennen sie aus Dickens' Dombey & Sons und Thackeray's Vanity Fair. Ihr Schilderungen geben freilich kein allgemein zuverlässiges Bild. Z. B. gründeten Th. Wright Hill und M. Davenport Hill 1819 eine Private School in Hazelwood, die einige ganz moderne Ideen verfolgte wie die Selbstverwaltung der Schüler. Damals waren die Private Schools auch überwiegend die Erziehungsstätten für Mädchen, allerdings, den Anschauungen der Zeit folgend, mit keinem hohen Niveau.

Von dem Gegensatz zur Private School wird häufig der Begriff der Public School im Laufe der weiteren Entwicklung hergeleitet⁶⁾. Wir müssen uns aber klar sein, daß der Begriff sich einer festen Bestimmung überhaupt entzieht. Es gehört zu den Eigentümlichkeiten des englischen Genius, die Festlegung auf bestimmte Begriffe, die systematische Einordnung in allgemeine Zusammenhänge abzulehnen und mit Mißtrauen, häufig mit Verständnislosigkeit, zu betrachten. Diese Anlage zeigt sich auch hier. Dazu kommt, daß die Public School für die Bildung des englischen Charakters eine Bedeutung hat, der keine Schulinstitution eines anderen Landes vergleichbar ist.

Die englische — anders die nordamerikanische — Public School ist keine öffentliche Schule, im Gegensatz z. B. zu den staatlichen Gymnasien Deutschlands. Sie beruht noch immer auf den Endowments, von denen die Rede war, und wird von einem Board of Governors geleitet, wobei freilich in allen Spezialfragen dem Headmaster eine Selbständigkeit zukommt, die auf dem Kontinent unbekannt ist und sich auch in seiner allgemeinen Stellung ausspricht. Der Headmaster von Eton etwa ist eine Persönlichkeit von öffentlicher Bedeutung, sein Name allgemein bekannt.

Worin aber unterscheiden sich heute die Public von den Grammar Schools? Erstere sind Boarding Schools, letztere Day Schools. Viele Public Schools sind alte, viele Grammar Schools neuere Gründungen, doch gibt es viele Ausnahmen, so die oben genannte Bingley Grammar School, die schon 1529 erwähnt wird, und eine der teuersten Public Schools, Bryanston (Dorset), die erst nach dem ersten Weltkriege gegründet wurde.

Die Public Schools — und das ist das Wesentliche — entwickelten sich im 19. Jahrhundert zu Bildungsstätten, die entsprechend ihren hohen Preisen den Kindern der wohlhabenden Schichten vorbehalten waren. Die Aufnahmebedingungen sind schwer, Eltern, die ihren Sohn nach Eton schicken wollen, pflegen ihn angeblich noch heute bald nach der Geburt dort anzumelden. Das hängt mit der sozialen Bedeutung der Public Schools zusammen. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, dem industriellen Aufschwung folgend, stiegen aus dem kleinen Mittelstand dauernd Familien in die wohlhabende Oberschicht auf, die danach strebten, sich und ihre Kinder den Familien alten Reichtums, alter sozialer Stellung anzupassen. Das vorzüglichste Mittel waren die Public Schools. Hier lernte das Kind, dessen Großvater sich noch vor dem Squire tief verbeugt hatte, die uniformen Gewohnheiten in Sprache, Auftreten und Benehmen sich anzueignen, die den englischen Gentleman ausmachen. So schickte etwa der reichgewordene Wollindustrielle aus Bradford, der selbst noch butter wie bu'er, flat wie das deutsche „flatt“ aussprach, den Paten nach einer der teuren Public Schools des Südens, wo er ein dialektfreies Englisch lernte, mit dem er überall auftreten konnte. In diesem Zusammenhang sei hervorgehoben, daß in den letzten 100 Jahren ein hoher Prozentsatz der führenden Männer Englands aus der Public Schools hervorgegangen ist. Der Kritik dieser Tatsache aus den Kreisen der nicht bevorzugten Schichten entsammt eines jener Wortbilder, an denen die englische Sprache seit Shakespeare so reich ist: The old Schooltie.

Seit 1903 erfolgt die Aufnahme der Schüler mit 13 Jahren auf Grund der „Common Entrance Examination“, für welche Kinder vom achten Jahr ab auf den meist privaten Preparatory Schools vorbereitet werden.

In den letzten Jahren sind mehrfach Public Schools, wie Christ's Hospital und Rendcomb (Churnside) in Gloucestershire dazu übergegangen, begabte Kinder aus Elementary Schools aufzunehmen.

Große Pädagogen

Wie aber kam es, daß die englische höhere Schule, über deren Verfallserscheinungen wir oben berichteten, Männer heranbilden konnte, die im 19. Jahrhundert ihr Land auf den Höhepunkt seiner geschichtlichen Entwicklung führten? Der Aufschwung ist vor allem zurückzuführen auf das Wirken zweier überragender Schulmänner: Samuel Butler (1774 bis 1839) und Thomas Arnold (1795—1847), und wenn ihr Ein-

fluß auch den heutigen Grammar Schools zugute kam, so waren sie doch die Headmaster zweier der angesehensten Public Schools, und wir dürfen annehmen, daß der Aufstieg der Public Schools im allgemeinen ihnen zu verdanken ist.

Die Hauptverdienste Butler's, der von 1798—1836 Headmaster von Shrewsbury war⁷⁾, bestanden in der Abschaffung des nicht wesentlichen Lernstoffes, der Einführung des Systems, das die Leistungen nach Punkten (marks) beurteilt, der Ermunterung der Schüler, Anregung von Privatlektüre, Mitwirkung der älteren Schüler bei der Aufsicht, Einführung von Mathematik als Lehrfach. Das Ergebnis war verblüffend: Bei den Zulassungsprüfungen für Oxford und Cambridge nahmen die Shrewsburyboys bald die besten Plätze ein.

Das Verdienst Thomas Arnold's, der von 1828—1842 Headmaster von Rugby war, ist besonders die Schaffung eines engeren, auf Wohlwollen und Vertrauen beruhenden Verhältnisses zwischen Lehrern und Schülern. Es waren vor allem die Schulanfänger, die er selbst als — 1818 ordiniert — Geistlicher der Church of England leitete, in denen er die Schüler in diesem Geiste beeinflusste. Zur Seite standen ihm nicht nur die Lehrer, sondern auch die Schüler der sixth form (Primaner), die er als gentlemen behandelte, und denen er in weitem Maße die Aufsicht über die jüngeren Schüler anvertraute, Grundlage des Präfektensystems. Dazu kamen organisatorische Änderungen, wie Trennung der Lehrgänge, kleinere Schlafräume, bessere Überwachung, und die Einführung neuer Fächer wie Geschichte und Sprachkunde.

Diese beiden Männer zogen einen Stamm von Nachfolgern groß, die in kurzem das Bild der höheren Schule von Grund aus änderten. Hier sei nur Butler's Nachfolger, Benjamin Hall Kennedy (1804—1889) genannt, der Französisch, Liebesübungen, Sport und Chorgesang einführte. Viele dieser Männer werden heute als nationale Lieblinge gefeiert, Thomas Arnold an erster Stelle. Schon zwei Jahre nach seinem Tode (1856) erschien seine Lebensbeschreibung von A. P. Stanley, Vorgänger ungezählter Schulromane, Tom Brown's Schooldays, eine Verherrlichung Arnolds (kürzlich verfilmt) von T. Hughes und 1857 die Dichtung Rugby Chapel von Arnold's Sohn Matthew. Bald entstand eine Reihe neuer Public Schools, wie Cheltenham (1841), Marlborough (1843), Rossal (1844), Wellington (1853). Die Gesetzgebung hinkte etwas nach: men, not measures.

1861 wurde die Clarendon Commission eingesetzt, die den Lehrplan, die Leistungen und die finanzielle Lage der neun bedeutendsten Public Schools prüfen sollte. Auf ihren Bericht von 1864 erging der Public School Act von 1868, der den Begriff erstmalig festlegte, die Stellung des „Governing Body“ und des Headmasters regelte und die Einreichung der Lehrpläne vorschrieb. Der Titel „Public School“ hatte aber bereits ein solches Ansehen erlangt, daß er von einer weit größeren Zahl höherer Schulen beansprucht wurde. Diese taten sich unter Führung von Edward Thring, dem Headmaster von Uppingham, 1869 zur „Headmaster Conference“ zusammen, einer festen und dauernden Verbindung, die die Aufnahme von der Erfüllung gewisser Bedingungen, z. B. dem Aufstieg einer bestimmten Zahl ehemaliger Schüler zu den Universitäten, abhängig machte. Die Mitglieder der Vereinigung sind Public Schools.

Die Gesetzgebung wandte sich nun den anderen höheren Schulen, 942 an der Zahl, zu, für die 1869 der Endowed School Act erging. Hauptpunkte: Erweiterung des Lehrplans, Bildung höherer Mädchenschulen, Befreiung vom Religionsunterricht auf Wunsch der Eltern. Ein organisiertes Erziehungssystem mit zentraler staatlicher Aufsicht wurde auch hier nicht geschaffen. Die weitere Entwicklung ging von dem lokalen School Boards aus. Diese gingen in steigendem Maße dazu über, Elementary Schools eines höheren Typus (higher grade) zu schaffen. Diese kamen dem Standard der Secondary School nahe, wurden aber aus Steuern und staatlichen Zuschüssen erhalten und standen so den Kindern Minderbemittelter offen, waren auch staatlichen Untersuchungen und Eingriffen weniger ausgesetzt.

Damit wurde freilich die Unübersichtlichkeit des Schulwesens noch gesteigert. Aufgabe der 1894 eingesetzten James Bryce Commission war es, diesen „administrative muddle“ zu bekämpfen. Ihr Bericht führte zum Education Act vom

⁷⁾ 1836 wurde er Bischof von Lichfield. 1952 feierte Shrewsbury sein 400jähriges Jubiläum.

20. 12. 1902, der Elementary und Grammar Schools, unter Aufhebung der School Boards, einheitlich den — 120 — County Councils unterstellte, die als Local Education Authorities (LEA) gelten. Sie wurden dem Board of Education unterstellt. Den alten Board Schools, jetzt Provided Schools, wurden die Non Provided Schools gegenübergestellt, die im wesentlichen von religiösen Denominationen unterhalten und betrieben wurden. Allgemein waren die Kinder auf Wunsch der Eltern vom Religionsunterricht zu befreien nach den Grundsätzen des Toleranzedikts von 1689.

Der Act von 1902, obwohl vorwiegend organisatorisch, leitete eine Epoche ein, die der englischen Schule neues Leben gab. Zwei Grundsätze, die der Elementary School Code von 1904 einführt, waren besonders fruchtbar: der Schüler ist die Hauptsache, nicht die Finanzgebarung — wichtiger als das Lernen von Tatsachen ist die Charakterbildung. Das 1905 veröffentlichte Handbook of Suggestions for the Consideration of Teachers begünstigte diese Gedanken, indem es den Lehrern ein weites Maß von Selbständigkeit gab.

Zu den alten Endowed Grammar Schools traten nun die neuen Gründungen, die aus den von den Gemeinden geschaffenen höheren Elementary Schools hervorgingen. Da nun auch die Endowed Grammar Schools Beihilfen von den LEAs verlangen konnten, wuchs deren finanzielle Belastung erheblich. Um die Freiplätze aufrechtzuerhalten, wurde für Anwärter eine Aufnahmeprüfung eingeführt. In sachlicher Richtung sind die „Regulations for Secondary Schools“ von 1904 hervorzuheben, weil sie endgültig den Lehrplan im Sinne der neuzeitlichen Anschauungen festsetzten: Sprachen, Mathematik, Naturkunde, Geschichte, Zeichnen, Handfertigkeit, wozu Geographie, Biologie, Wirtschafts- und Bürgerkunde und Spanisch traten, auf Kosten des Griechischen.

Die neue Regelung

1917 wurde die Abschlußprüfung (School Certificate) eingeführt, 1920 die State- und County Council Scholarships, die ärmeren Schülern auf Grund von im März jeden Jahres stattfindenden Prüfungen die Mittel zum Universitätsbesuch sicherten. Einmal auf die Bahn des Fortschritts geführt, machten die Beteiligten weitere Vorschläge, die zur Einsetzung neuer Kommissionen führten, benannt nach ihren Vorsitzenden, Hadow, Spens und Norwood. 1943 erschien ein parlamentarisches Weißbuch „Educational Reconstruction“. 1944 endlich wurde die Education Bill verabschiedet, für die der letzte Vorsitzende des Board of Education, R. A. Butler, verantwortlich war. Ihre wichtigsten Änderungen sind:

1. Die Umwandlung des Board in ein Ministry of Education.
2. Abschaffung der Bezeichnung „Elementary Education“, Dreiteilung von Primary, Secondary, Further Education. Alle diese Schulen sind den Local Education Authorities, d. h. den County Councils, unterstellt.
3. Nursery Schools für Kinder unter fünf Jahren, Special Schools für geistig oder körperlich Unterentwickelte.
4. Ein ziemlich verwickelter System der Verteilung der finanziellen Lasten und Zuschüsse.
5. Bestimmungen über Ernennung der Headmaster.
6. Einführung der täglichen Andacht vor Beginn des Unterrichts mit dem Recht auf Fernbleiben aus Gewissensgründen.
7. Regelung des Governorsystems.
8. Abschaffung des Schulgeldes für die Secondary Day Schools mit Ausnahme der Direct Grant Schools, die einen Zuschuß von der zentralen staatlichen Stelle erhalten.

Mädchen- und Sonderinstitute

Die Entwicklung der Mädchenschule bedarf nur eine kurzen Betrachtung, und auch nur für die höhere Schule. Die Volksschule in ihrem oben angedeuteten Werdegang machte zwischen Knaben und Mädchen keinen Unterschied. Der Schulerziehung der Töchter von wohlhabenden Eltern stand aber sehr lange die Anschauung entgegen, daß Beruf der Frau die Ehe sei. So wurde ihre Ausbildung meist governesses anvertraut, oder man schickte die Töchter später in ein französisches oder schweizer Pensionat. Selbst Christ's Hospital, das unter Eduard VI. für Kinder beider Geschlechter gegründet wurde, hatte 1865 1224 Knaben und nur 22 Mädchen.

⁴⁾ Bingley ist ein Industriestädtchen in West Yorkshire.
⁵⁾ Das Birching und Caning ist heute noch allgemein üblich.

⁶⁾ So D. W. Brogan, „The English People“, London 1943, Chapter II.

c) Indogermanische Sprachwissenschaft als Hauptfach zu Philologie einer indogermanischen Sprache als Nebenfach;

d) Alte Geschichte als Hauptfach zu griechischer oder lateinischer Philologie oder klassischer Archäologie als Nebenfach;

e) Historische Hilfswissenschaften als Hauptfach zu mittlerer und neuerer Geschichte als Nebenfach;

f) Klassische Archäologie als Hauptfach zu griechischer oder lateinischer Philologie als Nebenfach;

g) Mittlere und neuere Kunstgeschichte als Hauptfach zu klassischer Archäologie als Nebenfach;

h) Musikwissenschaft als Hauptfach zu einer Philologie als Nebenfach.

Es dürfen von den Fächern:

A) Philologie, Soziologie, Pädagogik,

B) Romanische, italienische, spanische Philologie,

C) Alte Geschichte, mittlere und neuere Geschichte, historische Hilfswissenschaften,

nur je zwei miteinander verbunden werden.

Über die Zusammenstellung der in § 13 der Prüfungsordnung genannten, vorstehend zusammengestellten Fächer mit solchen, die außerdem in der Philosophischen Fakultät gelehrt werden, entscheidet die Fakultät gleichzeitig mit deren Zulassung.

Bei Philosophie als Hauptfach ist es wünschenswert, daß eines der Nebenfächer aus den Hauptgebieten einer anderen als der Philosophischen Fakultät gewählt wird.

Übersicht über die Prüfungsordnungen

der Fachrichtungen sämtlicher Fakultäten an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/Main

PHILOSOPHISCHE FAKULTÄT

A. Prüfungsordnung für das wissenschaftliche Lehramt an Höheren Schulen im Lande Hessen

Die Prüfung für das wissenschaftliche Lehramt an höheren Schulen gliedert sich in zwei Abschnitte: die wissenschaftliche Prüfung und die pädagogische Prüfung.

1. In der wissenschaftlichen Prüfung soll der Bewerber nachweisen, daß er für das Lehramt an höheren Schulen wissenschaftlich befähigt und vorgebildet ist. Diesen Nachweis hat er nach den Forderungen dieser Prüfungsordnung zu erbringen, und zwar

a) durch eine allgemeine Prüfung in Philosophie, Pädagogik und Politik, b) durch Prüfungen in den einzelnen Unterrichtsfächern (hat der Bewerber eines der Unterrichtsfächer Deutsch, Latein, Griechisch, Englisch, Französisch und Mathematik gewählt, so wird er in zwei Fächern geprüft. Befindet sich unter den Fächern des Bewerbers keines der vorgenannten Hauptfächer, so wird er in drei Fächern geprüft.)

2. In der pädagogischen Prüfung soll der Bewerber zeigen, daß er den besonderen Erziehungs- und Bildungsaufgaben der höheren Schule gewachsen ist.

I. Die wissenschaftliche Prüfung

Für die Zulassung ist erforderlich

1. Der Besitz eines Reifezeugnisses;

2. der Nachweis über ein ordnungsgemäßes Studium von mindestens acht Semestern an der Philosophischen oder Naturwissenschaftlichen Fakultät einer deutschen Hochschule, eine Bescheinigung darüber, daß der Bewerber während seiner Studienzeit 3 Monate den Schuldienst, davon mindestens einen Monat den an einer höheren Schule, kennengelernt hat.

Zum Nachweis eines ordnungsmäßigen Studiums wird gefordert, daß der Bewerber die notwendigen Fachvorlesungen sowie die für die allgemeine Prüfung in Philosophie, Pädagogik und Politik erforderlichen Vorlesungen gehört hat, und daß er in seinen Studienfächern sowie in Philosophie, Pädagogik und Politik an wissenschaftlichen Übungen mit Erfolg teilgenommen hat.

Bewerber, deren Reifezeugnis in Latein oder Griechisch oder Hebräisch keine Note aufweist, müssen spätestens im vierten Semester ablegen: a) das Latinum für Religion, Deutsch, Geschichte, Französisch, Englisch, b) das Graecum für Religion und Latein, c) das Hebräicum für Religion. Diese Forderungen gelten nur, wenn die Lehrbefähigung für die Oberstufe erstrebt wird.

Wer die Lehrbefähigung in Deutsch erwerben will, muß nachweisen, daß er mindestens an einer sprechtechnischen Übung teilgenommen hat. Für die Fächer Erdkunde, Physik, Chemie und Biologie ist die Übung im praktischen Arbeiten durch entsprechende Bescheinigungen nachzuweisen. Die Forderung erstreckt sich für a) Erdkunde auf Teilnahme an Lehrausflügen und Übungen im Entwerfen von Kartenskizzen; b) Physik auf Arbeiten im Laboratorium mit dem Ziel, wichtige Apparate und Arbeitsmethoden kennenzulernen und Erfahrung in der Ausführung messender und darstellender physikalischer Versuche zu gewinnen; c) Chemie auf Ausführung von praktischen Arbeiten und Unterrichtsversuchen sowie auf technologische Besichtigungen; d) Biologie auf Präparieren von Pflanzen und Tieren, die mikroskopische Technik einschließlich Mikroprojektion, Projektion, Filmvorführung, Photographieren, zeichnerische Wiedergabe selbstgefertigter Präparate, Teilnahme an Lehrausflügen.

Bewerber um die Lehrbefähigung in Leibesübungen müssen das Zeugnis über die bestandene Vorprüfung, sowie Bescheinigungen des Hochschulinstitutes für Leibeserziehung über regelmäßige praktische Betätigung während ihres ganzen Studiums vorlegen.

Prüfungsgegenstände: für alle Bewerber Philosophie, Pädagogik und Politik in der allgemeinen Prüfung;

für die einzelnen Bewerber zwei bzw. drei der folgenden Unterrichtsfächer: Religion, Deutsch, Latein, Griechisch, Hebräisch, Englisch, Französisch, Geschichte, Erdkunde, Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, Leibeserziehung; Hebräisch ist bei Bewerbern, die zwei Lehrbefähigungen erstreben, nur zusätzlich möglich. Außerdem können als Zusatzfächer gewählt werden, soweit dafür Prüfende vorhanden sind: Philosophie, Pädagogik, Politik, Geschichte der Kunst des Mittelalters und der Neuzeit, Musikwissenschaft, Italienisch, Spanisch.

Schriftliche Arbeiten

Zur häuslichen Bearbeitung erhält der Bewerber als Hauptarbeit eine Aufgabe aus einem seiner wissenschaftlichen Fächer für die Oberstufe, als zweite Arbeit eine aus Philosophie, Pädagogik oder Politik nach seiner Wahl. Für die Anfertigung der Arbeiten wird eine Frist von vier Monaten gesetzt, die von der Zustellung der Aufgaben an rechnet. Auf einen spätestens vierzehn Tage vor Ablauf der Frist vorgelegten begründeten Antrag hin kann der Vorsitzende eine Nachfrist von sechs Wochen bewilligen. Weitere Verlängerung ist ausgeschlossen. Wird die Frist nicht eingehalten, so gilt die Prüfung als nicht bestanden. Weist der Bewerber jedoch nach, daß er die Frist ohne sein Verschulden versäumt hat, so werden ihm auf Antrag neue Aufgaben mit derselben Frist gestellt. Wird auch für diese Arbeiten die Frist versäumt, so gilt die Prüfung endgültig als nicht bestanden. Am Schluß jeder Arbeit hat der Bewerber zu versichern, daß er sie selbständig verfaßt und keine anderen Hilfsmittel als die angegebenen benutzt hat.

In jedem Fach ist vor der mündlichen Prüfung mindestens eine schriftliche Arbeit unter Aufsicht in höchstens vier Stunden anzufertigen. In den alten Sprachen ist die Übersetzung nebst sprachlicher und sachlicher Erläuterung eines fremdsprachigen Textes zu fordern. Eine Übersetzung aus dem Deutschen in die Fremdsprache darf nicht verlangt werden. In den neueren Sprachen ist die Aufgabe so zu stellen, daß ihre Bearbeitung die Fähigkeit des Bewerbers zeigt, sich in der Fremdsprache richtig auszudrücken. Diese Fähigkeit kann erwiesen werden durch eine Abhandlung oder eine Übersetzung in die Fremdsprache oder ein Diktat eines fremdsprachigen Textes, der in der Fremdsprache zu erläutern ist. Der Bewerber um die Lehrbefähigung in Physik für die Oberstufe muß außer der physikalischen eine zweite Aufgabe aus der Mathematik bearbeiten, falls er nicht auch die Lehrbefähigung in Mathematik erstrebt. Die schriftlichen Arbeiten unter Aufsicht sind in zwei Wochen im Zusammenhang mit der mündlichen Prüfung zu erledigen.

Wenn nach den schriftlichen Arbeiten eines Bewerbers bereits feststeht, daß ein ausreichendes Ergebnis der Prüfung nicht zu erwarten ist, so kann der Vorsitzende des wissenschaftlichen Prüfungsamtes ihn von der mündlichen Prüfung zurückweisen und die Prüfung für nicht bestanden erklären. Diese Entscheidung gilt auch dann, wenn der Bewerber seinen Rücktritt von der Prüfung erklärt. Der Vorsitzende muß den Bewerber auch dann von der mündlichen Prüfung zurückweisen und die Prüfung für nicht bestanden erklären, wenn sich nachträglich an der sittlichen Unbescholtenheit des Bewerbers begründete Zweifel ergeben haben.

Zur mündlichen Prüfung und den mit ihr verbundenen Arbeiten unter Aufsicht lädt der Vorsitzende des wissenschaftlichen Prüfungsamtes den Bewerber schriftlich ein. Kann der Bewerber zu dem angegebenen Zeitpunkt nicht erscheinen, so hat er dies unter Angabe der Gründe bis spätestens acht Tage vor der Prüfung dem Vorsitzenden zu melden. Der Vorsitzende entscheidet, ob die dargebrachten Gründe es rechtfertigen, den Zeitpunkt zu verschieben. Läßt der Bewerber den angesetzten Zeitpunkt ohne rechtzeitige Mittei-

lung verfallen, so ist die Prüfung für nicht bestanden zu erklären.

Die einzelnen Fächer der mündlichen Prüfung können auf mehrere Tage verteilt werden. Die gesamte mündliche Prüfung eines Bewerbers soll jedoch in einer Woche erledigt sein. Die Verteilung der Prüfung auf einen längeren Zeitraum ist nur auf Grund eines amtsärztlichen Zeugnisses zulässig. Die Gesamtprüfung muß in einem Monat beendet sein. Jeder Bewerber ist einzeln zu prüfen. Die Prüfungszeit für jedes Fach beträgt in der Regel eine Stunde, für die allgemeine Prüfung in Philosophie, Pädagogik und Politik 45 Minuten.

Das Ergebnis der Prüfung ist für jedes Fach unmittelbar nach jeder einzelnen mündlichen Prüfung auf Grund aller Unterlagen von den Prüfenden und den Beisitzern festzustellen und in einem der Urteile „sehr gut“ (1), „gut“ (2), „befriedigend“ (3), „ausreichend“ (4), „mangelhaft“ (5) und „ungenügend“ (6) zusammenzufassen. Das Gesamturteil der Prüfung ergibt sich aus den Ergebnissen der einzelnen Teilprüfungen und ist mit einer der Noten „mit Auszeichnung“ (1), „gut bestanden“ (2), „befriedigend bestanden“ (3) und „bestanden“ (4) zu bezeichnen. Hat der Bewerber die Prüfung bis auf ein Fach bestanden, so kann er innerhalb eines Jahres, vom Zeitpunkt der mündlichen Prüfung ab gerechnet, eine Ergänzungsprüfung in diesem Fach ablegen, ohne daß die Prüfung für nicht bestanden erklärt wird. Besteht der Bewerber die Ergänzungsprüfung nicht oder legt er sie nicht in der bezeichneten Zeit ab, so ist die Gesamtprüfung für nicht bestanden zu erklären. Die Ergänzungsprüfung kann nur einmal abgelegt werden. Ist die Gesamtprüfung nicht bestanden, so kann sie einmal vor dem wissenschaftlichen Prüfungsamt, vor dem die erste Prüfung abgelegt wurde, wiederholt werden. Für die Wiederholungsprüfung können die schriftlichen Hausarbeiten angerechnet werden. Auch sonst können ausreichende Leistungen der ersten Prüfung in den einzelnen Fächern berücksichtigt werden. Die Wiederholung muß spätestens zwei Jahre nach der ersten mündlichen Prüfung erfolgen.

Geistliche, die nach Ablegung aller zur Bekleidung ihres Amtes erforderlichen Prüfungen und nach Erlangung der Ordination oder Priesterweihe mindestens zwei Jahre in der Seelsorge oder im Schuldienst tätig waren, erhalten das Zeugnis über die wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen, wenn sie in einer mündlichen Prüfung ihre Befähigung für den Religionsunterricht auf der Oberstufe und durch die schriftlichen Arbeiten unter Aufsicht sowie die mündliche Prüfung die Lehrbefähigung in einem Unterrichtshauptfach oder in zwei anderen Fächern nachweisen. Erstreben sie statt Religion ein anderes Fach für die Oberstufe, so haben sie dafür eine schriftliche Hausarbeit anzufertigen.

Die Gebühren betragen für die erste Prüfung und die Wiederholungsprüfung je 80,— DM, für jede Ergänzungs- und Erweiterungsprüfung 40,— DM. Für Verteilung der mündlichen Prüfung auf einen längeren als den vorgeschriebenen Zeitraum ist ein Zuschlag von 20,— DM für jedes Fach zu zahlen. Die Gebühren sind sofort bei der Meldung an die für das wissenschaftliche Prüfungsamt zuständige Kasse zu zahlen. Die Zulassung wird erst nach erfolgter Zahlung ausgesprochen. In Fällen besonderer Notlage kann der Vorsitzende Teilzahlung oder Stundung von Prüfungsgebühren bewilligen. Wird die Zulassung versagt, werden die eingezahlten Gebühren zurückerstattet. Tritt der Bewerber vor der mündlichen Prüfung zurück und weist nach, daß Krankheit oder außergewöhnliche Umstände ihn dazu zwingen, so ist ihm die Hälfte der gezahlten Gebühren zurückzuerstatten. In allen anderen Fällen bleiben die eingezahlten Gebühren verfallen, gleichviel, ob die Prüfung zu Ende geführt wird oder nicht.

B. Promotionsordnung für die Philosophische Fakultät der Johann Wolfgang Goethe-Universität

Die Philosophische Fakultät der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main verleiht den akademischen Grad eines Doktors der Philosophie (Dr. phil.) nur im normalen Promotionsverfahren nach ordnungsmäßigem Studium auf Grund einer vom Bewerber verfaßten und mit Genehmi-

gung der Fakultät durch ihren Druck veröffentlichten wissenschaftlichen Abhandlung (Dissertation) und nach Ablegung einer mündlichen Prüfung (Rigorosum).

Das Gesuch um Zulassung zur Promotion ist an die Fakultät zu richten und dem Dekan persönlich einzureichen. Im Gesuch sind Titel der verfaßten Dissertation und die für die mündliche Prüfung gewählten Fächer (das Hauptfach und zwei Nebenfächer) anzugeben. Dem Gesuch sind beizulegen:

1. ein in deutscher Sprache abgefaßter Lebenslauf, der über den Bildungsgang des Bewerbers Aufschluß gibt. Er muß die Namen der Hochschullehrer enthalten, bei denen der Bewerber gehört hat.

2. das Reifezeugnis des Bewerbers.

3. den Nachweis eines ordnungsgemäßen und gründlichen Fachstudiums an der Philosophischen Fakultät einer deutschsprachigen Universität von mindestens acht Semestern, davon zwei an der Johann Wolfgang Goethe-Universität. Durch Abgangszeugnis und Kollegbücher oder Verzeichnis der belegten Seminare, Übungen und Vorlesungen muß das ordnungsgemäße Studium in einem Hauptfach und mindestens zwei Nebenfächern nachgewiesen werden.

4. ein Führungszeugnis der zuständigen Universitätsbehörde oder, wenn der Bewerber über 3 Monate exmatrikuliert war, ein polizeiliches Führungszeugnis.

5. eine Erklärung darüber, ob und mit welchem Erfolg der Bewerber sich bereits einer anderen Doktorprüfung oder einer sonstigen Hochschul- oder Staatsprüfung unterzogen hat.

6. eine von ihm verfaßte Arbeit über ein selbstgewähltes Thema als Dissertation. Ihr Gegenstand muß einem in der Fakultät vertretenen Wissensgebiete entnommen sein. Die Abhandlung muß wissenschaftlich beachtenswert sein und die Fähigkeit des Bewerbers zu selbständiger wissenschaftlicher Arbeit und angemessener Darstellung erweisen. Die Sprache der Dissertation ist Deutsch und Lateinisch. Über Zulassung anderer Sprachen entscheidet die Fakultät. Am Schlusse der Abhandlung hat der Bewerber anzugeben, welche Quellen und Hilfsmittel er für ihre Ausarbeitung fremder Hilfe bedient hat. Dieser Angabe ist die eidesstattliche Erklärung anzufügen, daß darüber hinaus keine weitere Beihilfe stattgefunden hat.

7. eine Erklärung darüber, ob die Arbeit schon einmal einer Fakultät oder einer anderen Stelle zur Prüfung vorgelegen hat und ob sie vorher ganz oder im Auszug veröffentlicht worden ist.

8. die vom Bewerber bisher im Druck veröffentlichten wissenschaftlichen Arbeiten.

9. eine Erklärung, daß dem Bewerber die Promotionsordnung bekannt ist.

10. eine Quittung der Universitätsquästur über die eingezahlte Gebühr.

Lateinkenntnisse werden für die Promotion vorausgesetzt. Sie sind, wie die für bestimmte Fächer erforderliche Kenntnis des Griechischen, durch das Reifezeugnis oder durch eine anerkannte Ergänzungsprüfung nachzuweisen.

Über die Annahme des Gesuches entscheidet nach der Prüfung der eingereichten Unterlagen der Dekan auf Grund der Bestimmungen. Die Zurücknahme eines Promotionsgesuches ist nur so lange zulässig, als nicht durch eine ablehnende Entscheidung über die Dissertation das Promotionsverfahren beendet, eine Umarbeitungsfrist für die Abhandlung gestellt wurde oder die mündliche Prüfung begonnen hat.

Werden auf Grund der eingereichten Unterlagen die Vorbedingungen zur Zulassung eines Bewerbers vom Dekan als erfüllt angesehen, so bestellt dieser die Gutachter zur Beurteilung der Dissertation, und zwar einen Referenten (in der Regel der Anreger der Arbeit) und einen Korreferenten. Beide Referenten legen der Fakultät ein begründetes Gutachten

über die Dissertation vor. Die Fakultät kann die eingereichte Arbeit auf Vorschlag der Referenten zur Umarbeitung binnen einer bestimmten Frist zurückgeben, die ein Jahr nicht überschreiten soll und nur mit besonderer Genehmigung der Fakultät verlängert werden kann. Verstreicht die Frist, ohne daß die Arbeit von neuem eingereicht wird, so gilt damit die Doktorprüfung als nicht bestanden. Die abgelehnte Arbeit verbleibt mit allen Gutachten bei den Akten der Fakultät.

Nach Annahme der Dissertation durch die Fakultät wird der Bewerber zur mündlichen Prüfung zugelassen. Sie ist in der Regel binnen eines Jahres abzulegen. Den Termin setzt der Dekan nach Anhören des Bewerbers fest. Als Prüfungsfächer der Philosophischen Fakultät gelten diejenigen Fächer, für die ein planmäßiger Lehrstuhl besteht oder die in der planmäßigen Vertretung eines Faches als Untergebiete eingeschlossen sind. Nebenfächer müssen so gewählt werden, daß sie in einem sinnvollen Zusammenhang mit dem Hauptfache stehen und ein angemessenes Wissensgebiet sichern. Ungeeignete Zusammenstellungen kann die Fakultät ablehnen. Mit Genehmigung der Fakultät kann ein Nebenfach — in besonders begründeten Fällen auch zwei Nebenfächer — aus den anderen Fakultäten der Johann Wolfgang Goethe-Universität gewählt werden.

Die mündliche Prüfung dauert im Hauptfach mindestens eine Stunde, in den Nebenfächern im allgemeinen je eine halbe Stunde. In den historischen Hilfswissenschaften wird eine Stunde geprüft. Prüfer im Hauptfach ist regelmäßig der Anreger der Dissertation.

Das Ergebnis der mündlichen Prüfung wird in jedem Fach von dem Prüfer nach Rücksprache mit dem Beisitzer durch eine Note festgesetzt. Nach Abschluß der Prüfungen in den einzelnen Fächern berät der Prüfungsausschuß über das Gesamtergebnis. Wird die Prüfung im Ganzen als bestanden gewertet, so wird für sie auf Grund der Einzelnoten eine Gesamtnote mit den Prädikaten „rite“ (genügend), „cum laude“ (gut), „magna cum laude“ (sehr gut), „summa cum laude“ (ausgezeichnet) festgesetzt.

Hat der Bewerber die Prüfung nicht bestanden, so darf er sich zur Wiederholung der ganzen Prüfung nicht früher als nach Ablauf eines halben Jahres und nicht später als nach Ablauf zweier Jahre melden. Ausnahmen kann die Fakultät zulassen. Die Prüfung gilt als nicht bestanden, wenn bei einem Prüfer die Note „rite“ nicht erreicht wurde. War das Ergebnis nur in einem Fache nicht genügend, so kann der Dekan nach Anhören des Prüfungsausschusses die Wiederholung auf dieses Fach beschränken. Eine mehr als einmalige Wiederholung der Prüfung ist ausgeschlossen. Erscheint der Bewerber zu dem für die mündliche Prüfung angesetzten Termin nicht, so gilt die Prüfung als nicht bestanden.

Nach erfolgter Promotion hat der Bewerber seine Dissertation in der von der Fakultät genehmigten Form unter Berücksichtigung der gewünschten Änderungen drucken oder in einer anderen geeigneten Form vervielfältigen zu lassen. Auf dem Titelblatt ist die Genehmigung der Fakultät zu erwähnen, auf der Rückseite des Titelblattes sind die Namen der Berichterstatter und das Datum der mündlichen Prüfung anzugeben. Die Revisionsbogen der Dissertation sind dem ersten Referenten zur Erteilung der Imprimatur vorzulegen. Am Schluß der Dissertation ist ein kurzer Lebenslauf anzufügen. Innerhalb eines Jahres nach dem Bestehen der mündlichen Prüfung hat der Bewerber die vorgeschriebene Anzahl von 150 Pflichtexemplaren seiner Dissertation der Fakultät abzuliefern. Auf Antrag kann diese Frist in besonders begründeten Fällen verlängert werden. Versäumt der Bewerber die ihm gestellte Frist, so erlischt für die Fakultät die Verpflichtung zur Aushändigung des Diploms unter Verfall der Gebühren. Mit der Ablieferung der gedruckten Pflichtexemplare der Dissertation an die Fakultät sind die Promotionsleistungen des Bewerbers erfüllt. Mit der Aushändigung des Diploms gilt die Promotion als abgeschlossen und beurkundet. Von diesem Tage an beginnt das Recht zur Führung des Dokortitels.

Die Fakultät kann Grad und Würde des Doktors der Philosophie in Anerkennung hervorragender Verdienste um Wis-

senschaft und Kunst ehrenhalber verleihen. Sie ist hierbei nicht an die Voraussetzungen der allgemeinen Promotionsordnung gebunden. Die Ehrenpromotion muß mindestens von zwei Mitgliedern der engeren Fakultät beantragt werden und erfordert den einstimmigen Beschluß ihrer stimmberechtigten Mitglieder. Sie erfolgt durch Überreichung des hierüber ausgefertigten Diploms, in dem die Verdienste des Promovierten hervorzuheben sind.

Die Gebühren für die Promotion betragen zur Zeit 200,— DM. Sie werden mit Einreichung des Zulassungsantrages fällig und sind bei der Universitätskasse für die Fakultät einzuzahlen. Wird die Abhandlung zurückgewiesen oder die mündliche Prüfung nicht bestanden, so wird dem Bewerber die Gebühr nicht zurückgezahlt. In Ausnahmefällen kann die Gebühr ermäßigt werden.

Zur Zeit sind in der Philosophischen Fakultät folgende Prüfungsfächer zugelassen:

a) Philosophische:

Philosophie
Pädagogik
Soziologie

b) Philologische:

Griechische Philologie
Lateinische Philologie
Deutsche Philologie
Englische Philologie
Romanische Philologie
Italienische Philologie
Spanische Philologie
Orientalische Philologie
Indogermanische Sprachwissenschaft

c) Historische und sonstige:

Alte Geschichte
Mittlere und neuere Geschichte
Historische Wissenschaften
Klassische Archäologie
Mittlere und neuere Kunstgeschichte
Musikwissenschaft
Islamische Geschichte und Kultur
Volkskunde
Völkerkunde
Geographie

Fächer, die in der Fakultät nicht durch einen planmäßigen Lehrstuhl vertreten sind, bedürfen als Prüfungsfach der Anerkennung durch die Fakultät.

Soll ein Nebenfach aus anderen Fakultäten der Universität Frankfurt a. M. gewählt werden, so entscheidet über die Zulässigkeit der Dekan nach Anhörung der Berichterstatter, bei zwei Nebenfächern die Fakultät. Voraussetzung für die Zulassung ist ein sinnvoller innerer Zusammenhang mit dem Hauptfach, den der Bewerber in seinem Gesuch zunächst selbst zu begründen hat.

Innerhalb der Philosophischen Fakultät gehören folgende Fächer zusammen:

a) Griechische bzw. lateinische Philologie als Hauptfach zu lateinischer bzw. griechischer Philologie als Nebenfach;

b) Spanische oder italienische Philologie als Hauptfach zu romanischer Philologie als Nebenfach;

Darmstädter Gespräch 1955

Über das vergangene Wochenende fanden sich in Darmstadt zum fünftenmal seit Bestehen dieser wirksamen Einrichtung eine Gruppe bedeutender Männer des Geistesleben inmitten eines zahlreichen Publikums zu einem „Gespräch“ zusammen. Das Thema dieses Kongresses war das Theater. Unseres Wissens war während des vierten „Gesprächs“ über Individuum und Organisation der allgemeine Wunsch geäußert worden, über „Mensch und Muße“ zu sprechen. Sicherlich hat sich die Gesprächsleitung durch die Größe und mangelhaften Konturen dieses Komplexes verleiten lassen, nur das Theater auf das Programm zu setzen. Denn es hatte sich in allen Fällen gezeigt, daß die angeschnittenen Themen in den drei Tagen der Erörterung nicht erschöpft werden konnten.

Wenn somit der Gesprächsstoff auch nicht der bisher verfolgten gesellschafts- und kulturpolitischen Linie direkt verhaftet war, sondern wesensgemäß mehr dem Künstlerischen entnommen wurde, reiht sich doch dieses geistige Ereignis im Ergebnis in die Reihe der „Darmstädter Gespräche“ erfolgreich ein, zumal durch verschiedene Teilnehmer die Zusammenhänge der Theatervorgänge mit gesellschaftlichen Gegebenheiten aufgedeckt wurde.

Von der feierlichen Eröffnung des Kongresses in einem Kino, nicht etwa im Theater, sei hier geschwiegen, um nicht eine Betrachtung über den Sinn oder Unsinn von Eröffnungsreden heraufzubeschwören, die in diesem Falle schlecht für eine Reihe der Beteiligten ausfallen würde, es sei denn wir suchen den Sinn solcher Demonstrationen in der Erhöhung des theatralischen Effektes in seinem schlechtesten Sinn.

Der erste Tag stand unter dem Thema „Das Publikum“, das abgesehen von einigen Andeutungen, völlig verfehlt wurde. Das einleitende Referat von Walter F. Otto, Tübingen, befaßte sich demgegenüber mit den antiken Grundlagen des abendländischen Theaters, lehrhaft und grundlegend für die Diskussion der beiden folgenden Tage. Unmittelbar darauf folgte ein Referat von Th. W. Adorno, Frankfurt, über das Theater, Oper und Bürgertum. Die völlige Inhomogenität der Grundlegungen eines Graecisten und eines Soziologen erstickte ein Arbeitsgespräch im Keime. Die versammelten Theaterfachleute waren durch die „geistige Bombe“ Prof. Adornos so in Abwehr gedrängt, daß an eine fruchtbare Diskussion nicht zu denken war. Er hatte in vielfach als überbrillant empfundenen Manier versucht, die Opernkrise als einen Ausdruck des Widerspruchs zwischen den typisch theatralischen Wesenselementen der Oper und dem Zuge nach Versachlichung klarzumachen, wobei er die Oper generell als bürgerliche Kunstform kennzeichnete. Die Pessimismen waren in seinem Referat derart dominierend, daß der vage angedeutete Ausweg, der nach ihm in einer neuen Spannung zwischen Musischem und Szenischem liege, gar nicht zur Diskussion gestellt wurde. Vielmehr ergab sich ein Disput zwischen dem Referenten und Günther Rennert, Hamburg, der auf zwei völlig verschiedenen Ebenen geführt wurde. Rennert sah in kassen-soziologischer Perspektive keinen Anlaß zur Übertreibung der Opernkrise und hielt den Publikumserfolg für eine Bestätigung wachen Interesses für die Oper. Adornos Kritik hatte aber der inneren Struktur der Oper selbst gegolten, so daß ihr der konventionelle kassenfüllende Operngänger selbst schon längst verfallen war.

An solche Mißgeschicke anschließend, ist zu überlegen, ob es nicht ein Gebot der Klugheit seitens der Organisatoren gewesen wäre, zunächst die Praktiker des Theaters ungehindert Material erarbeiten zu lassen, um nachher den Philosophen und Soziologen, nicht einem Philosophen und Soziologen Gelegenheit zu geben, das Gegebene geisteswissenschaftlich weiterzuführen.

Der zweite Tag brachte ein für unsere Begriffe niveau-senkendes Feuilleton von Friedrich Sieburg mit dem Titel: „Das Theater als Gegenstand der Kulturpolitik“. Als Einleitung zu dem Tagesthema „Das Werk“. Als Gründe für unsere Ablehnung seien nur einige der vielen aufgeführt. Er betrachtet die Subventionierung des Theaters lediglich als ein Mittel zur Massenregie, ohne zu sagen, daß Kunst fast schließlich in „den Schlupfwinkeln der staatlichen Subvention“ noch wachsen kann, wie Prof. Adorno erwiderte. Außerdem ist es eine Tatsache, daß gutes Theater immer

subventioniert wurde, sei es durch den Mäzen oder die öffentliche Hand. Weiter erging sich der Redner in Angriffe gegen die „glänzende Kulturfassade, hinter der das hohle Nichts“ stehe. Er griff die Kulturpolitiker, die Intendanten, das deutsche Theater überhaupt und sein Publikum an. Läst, the least forderte er an Stelle des geistigen Theaters das Unterhaltungstheater. Wenn man bedenkt, daß das Unterhaltungstheater in Kürze neben dem Film und Funk keine Chance mehr haben dürfte, wird der Sinn des Referates noch nebelöser. Einige wenige gute Anregungen versanken in dem Wust des Effektivollen.

Es blieb dann auch nicht aus, daß sich Hirschfeld, Zürich, bemühte, das hohle Nichts hinter der Kulturfassade zu untersuchen und es zeigte sich, daß alles zum Vorschein kam, was der Menschheit in reinem Sinne als Kunst wert ist.

Es ist überhaupt eine der konstanten Feststellungen zu solchen Auseinandersetzungen, daß sich die wenigen Ausländer immer wieder durch unkomplizierte, natürliche Regungen, sachliche Argumente und verständliche Sprache auszeichnen.

Dem Referat Reinhold Schneiders über den Auftrag des Dramas, worin der irrationale Gehalt der Kunst, insbesondere des Dramas dargestellt und mit Nachdruck als Wesensmoment gefordert wurde, folgte eine Diskussion über und mit jungen Autoren; wobei allerdings die silbernen Strähnen in dem Haarwuchs der letzteren eine gewaltige Kluft zum Nachwuchs spürbar machten.

Der dritte Tag brachte nach allen Unebenheiten in der

Organisation und der Durchführung durch das ausgezeichnete Referat von O. F. Schuh, Berlin, über die ferneren Möglichkeiten des Dramas eine fruchtbare Diskussion in Gang, die nur selten durch einige notorische Redner zerschnitten wurde. Die beiden zentralen Themen waren Profilierung der einzelnen Theater durch spezifische Darstellungsstile verbunden mit der Frage der schlafwagenreisenden Regisseure und Stars, die der Ensemblebildung widerstehen, und die Frage einer neuen Kunstform, einer erweiterten Oper, die die Form der Sprache, des Tanzes und der Musik harmonisch in der Szene vereinigt. (Siehe unten.)

Mit dem Ende stellt sich die Frage nach dem Sinn des Gesprächs. Speziell demonstrierte sich besonders in der Diskussion über den Autor, daß hier das Feld des Nachwuchses ist, der doch wohl am ehesten auf der Universität gesucht werden sollte. Denn hier kann es wie nirgends geschehen, daß sich der Germanist orientiert und vielleicht einschaltet. Denn so sehr Orientierung und Traditionsübernahme durch den Nachwuchs an Dramaturgen, Autoren und Schauspielern notwendig ist, so sehr ist sie erschwert, durch den Ausfall der übertragenden Rolle der Kriegsgeneration.

Hier liegt eine der wesentlichen Funktionen. Sie trifft im erweiterten Sinne auch auf das gesamte anwesende Publikum als kulturtragende Schicht zu. Gerade in den gegenwärtigen Disputen um neue Kunstformen zeigt sich eine Unkenntnis nicht unmittelbar betroffener Kreise, die geeignet ist, das kulturelle Interesse erlahmen zu lassen und Ratlosigkeit zu schaffen, der hier durch die vielfältigsten Argumente begegnet wurde, wie in allen vorausgegangenen Gesprächen. Sie hinterlassen zwar immer ein Gefühl der Nichtbefriedigung. Aber was wäre schöpferischer als das.

Werner Schaffernicht

Gegen den szenischen Exzeß

All dem, was in der Szene das Illustrierende und Betonende ausmacht, der „äußeren Seite des Theaters“, galt die Diskussion am letzten Tag des Darmstädter Gesprächs. Auffassung und Handwerkzeug der Regisseure, die Möglichkeiten der Bühnentechnik und der Versuch des modernen Autoren sich dieser möglichen Stilmittel schon bei der Anlage seines Stückes zu bedienen, wurden unter die mehr oder weniger scharfe Lupe der Gesprächsteilnehmer genommen. Das Eingangsreferat von Prof. Schuh, Berlin, (Woran scheitert möglicherweise das Theater bei der Erfüllung seines Auftrags?) setzte die notwendigen Orientierungszeichen und steuerte, unter der temperamentvollen Assistenz von Intendant Sellner (Darmstadt), die nachfolgenden Einwände und Anregungen auf die im Hintergrund des Tages-Themas „Die Szene“ stehende Frage: Stiltheater, Provinztheater oder Theaterprovinz?

Das deutsche Theater kämpft immer noch mit seiner Nachkriegssituation. Der Verlust der Hauptstadt, und damit all dessen, was Berlin früher für das deutsche Theater war („früher kaufte

Aufbau des Stückes so viel durch optische Effekte ersetzt. Gewollt oder ungewollt, das Theater wird heute vor ganz neue Aufgaben gestellt.

Der Vorabend hatte mit einer Sellner-Inszenierung von Tennessee Williams „Camino Real“ in der Orangerie Anschauungsmaterial gebracht.

Das „weniger literarische Theater“, wie Elia Kazan, der Regisseur der New Yorker Premiere die Stücke des amerikanischen Autoren nennt, bot die breiteste Illustrationsmöglichkeit. Das Stück verlangt sogar danach. Die Finesse mußte ersetzen, was an Inhalt fehlte. Es war soviel, daß der Lärm des von Schüssen durch die Sitzreihen des Parketts gejagten Kilroy, das Geheul einer singenden Säge aus mehreren Raumlautsprechern (Wüstenwind) und das Motorengedröhn eines über dem Publikum kreisenden Flugzeuges minutenlang die einzige Darbietung waren. Es war nur noch Illustration. Dazu ein Bühnenbild, dessen letzte Feinheiten der Besucher auch nicht am Ende der dreistündigen Vorstellung erkannt hat. Soviel „mechanische Erklärung“ einer von der Grausamkeit der Gesellschaft umklammerten „armen Sinderseele alten Stils“ bedürfte es nur dann, wenn das Theater seine Besucher sämtlich für hoffnungslose Analphabeten hält, unzulänglich für irgendein vernünftiges, von der Bühne gesprochenes Wort. Zerschlagen verließ der Besucher das „Theater der Moderne“, jedoch geläutert genug, um die Grenzen der Inszenierung gespürt und, reichlich begriffen zu haben, wie die Reaktion des Gesprächspublikums am folgenden Tage bewies.

Der Ruf nach einer stärkeren Beachtung des Qualitätsprinzips war unmißverständlich. Die Mehrheit war sich darüber einig, daß ein den Anspruch ernster Arbeit erhebendes, zudem noch staatlich subventioniertes Theater, sich nicht auf der „Caine“ über die flachen Gewässer eines breiten Publikumsgeschmacks treiben lassen solle, um sich dann in dem „kleinen Teehaus“ von den gewiß nicht zu großen Strapazen solcher Inszenierungen zu erholen. Wenn auch der Mahnruf Georg Hirschfelds (Zürich), „was Erfolg hat, muß nicht unbedingt schlecht sein!“ respektiert wurde.

Man kam auf den Film zu sprechen und es wurde die kluge Bemerkung eingeflochten, daß der Film vom Theater her weniger als Konkurrenzgefahr gesehen werden solle, daß er durch die ihm eigene Perfektion des wandlungsfähigen, fotografierten Bildes und der viel besser ausgeleuchteten Personen, eine wichtige Aufgabe zu erfüllen habe, nämlich das Theater zur Literatur zurückzustoßen.

Krampfhaft Bemühungen werden immer auffallen, denn man kann eben einen Klassiker nicht in einer Dunkelkammer, die durch zwei weiße Punkte und eine rote Latte zum „Schauplatz“ (Fortsetzung auf Seite 10)



ich den ‚Berliner Glossekurier‘, heute muß ich mindestens 12 Tageszeitungen lesen!“), ist nach Prof. Schuhs Meinung der Hauptgrund für die heutige Situation der deutschen Bühnen, die, nach föderalistischen Grundsätzen gegliedert, sich durch die Standardisierung der Spielpläne und die optische Perfektionierung der einzelnen Aufführung die Erweiterung ihres Repertoires unmöglich machen und damit ihr eigentliches, besseres Anliegen versäumen, an Stelle eines Querschnitts durch alle Stilarten, sich auf das zu konzentrieren, was ihnen liegt. Der frühere Theaterbesucher war duldsamer, er war dem Literarischen mehr zugetan. Weil man heute oberflächlicher zu betrachten geneigt ist, verlangt man von jedem Regisseur gleich seinen eigenen (Erkennungs-)Stil. Es stellte sich sehr schnell heraus, daß das Theater nicht ohne sein Publikum diskutiert werden kann. Erfreulich die allgemeine Abneigung gegen das inszenatorische Aufdornen der Stücke, bekräftigt durch den wohlthuenden Beifall des theaterfreudigen Gesprächspublikums. Es gilt durch das Spiel auf der Bühne mehr Gehalt zu vermitteln und weniger Eindruck zu „schinden“; ein schweres Problem für das Theater, welches sich ernst mit der modernen Dichtung beschäftigt, die schon im



HERMANN SACK
Juristische Fachbuchhandlung
Frankfurt am Main

jetzt: Friedberger Landstr. 27, in nächster Nähe des
Gerichts

Die Bedienung im Fachgeschäft ist immer die beste

Ihre Vorteile beim Einkauf von

Oberbekleidung

- 20 % Ermäßigung
- Vielseitiges Warenangebot
- Fachkundige Beratung bei Auswahl und Anprobe
- Auf Wunsch Maßanfertigung

Interessenten wenden sich an den Vertreter der WISO-ARBEITSGEMEINSCHAFT, montags und donnerstags, in der Zeit von 11,00–11,20 Uhr vor Zimmer 32 des Studentenhauses (Ev. Studentengemeinde).

Nähere Auskunft siehe Anschlag am ASTA-Anzeigebrett Studentenhau

Die Buchhandlung für den Mediziner

JOHANNES ALT

Fachbuchhandlung und Antiquariat für Medizin
und Naturwissenschaften

FRANKFURT A. M.-SÜD 10
Gartenstraße 134 · Telefon 61993

Jetzt wieder in den erweiterten Geschäftsräumen Gartenstr. 134
Haltestelle Hippodrom, in der Nähe der Universitätskliniken

Organisches Lernen

Von Schelling bis heute ist schon viel über das Studium generale gesagt worden. Je mehr sich die akademische Lernpraxis von ihm entfernt, um so krampfhafter wird es beschworen, bis man — die Fruchtlosigkeit erzwungener Experimentiererei einsehend — an die Grenze gelangt, jenseits derer der Gedanke der universitas litterarum — leidvoll und deswegen still — ignoriert wird. Bis zu diesem geistigen Ort bedarf es nicht mehr viel.

Es erschreckt den im ursprünglichen Sinne des Wortes einfältigen Geist, zu beobachten, wie sich die Kohäsion zwischen Geistes- und Naturwissenschaften in mehr oder minder großer gegenseitiger Hochachtung ihrer Vertreter restlos erschöpft. Es verschleiert, aber ändert nicht die Situation, daß sich der eine oder andere Physiker zum „Ausgleich“ mit Kunstgeschichte — gemeinhin als Edelstein der Bildung gewertet — befaßt oder ein Germanist Biologie an Hand einer Schmetterlingssammlung betreibt. Es soll damit nicht die positive Auswirkung eines solchen Ausgleichs auf die Regeneration der geistigen Potenz bestritten, wohl aber seine Deklaration als eine Art des Studium generale moniert werden.

Aber nicht nur die Natur- und Geisteswissenschaften entziehen sich in der Gegenwart der gemeinsamen Rezipierung, sondern auch die Einzelwissenschaften werden mehr und mehr in specialitate studiert. Der allgemeinste Grund hierfür wird meist im exponentiell zur Zeit anwachsenden Stoffvolumen eines jeden Gebietes gefunden, und ein solches Volumen scheint denn auch die Denkkapazität eines Einzelnen voll in Anspruch zu nehmen. Will man — überzeugt durch den überall anerkannten und fast schon ungesunden Lerneifer der heutigen Studentengeneration — das als Tatsache hinnehmen, ergibt sich daraus die völlige Impossibilität eines echten Studium generale unter den heutigen Gegebenheiten und damit die Fehlentwicklung der Universität zur Hochschule für Spezialarbeiter. Soll dieser Entwicklung der Raum entzogen werden, müssen die Bemühungen also an einer anderen Stelle des Lehr- und Lernbetriebes einsetzen.

Wir sind angesichts der Stofflawine zu übersehen geneigt, daß diese die angenehme Eigenschaft hat, den Empiriegrad der einzelnen Disziplinen zugunsten allgemeiner Gesetzmäßigkeiten so weit herabzudrücken, daß in der Konsequenz für die Aufnahmekapazität des Gehirns, die ohnehin eine Funktion der Methodik ist, eine ähnlich große oder kleine Belastung entsteht wie ehemals. Freilich macht diese These eine mancherorts schon begonnene, wenn auch allmähliche Veränderung der Lern- und Prüfungsart notwendig, wenn der Erfolg sichtbar werden soll.

Sind somit geistige Kräfte freigesetzt, kann eine Bildung im Sinne des Universitätsgedankens stattfinden, deren Ablauf sich Studium generale nennt und über dessen unumgängliche Notwendigkeit für die harmonische Existenz der Gesellschaft kein Zweifel bestehen kann.

Das soll nun nicht, wie gehabt, ein Aufruf an die Studenten sein, die Hörsäle anderer Fakultäten noch mehr zu überfüllen, sondern das Studium generale kann nur sinnerfüllt sein, wenn die eigene Wissenschaft zeitlich und somit geistig so weit zurückverfolgt wird, daß unmittelbar und zwingend gemeinsame Grundlagen und Zusammenhänge mit anderen Gebieten sichtbar werden. Einzig und allein von hier aus kann die Wissenschaft als Einheit verstanden und das Verhängnisvolle der scheinbar unumgänglichen Spezialisierung erkannt werden.

Wir wollen in diesem Sinne auf eine Reihe von Büchern zu sprechen kommen, die nach unserer Ansicht zum Aufbau eines echten Studiums gehören, weil sie sich zum Ziel gesetzt haben, die Einzeldisziplinen in einen Rahmen zu

fügen, der einen klaffenden Spalt zwischen Geistes- und Naturwissenschaften nicht zuläßt.

Die Eigenart dieser Problemgeschichten der Wissenschaft läßt sich am besten an Hand einzelner Bände zeigen. Eine „Geschichte der Biologie“⁽¹⁾ gibt sich als eine Sammlung von Dokumenten, Thesen und Lösungsversuchen, die sich im Laufe der Geschichte aus der immerwährenden Frage des Menschen nach dem Wesen des Seins ergeben haben. Diese Form ist ehrlich, weil sie solchermaßen von vornherein eine Wertung der früheren Ergebnisse der Wissenschaft vom Leben von der modernen Warte her ausschließt und sich lediglich bemüht, die Erkenntnis des Lebensphänomens im Wandel ihrer Selbstinterpretation und Selbstüberprüfung zu verfolgen. Und auch das nur an den markanten Stellen, denn der Verfasser verzichtet auf eine kontinuierliche historische Darstellung der Biologie und wird damit einer Geschichte ihrer Probleme gerecht. Für den Freund der lückenlosen Wissenschaftsgeschichte gibt die umfangreiche Bibliographie reichlich Hinweise.

Die „Geschichte der Grundlagen der Physik“⁽²⁾ läßt ein zwar auf Kant fußendes, aber doch recht eigenwilliges Denkbäude der Philosophie der Physik erstehen.

Ihr Verfasser geht nicht den gemeinhin üblichen Weg. Zunächst präsentiert er dem Leser seine fertige Konzeption (die Logik der Grenzbestimmung als Grundlage der Philosophie der Physik), um danach an Hand der historischen Stationen — Antike, Mittelalter, Newton, Kant, Einstein — die Bauphasen dieser Gedankenkonstruktion zu demonstrieren und nachvollziehbar zu gestalten. Kurz formuliert, entstand das Werk aus dem erfreulichen Bemühen, den inneren Zusammenhang zwischen historischen, philosophischen und physikalischen Fragen nachzuweisen. Hierbei dominiert das energische Postulat, den Positivismus, der als Arbeitsweise für die Ergründung der mathematisch-konstruktiven Zusammenhänge des Materiellen gegeben ist, bei der Diskussion der Physik in historischen und philosophischen Bindungen in die Schranken zu weisen und zu ersetzen durch eine umfassende Form des Denkens, die in letzter Konsequenz auf dem erstmalig am Anfang des Johannesevangeliums symbolisiert dargestellten, christlichen Logosbegriff fußt. Diese Forderung ergibt sich daraus, daß die Formallogik beim Prozeß der Abstrahierung des materialen Inhaltes des Gegenständlichen vom formalen Zusammenhang außer acht läßt, daß bei der Setzung der Begriffe eine vollziehende Vernunft — entsprechend der „Einbildungskraft“ bei Kant — mitwirkend ist. Ohne diesen, unseren gerichteten Willen, kann die Abstraktion nicht geschehen.

Die Folgerungen aus neuesten physikalischen Erkenntnissen machen eher geneigt, dieser Theorie zu folgen, als sie zu verwerfen.

Die geschichtliche Darstellung der „Grundlagen der Mathematik“⁽³⁾ ist wiederum im wesentlichen eine Sammlung von Dokumenten, die durch Rahmentexte verbunden werden. Einer der Vorzüge liegt in der energischen Auswahl aus dem reichen Material der Mathematikgeschichte. Was für wert befunden wurde, erweist sich denn auch als Spiegel der Zeitabschnitte, in der die Problematik der Mathematik lebendig genug war, um bewußte und methodisch überlegte Grundlegungen zu zeugen. Im wesentlichen sind dies die klassische Antike mit der Begründung der wissenschaftlichen Mathematik, die Grundlegung der neueren abendländischen Mathematik im 17. Jahrhundert, die kritische Mathematik des 19. Jahrhunderts und die Grundlagenforschung des 20. Jahrhunderts. Hier läßt der Verfasser sein Buch nicht zu einem befriedigten Abschluß auslaufen, sondern er weist — ein weiterer Vorzug — auf die nie endende Problemfülle hin, die Stoff der Zukunft sein wird.

Eine „Problemgeschichte der Technik“⁽⁴⁾ ist im Hinblick auf das Areal der akademischen Bildung vielleicht weniger von Interesse. Zwar zeigt sich auch hier das Wechselspiel zwischen Geist und Natur, aber nicht in der Tiefe, wie es zwischen Philosophie und Physik der Fall ist, sondern lediglich in deren Auswirkungen, wie Gesellschaftsformen einerseits und Technik andererseits zu bezeichnen sind. Aber auch die Zusammenhänge auf dieser Ebene stellen eine Brücke dar, die der Techniker heute oft nicht mehr kennt.

Es wäre eben so ungerecht, wie in diesem Zusammenhänge unsinnig, das eine oder andere Detail aus diesen Büchern hier näher zu besprechen. Vielmehr richtete sich die Aufmerksamkeit des Rezensenten auf ein anderes: alle diese Bücher haben in ihrer Vielfalt das eine gemeinsam, daß sie den Leser in die zeitgenössische Art des Denkens hineinzwingen und ihn die Entwicklung der Wissenschaften ohne die Blende des gegenwärtig Gültigen erleben lassen, welches danach viel schwerer dazu verführen mag, als Dogma gewußt zu werden. Dogmen sind Basen der Stagnation. Erst aus dem Wissen um das panta rhei kann Forschergeist sich entwickeln.

Damit sei auch gleich die Antwort gegeben auf den Einwurf: „hier will uns ein Irrer noch mehr lernen lassen!“ Nicht mehr lernen, sondern anders lernen, in Formen, für die das Schlagwort „Exemplarisches Lernen“ einen Anhalt geben mag.

W. Schaffernicht

¹⁾ Theodor Ballauf: „Die Wissenschaft vom Leben“. Bd. 1 1954. 27,50 DM.
²⁾ Heinrich Lange: „Geschichte der Grundlagen der Physik“. Bd. 1. 1954. 22,— DM.
³⁾ Oskar Becker: „Grundlagen der Mathematik“. 1954. 26,— DM.
⁴⁾ Friedrich Klemm: „Technik“. 1954. 26,— DM.
Alle erschienen im Verlag Karl Alber, Freiburg/München (Orbis-Bücherei).

Zeitschriftenschau

Wir erlauben uns unseren Lesern folgende Artikel zur Lektüre zu empfehlen:

- Politik**
Was ist Kreml-Astrologie?
Franz Borkenau. Monat, Heft 79
In der Höhle des Papiertigers
Luigi Barzini. Monat, Heft 79
Der demokratische Sozialismus in Europa
Dokumente, Heft 2, Jg. 11
Politischer Stil — künstlerischer Stil
H. J. Haferkamp. Deutsche Universitätszeitung, Heft 6/55
Einheit der Fakultäten
Fritz Hartmann. Deutsche Universitätszeitung, Heft 6/55
Möglichkeiten und Grenzen des Verfassungsschutzes
W. Geiger und W. Menzel. Politische Studien, Heft 59
Verkrampfte Fronten
Alfred Mozer. Deutsche Rundschau, Heft 3/55

Wissenschaft

- Die Natur und der Mensch
Wolfgang Wieser. Merkur, Heft 4/55
Das Arzt-Patient-Verhältnis
Alphonse Maeder. Universitas, Heft 4/55
Abhandlungen über Stilfragen
Studium generale, Heft 1/55
Abhandlungen über die Funktionen des Geldes
Offene Welt, Heft 35
Die gelungene Emanzipation
Helmut Schelsky. Merkur, Heft 4/55
Über das Weltreich des Intimen
W. Schöllgen. Hochland, Aprilheft 55

Kultur

- Man muß weiter wissen
Carl Linfert. Monat, Heft 79
Journalistische Lehrjahre
Karl Korn. Merkur, Heft 4/55
Paul Klee und die Zukunft der Malerei
Will Grohmann. Universitas, Heft 4/55
Babylonische Sprachverwirrung
W. G. Krug. Deutsche Rundschau, Heft 3/55
Über Prosasätze von Goethe
Werner Kraft. Die neue Rundschau, Heft 2/55

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Betriebsw. Verlages Dr. Th. Gabler, Wiesbaden, bei, um dessen freundl. Beachtung wir unsere Leser bitten.

Der Zentral-Verlag für Dissertationen Triltsch-Düsseldorf-B.
Jahnstraße 36, druckt Dissertationen preisgünstig. Angebote unverbindlich!

 The British Centre
„Die Brücke“
Frankfurt a. M., Friedrich-Ebert-Str. 48
Tel. 3 22 86 u. 3 37 94

British Centre ist eine Einrichtung zur Förderung kultureller und geistiger Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland. Es umfaßt Bibliothek, Lesesaal, Vortrags- und Kinosaal.

Monatsprogramm April 1955

Vorträge:
Donnerstag, den 21. April 1955, 18.30 Uhr, englisch Mr. John NEW-TOWN, Warden, Burton Manor Residential Adult Education College „Trends in Britain as exemplified in English Literature“
Dienstag, den 26. April 1955, 18.30 Uhr, englisch, Mr. J. ANTHONY-JONES, Lecturer Extra-Mural Department, University of Wales Aberystwyth „Labour Relations in the Coal Industries, British Railways and Agriculture“
Freitag, den 29. April 1955, 20 Uhr, mit Lichtbildern, deutsch, Günter STETZA, Verkehrsreferent, Essen „Inselparadies Manxland“
Montag, den 2. Mai 1955, 18.30 Uhr, deutsch, Frau Dr. Marlene GROOS, Marburg „Englische Atomwerke“
Zu diesem Vortrag verweisen wir auf das Filmprogramm der Woche vom 2. bis 7. Mai 1955

Filme:
Vorführungszeiten: Montag bis Freitag 14.00, 15.30 und 17.15 Uhr, Samstag nur 14.00 und 15.00 Uhr

Regelmäßige Veranstaltungen:
Plays and Playreadings ; Discussion Group: Diese beiden Veranstaltungen werden wegen der Universitäts- und Schulerferien unterbrochen und im Mai in veränderter Form wieder aufgenommen.

Luise Pollinger

PAPIER · BÜROBEDARF · DRUCKSACHEN
Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen

KOLLEG - BEDARF

Füllhalter · Luxuspapiere · Geschenke
Büro-, Zeichen- und Schulartikel

Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt

Frankfurt am Main, Bockenb. Landstr. 131
(nächst der Universität) Fernruf 755 89

 **RÖMER**

Klischees

Strichätzungen

Farbätzungen

Autotypien

Galvanos

Rotaprintfolien

Matern · Stereos

RÖMER KLISCHEEANSTALT GMBH FRANKFURT / M
Mainzer Landstraße 216
Ruf 34672

NPJ

Haus der Bücher

PETER NAACHER

FRANKFURT AM MAIN
Steinweg 3 (An der Hauptwache)

Sortiment: Schweizerstraße 57
und
Buchhandlung für Universitätswissenschaften
Bockenheimer Landstraße 133
(in nächster Nähe der Universität)

Gegründet: 1909 Ruf: 676 44 / 966 41 — 43

Briefe an die Redaktion

Schon geplant

In der Frankfurter Studentenzeitung DISKUS (Heft 2 vom Februar 1955) ist ein an den DISKUS gerichtetes Schreiben des Abgeordneten Dr. Dörinkel veröffentlicht, in dem auf den von der Fraktion der FDP dem Hessischen Landtag unterbreiteten Antrag, betreffend die Besoldung der Gerichtsreferendare und Assistenzärzte verwiesen wird.

Da offensichtlich mit dem Antrag jedoch gar nicht die Assistenzärzte, sondern die Medizinal-Assistenten (früher Pflicht-assistenten) gemeint sind, erlaube ich mir, um Mißverständnissen vorzubeugen und mit der Bitte um Bekanntgabe, folgendes zu bemerken:

Die Frage der wirtschaftlichen Stellung der Medizinal-Assistenten hat das Ministerium für Erziehung und Volksbildung in Verbindung mit allen Stellen, die es angeht, schon seit längerem beschäftigt. Das Problem ist auch bereits im vergangenen Jahr auf Antrag der CDU im Sozialpolitischen Ausschuß des Hessischen Landtags behandelt worden. Die vorbereitenden Überlegungen haben ihren Niederschlag darin gefunden, daß im Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 1955 vorgesehen ist, den Medizinal-Assistenten, die an den Hochschul-Kliniken in Gießen und Marburg beschäftigt sind, in Zukunft für die Dauer der Ausbildungszeit ein Taschengeld in Höhe von 100,— DM im 1. Jahr und von 150,— DM im 2. Jahr zu gewähren. Der Hess. Landtag wird in den demnächst beginnenden Beratungen darüber entscheiden.

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung

Verantwortung ohne Subvention!

Mit wohlthuender Offenheit und Ehrlichkeit berichtete Egon Johannes im Januar-DISKUS in dem Artikel „Subvention schafft Vertrauen“ von der Bonner Studententagung des VDS mit den Verbänden. Für mich, als Teilnehmer dieser Tagung, ist es eine angenehme Überraschung, daß der DISKUS mit diesem Bericht nicht der Deutschen Studentenzeitung folgt, die eine völlig einseitige Darstellung dieses Gesprächs unter Weglassung des Ergebnisses der Diskussion brachte und damit den Leser absolut unsachlich informierte. So ist es kein Wunder, wenn dort die Erklärungen der Korporationsverbände hinsichtlich ihrer Haltung und ihres Bekenntnisses zur parlamentarischen Demokratie und den ethischen Motiven der Tat des 20. Juli 1944 unerwähnt blieben. Mit Recht ist E. J. der Auffassung, daß diese Tagung einen schlagenden Beweis für den in den Korporationsverbänden erfolgten Wandlungsprozeß darstellt, daß ein offenes Gespräch möglich ist und erfolgreich sein kann. Hier muß allerdings festgestellt werden, daß dies nur solange der Fall sein wird, solange der VDS absolut überparteilich und aufrichtig allen Verbänden begegnet und sein einseitiges, gegen die Verbände des Conventes Deutscher Korporationsverbände (CDK) — heute mit fast 17 000 Mitgliedern in 480 Korporationen die stärkste Verbände-gruppe — gerichtetes Abkommen mit den politischen Studentenverbänden vom 20. 8. 1954 unverzüglich kündigt. Es hätte keinen Sinn, wenn sich der CDK zu weiteren Gesprächen bereitfinden würde, wenn gerade seine Erklärungen immer wieder mit Mißtrauen und Zweifel aufgenommen werden. Es dient nicht der eigenen Glaubwürdigkeit, wenn man die des Gesprächspartners ständig in Frage stellt! Der CDK wird jedenfalls mit den anderen Verbänden nicht mehr diskutieren, wenn diese sich nicht an die einmal, aber endgültig vom CDK abgegebenen Erklärungen halten wollen.

Aber in einem irrt E. J. gründlich: Die Korporationen schmolzen nicht, weil sie nicht an der Futterkrippe des Bundesjugendplanes partizipieren können und haben auch nicht den Gedanken „Subventionierst Du mich, so werde ich auch kein Staatsfeind mehr sein!“ Die Korporationen haben aus eigener Verantwortung von der Wiedergründung ihrer Verbände an, sich mit ihrer staatspolitischen Einstellung befaßt und manches von früher revidiert. Die große Zahl von staatspolitischen Arbeitstagen aller Verbände, die völlig aus eigenen Mitteln finanziert wurden, sprechen eine beredte Sprache. Wenn diese staatsbürgerliche Erziehungs-

arbeit beim Bundesjugendplanreferenten Dr. Scheidemann, beim VDS und dem RING keine Anerkennung findet und bezweifelt wird, so ist diesen nicht zu helfen. Das wird die Korporationen von ihrer staatsbewußten und staatstragenden Haltung nicht abbringen und sie erst recht nicht zu Staatsfeinden machen. Wer Verantwortung erst dann tragen und beweisen wollte, wenn ihm irgendeine Stelle dazu Geld gibt, der mag damit wirklich eine fragwürdige Einstellung erkennen lassen. Wenn die Korporationen dennoch um eine gerechte Beteiligung an den Bundesjugendplanmitteln kämpfen, so nur, weil sie das nämliche Recht in Anspruch nehmen, das denen gewährt wird, die sich an der Futterkrippe seit langem breit gemacht haben. Wir werden auch ohne staatliche Subventionen verantwortungsbewußte Staatsbürger erziehen. Es dürfte der beste Weg sein, sich politische Unabhängigkeit zu bewahren und die politische Entscheidungsfreiheit des einzelnen unabhängig von einem politischen Studentenkollektiv zu fördern und zu erhalten.

Heinz Kraus
Hercynia-Prag et Teutonia a. d. Sch.
Pressereferent des CDK

Nachrichten aus dem Studentenleben

Wir verweisen auf das umfangreiche Sommerreiseprogramm der Auslandsstelle des Deutschen Bundesstudentenringes. U. a. werden verbilligte Mitfahrmöglichkeiten (50—60%) nach Berlin angeboten, Charterflugverbindungen zwischen fast allen europäischen Großstädten — noch unter dem normalen Tarif einer Eisenbahnfahrt 3. Klasse; Touren vom Nordkap bis nach Nordafrika, Arbeitslager in England, Schweden, Dänemark, Jugoslawien und der Schweiz und 6tägige Studienfahrten (ab September) nach Paris, einschließlich Hotelunterkunft für 42,— DM.

Vom 13.—15. April fand in Stuttgart die Fachgruppentagung der wirtschaftlichen Fachschaften im VDS statt. Neuer Fachgruppenleiter wurde der 1. Asta-Vorsitzende stud. rer. pol. Dieter Sauer aus Frankfurt a. M. Stellvertreter wurde Hardy Wagner (Köln), Bundesbeauftragter für das Beamten-gesetz C. Endres (Bonn). Sitz der Fachgruppe für das kommende Jahr wird Frankfurt a. M. sein.

Das diesjährige Universitätsfest der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt, wird vom 1.—3. Juli stattfinden. Der Präsident der westdeutschen Rektorenkonferenz, Professor Heimpel (Göttingen), hat zu einem Vortrag beim akademischen Festakt zugesagt. Es wird noch ein prominenter Gast aus Bonn erwartet.

(Fortsetzung von Seite 7)

Gegen den szenischen Exzeß

der Handlung“ gemacht wurde, vorlegen, ebensowenig darf der moderne Autor ein komplettes „Filmdrehbuch“ zum Text eines Theaterstückes mitanfertigen, dem dann der Regisseur noch mehr Plüsch hinzusetzt. Es kann dann nicht verwundern, wenn das eine einem theatralischen Nippesfigurenkabinett gleicht und das andere genauso keine Beziehung zur Zeit, in diesem Falle zur Gegenwart hat.

Mit einigen knappen Sätzen gelang es Prof. Baumeister, München, Wesentliches hinzuzufügen indem er die These von „der ergänzenden Rolle des Bühnenbildes“ vertrat. Nicht das Schreckgespenst eines fertigen Theater-Gemäldes, von dem Julien Greene in seinem Tagebuch sagt: „Nirgendwo fand sich ein Rand, auf dem er etwas Letztes hätte kritzeln können“, sondern „Ansatzpunkte“ soll der Theaterbesucher haben, denen er frei nach seiner Fantasie noch etwas hinzufügen kann.

Raum und Bewegung sind die Komponenten der Theateroptik. Das Ballett fordert seinen Platz im Theater; es will seine Beziehung zum Wort, zur Szene und der Thematik erkannt wissen und all diese durch den Tanz verbinden, wo andere Aus-

Halloo-Wach gegen Müdigkeit
AMOL WERK HAMBURG • IN APOTHEKEN UND DROGERIEN • 0,90 DM.

drucksmöglichkeiten versagen. Von den Regisseuren, Autoren und Komponisten wurde eindringlich gefordert, sich wirklich einmal mit dem Tanz zu beschäftigen und zu erkennen versuchen, was er bedeutet. Der Tanz will ernstgenommen sein und weil er die sinnlichste aller Schönen Künste ist, muß er zu einem echt künstlerischen Vorgang sublimiert werden.

E. T. H. Hofmann versuchte noch das ungedeutete Bild seiner Träume wiederzugeben, wir aber leben nicht mehr in der Zeit der Romantik — wir deuten, und auch der abstrakte Maler will dem Ursächlichen näher kommen. Prof. Schuh faßte zusammen und führte zurück zu den Forderungen, deren Erfüllung die Wegweisung und das Resultat dieses letzten Tages des Darmstädter Gesprächs werden soll: Die Stilfrage ist bedeutend für das geistige Klima eines Stückes. Es muß dem Besucher glaubhaft gemacht werden, es muß soweit gekonnt sein, daß auf der Bühne auch eine vergangene Zeit glaubhaft entstehen kann. „Denn, wenn wir nicht mehr glauben können, daß im Hamlet ein Geist auftritt, dann haben wir den Faden zu diesen Stücken verloren.“ Und nur die Kenntnis, wie wir ihn in der Hand halten können, kann der passende Schlüssel zur Inszenierung der heutigen Dichtung sein.

Vergißt die Inszenierung ihre dienende Funktion, so provoziert sie Spuren sinnlichen Exzeß — das Ende des geistigen Theaters.
G. Lux

„Studium generale“

durch die Deutsche Zeitung
nennt ein Hamburger Student seine Artikelsammlung,
auf die er nie mehr verzichten will.

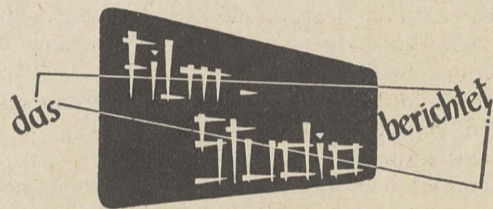
Der praktisch denkende Akademikerverschafft sich — über das Fachstudium hinaus — das gründliche Wissen und die Universalität der echten Persönlichkeit durch die

Deutsche Zeitung und Wirtschafts Zeitung

DAS BLATT DER ANSPRUCHSVOLLEN LESER

Verlangen Sie bitte kostenlose Probenummern vom Verlag: Stuttgart, Silberburgstraße 193 oder von unserem dortigen Beauftragten — siehe Aushang!

Monatlicher Vorzugspreis
für Studierende DM 2,90



Mittwoch den 4. Mai, 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr
Donnerstag, den 5. Mai, 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr
OHNE GNADE
Im Beiprogramm: Madeline

Sonderveranstaltung:
Mittwoch, den 11. Mai, 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr
Donnerstag, den 12. Mai, 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr
RASHOMON
Im Beiprogramm: Der standhafte Zinnsoldat

Mittwoch, den 18. Mai, 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr
Donnerstag (Himmelfahrt), den 19. Mai, 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr
BENGALI
Im Beiprogramm: Popeye the Sailor

Wissenschaftliche Buchhandlung

Josef Hilfrich

die Buchhandlung des Studenten

Während der Aufbauarbeiten an der Bockenheimer Warte Rathenauplatz 5

15% Ermäßigung auf A S T A - Berechtigungsschein

C. SCHAPER

KUNST- UND BAUSCHLOSSEREI
KONSTRUKTIONEN IN EISEN
BRONZE UND LEICHTMETALL

FRANKFURT A. M.
JORDANSTRASSE 33 · FERNRUF 7 44 85

foto
WAGNER berät Sie gern in
allen Fotofragen
BOCKENHEIMER WARTE · RUF 7 16 57

Stets

bereit
schnell
sauber
sicher
billig

Elektrizität

in jedem Gerät

Stadtwerke Frankfurt a. M.

Der Sozialistische Deutsche Studentenbund

gibt einen **5-Uhr-TEE**

für die neuimmatrikulierten Studentinnen und Studenten
am Mittwoch, dem 11. Mai 1955 im Studentenhaus, I. Stock, Großer Klubraum, um 16.30 Uhr

Kartelltheorien

Von Dr. jur. Ernst-Joachim Mestmäcker (Frankfurt am Main)

Private wirtschaftliche Macht: ist sie nicht der Preis, den die „kapitalistische Gesellschaft“ für industrielle Massenproduktion und technischen Fortschritt zu zahlen hat? Und erklärt vielleicht diese Überzeugung oder unausgesprochene Furcht, warum sich der deutsche Gesetzgeber der Frage der Kartelle und marktbeherrschenden Großunternehmen so überaus zögernd nähert?

Die drückende Last der Entscheidung zu erleichtern, nicht ihr Gewicht zu verringern, dazu mag ein Blick auf die verschlungenen und doch recht übersichtlichen Pfade der Lehre von den Kartellen helfen.

Blühender, weltumspannender Handel, selbst fürstlichen Glanz überstrahlender Reichtum mächtiger Handelsherren, aber auch Monopole und Kartelle waren die wirtschaftlichen Kennzeichen des beginnenden 16. Jahrhunderts. Josef Höfner, dessen Untersuchungen wir die Kenntnis der wirtschaftspolitischen Strömungen dieser Zeit verdanken, berichtet über den Plan des durch seine gewagten Spekulationen berühmt gewordenen Christoph Führer, ein Verkaufssyndikat der mansfeldischen Kupfergruben zu gründen. Die allgemeine Wirtschaftslage, so schrieb Führer 1529, sei infolge vieler Kriege zerrüttet, der Absatz stocke, und „ein Kaufmann fällt über den anderen im Verkaufen her“; allgemeine Verlustpreise seien die Folge. Vom allgemeinen Standpunkt und für das Gemeinwohl der deutschen Nation „gewißlich“ sehr nützlich seien allein hohe Kupferpreise. Deshalb sei es unerlässlich, den Verkauf des Kupfers zu kontrollieren, „denn eine jede Ware, so in wenig Händen ist, wird würdig“.

Gegen die dem deutschen Reichstag vorliegenden Anträge auf gesetzliche Eingriffe in die Rechte der Monopole und großen Handelsgesellschaften kämpfte Konrad Peutinger, Stadtschreiber von Augsburg und angesehener Humanist, in klug durchdachten, glänzend geschriebenen Gutachten: man wolle Gesetze gegen Monopole schaffen und übersehe, daß es in Deutschland keine Monopole gebe. Schon der Wortsinn lehre, daß ein Monopol nur vorliege, wenn alle Güter und Waren in einer Hand vereinigt seien. Das treffe aber weder für die Bodenschätze noch für die Gewürze zu; denn überall in der Welt könne man solche Güter kaufen.

Vernichtend getroffen werde durch die geplante Gesetzgebung vor allem der deutsche Fernhandel. Deutsche Kaufleute würden auf ausländischen Märkten nicht mehr konkurrenzfähig sein, zumal man nicht damit rechnen könne, daß die anderen Staaten ähnliche Gesetze erließen oder sich dem deutschen Recht fügen würden. Alle gegen die Monopole ins Feld geführten Argumente seien letztlich bestimmt, dem Gemeinwohl der deutschen Nation zu schaden.

Wirksame Maßnahmen gegen die Monopole verhinderte trotz wiederholter Vorstöße der Handwerkerstädte und kleinen Fürstentümer Karl V. Mochten selbst die Theologen wider die Todsünde predigen, „dem Markt seine Freiheit zu nehmen“, der Kaiser vergaß seinem „treuen Freunde“ Jakob Fugger und anderen Großkaufleuten nicht, daß er ihrem Geld die Krone und die Mittel zum Kriegführen verdanke.

Verlustpreise, Wirtschaftskrisen, mächtige Unternehmen auf der Marktseite oder als Wettbewerber, Schutz des Außenhandels zum Besten der Allgemeinheit, auf diese Gründe führt auch die moderne Kartelltheorie die Kartelle zurück.

Die Historische Schule in der Nationalökonomie des ausgehenden vorigen Jahrhunderts begrüßte die Rückkehr vom schrankenlosen Individualismus zu traditionsgemäßen Bindungen: Ausschluß der Konkurrenz und solidarischer Handels zum Nutzen aller Beteiligten rückten die Kartelle in die Nähe deutschrechtlicher Genossenschaften; aufgeteilte Märkte und beschränkter Zugang zum Gewerbe deuteten auf die Parallele zu den Zünften. Zwar führte man die Kartelle nicht unmittelbar auf Genossenschaften oder Zünfte zurück, doch glaubte man, einen wesensgemäßen Zusammenhang zu erkennen.

Die Lehre von dem genossenschaftlichen Wesen der Kartelle ist seither fest gegründet.

Seltener spricht man gegenwärtig von einer Verwandtschaft mit den Zünften. Dem 16. Jahrhundert blieben beide Wesensmerkmale verborgen.

Unter dem Eindruck gemeinwirtschaftlicher Gedankengänge betrachtete man unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg die Kartelle als Wirtschaftseinheiten, die auf dem Wege von der Einzelwirtschaft zur Gesamtwirtschaft am weitesten fortgeschritten seien. Nicht individualistisches Gewinnstreben, sondern gemeinwirtschaftlicher Nutzen galt als Leitmotiv der Kartellpolitik. Indessen verhielten sich viele Kartelle während und nach der Inflation stark einzelwirtschaftlich; erbitterte Kritik warf ihnen preistreibende Machenschaften vor. Demgegenüber wurde die Rationalisierung durch Kartelle in den Vordergrund gestellt. Man benutze die Machtstellung auf dem Marke nicht, um Kartellrenten zu erzielen, vielmehr strebe man nach betriebswirtschaftlichen und technischen Fortschritt. Die Kartelle seien in Wahrheit zu „Produktionsförderungsgemeinschaften“ geworden.

Vor neuen Aufgaben standen die Kartelle in der Zeit des Nationalsozialismus. Im Anschluß an die ständische Gliederung des Reiches sollte die Wirtschaft durch „industrielle Selbstverwaltung“ geordnet werden. In diesem Rahmen waren die Kartelle berufen, die Märkte, ausgerichtet auf die Gesamtwirtschaftspolitik, zu regeln.

Die staatspolitische Anerkennung dieser Funktion erblickte man im Zwangskartellgesetz; eröffnete doch der Gesetzgeber den Weg, „schädliche Außenseiter“ zum Anschluß an das Kartell zu zwingen und übernahm damit die Aufgabe des Organisationszwanges.

Gegenstandslos wurde die Marktregelung durch Kartelle, als mit der Preisstopppgesetzgebung die zurückgestaute Inflation einsetzte.

Gleichwohl schien das Dritte Reich noch eine Aufgabe für die Kartelle bereitzuhalten. „Das totale Großraumkartell“ wurde zu Beginn des Krieges vorausschauend als geeignetes Ordnungsinstrument der Großraumwirtschaft gesehen.

Seit 1948, insbesondere seitdem die Bundesregierung ein Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen vorbereitet, steht die Frage im Mittelpunkt, ob Kartelle und eine durch den Wettbewerb gesteuerte Marktwirtschaft vereinbar sind.

Vielfach wird geltend gemacht, die Kartelle seien berufen, aus einer freien eine soziale Marktwirtschaft zu machen. Die private Marktregelung habe überall dort helfend einzugreifen, wo der freie Wettbewerb nicht arbeitsfähig sei und zu gesamtwirtschaftlich untragbaren Ergebnissen führe.

Im übrigen weist man — wie einst Peutinger — darauf hin, daß Kartelle ein Monopol oder eine marktbeherrschende Stellung angesichts von Substitutkonkurrenz und totalem Wettbewerb aller Waren untereinander ohnehin nicht erlangen könnten. Innerhalb dieser stets wirksamen Konkurrenz seien Kartelle Exponenten echten Leistungswettbewerbs.

Eindrucksvoll ist die hochentwickelte Fähigkeit der Kartelle, sich den jeweiligen Forderungen der Zeit anzupassen. Ist diese sich über Jahrhunderte bewährende Lebenskraft ein Beweis auch für die Lebensberechtigung?

Von keiner Seite wird bezweifelt, daß primär der Wettbewerb berufen ist, die Marktwirtschaft zu ordnen. Weit auseinander gehen indessen die Ansichten darüber, inwieweit der Wettbewerb arbeitsfähig ist. Man sammelt zunächst diejenigen Fälle, in denen man den Wettbewerb für schädlich hält. Wer hier zu dem Ergebnis gelangt, der Wettbewerb sei allgemein, jedenfalls aber überwiegend unzweckmäßig, fordert die Legalisierung der Kartelle; wer den Wettbewerb in bestimmten Fällen ablehnt, tritt für eine diesen Fällen angepaßte Zahl von Ausnahmenvorschriften ein. Ist diese Argumentation richtig?

Unterstellt, der freie Markt sei ernsthaft gestört und nicht der Wettbewerb selbst werde als störend empfunden — ist dann das Kartell die gesamtwirtschaftlich sinnvolle Lösung?

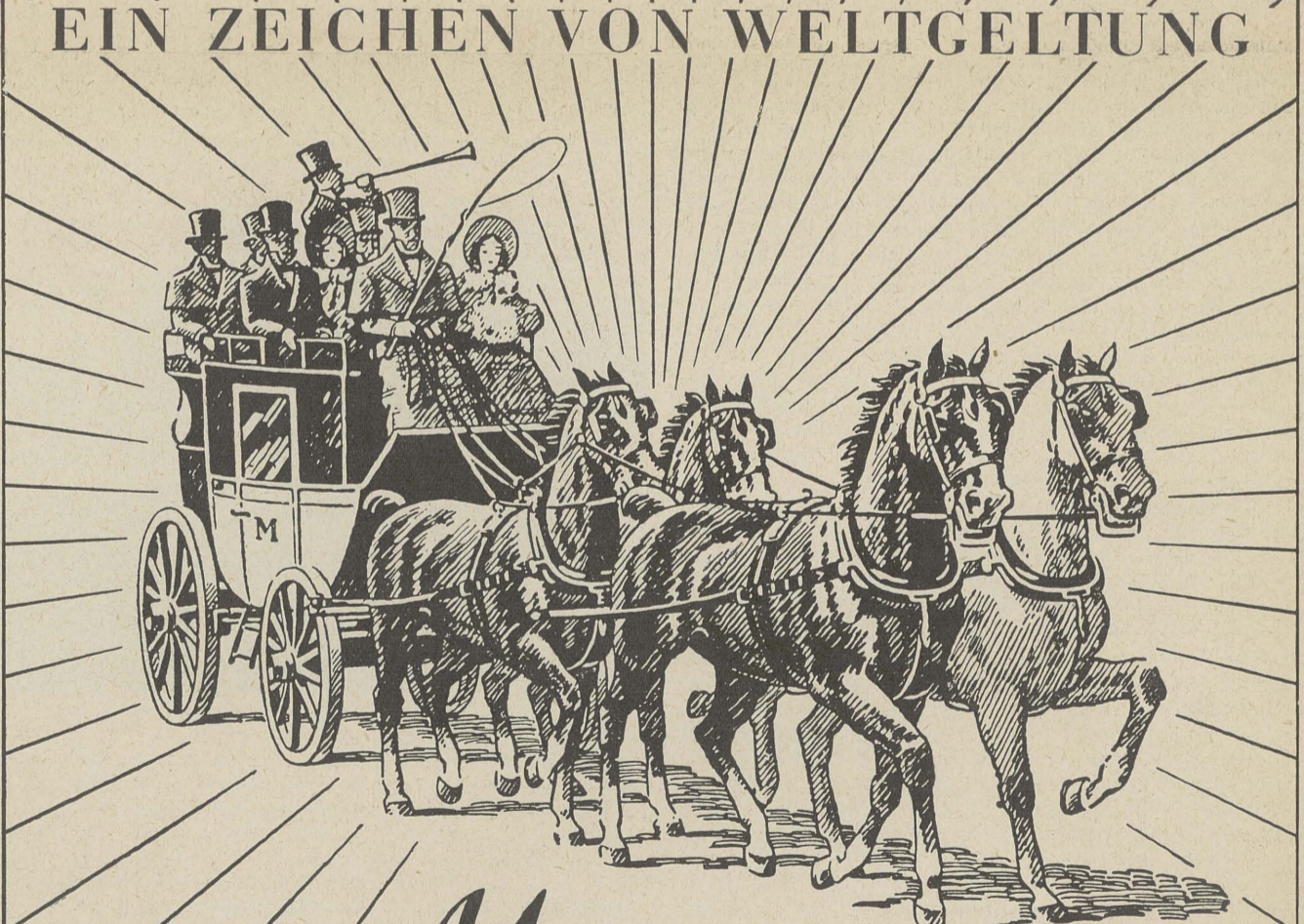
Als anschauliches Beispiel diene eine Branche, die infolge Geschmackswandels, technischer Neuerungen oder überlegener Substitutkonkurrenz übersetzt ist. Als Abhilfe gegen den hier unvermeidlichen Verlustpreiskampf im Anpassungswettbewerb — er ist als „ruinöse Konkurrenz“ oft beschrieben worden — fordert man die Erlaubnis für „Kartelle bei struktureller Krise“. Die Ursache des Übels ist die Überkapazität; sie ist nur zu beseitigen, wenn ein Teil der in dieser Branche arbeitenden Investitionsgüter anderen, gesamtwirtschaftlich nützlicheren Verwendungen zugeführt wird. Diese Wirkung hat ein Kartell aber gerade nicht.

Gesetzt, das Kartell sei stark genug, die Preise auf einem für die Mitglieder auskömmlichem Niveau zu halten, dann werden die leistungstarken Teilnehmer weiter investieren, und neue Unternehmen versuchen, in das — gemessen an den Preisen — lohnende Geschäft zu kommen. Die „Schwächelage“ wird nicht behoben; sie wird verstärkt.

Daraus folgt, daß nicht Fehlentwicklungen oder Störungen der Konkurrenz als solche Kartelle zu rechtfertigen vermögen, sondern daß entscheidend deren Fähigkeit ist, die Ursachen der unvollkommenen Marktleistungen zu beheben. Überdies ist zu prüfen, ob nicht andere, der Kartellierung überlegene Maßnahmen der Wirtschaftspolitik anwendbar sind.

Auf die hiermit verbundenen Fragen — darauf hat Wolfers schon vor 25 Jahren hingewiesen — gibt die Kartelltheorie keine Antwort. Es ist deshalb nicht möglich, sachgemäße Ausnahmen vom Grundsatz der Unwirksamkeit wettbewerbsbeschränkender Verträge in Einzelatbeständen zu formulieren. Maßstäbe für die Erlaubnis von Kartellen werden gesetzestechnisch nur mittels einer Generalklausel zu gewinnen sein.

EIN ZEICHEN VON WELTGELTUNG



Mousson
Lavendel
Mit der Postkutsche
(EINGETRAGENES WARENZEICHEN)

Als Deutsche in Israel

Fortsetzung von Seite 6

unterschrieben hatten, daß wir im Falle eines arabischen Überfalls allein die Verantwortung für uns tragen würden. Ab und zu sahen wir neben dem Weg liegende zusammengeschossene Wagen. Die weißen Tonnen, die Wegmarkierungen an den kurvenreichen Strecken waren oft von Kugeln durchlöchert. Die Geschichte des modernen Negev ist eine Geschichte von Überfällen, Mineralienfunden und Gründungen landwirtschaftlicher Siedlungen. Die weißen Sandflächen wurden bald von hohen kahlen, bunten Bergen abgelöst. Kein Baum oder Strauch war mehr zu sehen. Je höher die Sonne stieg, desto farbiger wurde die Szenerie. Farben, wie man sie auf den Bildern Franz Marcs findet. Die Konturen der Berge und Täler hätten den Kubismus



Bewässerungsanlagen und Traktoren bestimmen die Landschaft Israels. Dieser Traktorfahrer ist Sekretär des Kibbuz.

inspirieren können. Die Männer auf unserem Wagen hatten sich gegen Staub und Hitze arabische Kopftücher umgebunden. Ihre Gewehre legten sie nicht aus der Hand. Aus den ausgetrockneten, verstaubten Halsen tönten für unsere Begriffe orientalische Lieder. Aber als sie uns als deutsche Touristen entdeckt hatten, begannen sie — zwar schüchtern, aber richtig — deutsche Weihnachtslieder zu singen, denn bei uns zuhause war Adventszeit, wie sie sich richtig ausgerechnet hatten. Die Orangensaftflaschen wanderten von Mund zu Mund, obwohl die warme Flüssigkeit schon lange keine Erfrischung mehr war. Und dann begannen die aufgeregten Fragen sich zu überstürzen. Was haltet ihr von Adenauer? Wollt ihr die Wiederaufrüstung? Was sagt man in Deutschland zur Wiedergutmachung? Glaubt ihr, daß man die Pariser Verträge auch nach einem Regierungswechsel einhalten wird? Gibt es Arbeitslose? Seid ihr der Meinung, daß wir Juden auch hart arbeiten können? Würdet ihr in einem Kibbuz leben wollen?

So erreichten wir während der glühenden Mittagshitze Eilat am Roten Meer. Diese „Stadt“ mit ihren 3000 Seelen hat nichts von Beershevas Reizen. Links der Zufahrt liegt ein kleiner Flugplatz. Rechts am Berge stehen einige Baracken, wo die Bauarbeiter wohnen. Dicht an der Straße eine Siedlung, einstöckige, weißgekalkte Wohnhäuser. Riesenhaft wirkt die Silhouette des neuen, noch nicht vollendeten Hotels, das direkt am Meer steht.

Es ist selbstverständlich, daß man uns angeblich so kühne Weltfahrer zum Mittagessen einlud. Hier waren wir im Zentrum der Stadt, wo sich das Klubhaus der Soldaten befindet, eine vornehm eingerichtete Villa, in der wir die neuesten Nachrichten lasen. Der andere Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens liegt direkt unterhalb an der Ecke des Golfes und ist das Shekem Café. Wenn man sich dort für einige Stunden hinsetzt und das tiefblaue Meer im Hintergrund mit der Unzahl von farbigen Fischen betrachtet und zur fernen arabischen Stadt Okaba hinübersieht, vergißt man, daß Eilat eigentlich nur einem großen Bauplatz gleicht. Schnell sinkt die Sonne dort und verschwindet hinter den Wüstenbergen. Während es Nacht wurde, saßen wir mit einer Gruppe von Soldaten, Fischern und Bauarbeitern zusammen und unterhielten uns über die Arbeit und den Zweck der südlichsten Stadt Israels. Den Boden kann man hier nicht fruchtbar machen, da er zu viel Salz enthält. Auf unsere Frage, warum drüben in Akaba Bäume stehen, antwortete uns im Scherz der jüdische Fischer:

„Dort wohnen ja die Araber und hier wir Juden und, wo Juden hintreten, wird der Boden unfruchtbar.“

Die Bevölkerung in Eilat lebt hauptsächlich von der Fischerei. Die Verbindung zur Welt ist das Flugzeug. Schlimm ist, wenn es längere Zeit ausbleibt, dann verkommen die Fische, die Kinder haben keine Frischmilch, zu schweigen von der erschnittenen Post und den Zeitungen, die Nachricht von draußen bringen. Ernstliche Überfälle von Arabern gibt es selten. Neulich haben sie Zementsäcke am neuen Hotel gestohlen, eine unangenehme Sache, weil die Transportkosten so hoch sind. Der Hafen soll den Schiffen die Fahrt durch den Suez-Kanal ersparen, und das Hotel soll herziehen. Die Winter sind angenehm, die Sommer unerträglich heiß. So fragt man in Israel die Menschen bei bestimmten Gelegenheiten nicht, ob sie aus der Irrenanstalt kommen, sondern ob sie in Eilat waren. Die Hitze brennt dort so, daß man meint, die Augen würden austrocknen. Wenn wir die Menschen fragten, warum sie sich gerade in Eilat angesiedelt hätten, so antworteten sie mit einem fast mitleidigen Lächeln und fragten uns, ob wir niemals jung gewesen seien.

Jugendlich spontan urteilen sie über gesellschaftliche und soziale Probleme. Sie waren z. B. sicher, daß die jungen Leute aus Deutschland und aus Israel gemeinsam die Vorurteile der Erwachsenen aus der Welt schaffen würden. Unsere Frage, ob nicht auch die Jugend Vorurteile habe, verneinten sie sehr bestimmt, denn sie hätten ja zu deutlich gesehen, wo Voreingenommenheit hinführe. Gegen Mitternacht, als die erste frische Brise vom Meer her wehte, bauten wir auf dem Lastwagen unser Bett. Todmüde schliefen wir ein. Aber schon wenige Minuten später schreckte uns Maschinengewehrfeuer auf. Einer der Fahrer meinte, die Schießerei sei mindestens hundert Meter entfernt, und deswegen nicht gefährlich. Zudem könnten uns ja die Kugeln nichts anhaben, da die Holzplanken des Wagens mit Blech verkleidet seien. Man kann sich denken, wie beruhigt wir weiterschlichen.

Noch ehe die ersten Sonnenstrahlen die kahlen Felsen bunt färbten, fuhren die Fischer aus. Einer von ihnen hatte in Frankreich Medizin studiert, einer war in Deutschland Musiker gewesen, einer war schon als kleines Kind aus Polen gekommen,

einer war Professorensohn aus Breslau. Sie sangen ein israelitisches Lied. Da sie hier glücklich wurden, haben sie Europa beinahe vergessen.

Nach dieser Fahrt in den schwierigsten Teil des Landes, der hauptsächlich der Jugend gehört, machten wir uns auf die Suche nach der älteren Generation, nach Leuten, die uns Deutsche hassen würden, so jedenfalls hatte man uns gesagt. Auf der Straße, die von Tel Aviv nach Jerusalem führt, hielten wir einen etwas wackligen Wagen an. Wir hatten keine Hemmungen mehr, deutsch zu sprechen. Kaum saßen wir bequem im Fond, da prallte auch schon ein entsetzlicher Satz auf unsere Selbstsicherheit: „Ihr seid aus Deutschland. Aber ihr seid keine Juden. Ich kenne Deutschland: acht Jahre Auschwitz.“ Schweigen, was konnte man sagen? Mitleid? Die Landschaft saust vorüber, wir schweigen ohne aufzublicken. Zu seinem Freund gewandt, fuhr er fort: „Aber es gibt auch gute Deutsche. Einmal, erinnerst du dich — ich sollte 30 Stockhiebe bekommen. Damals war ich schon ziemlich schwach. Ich kann es dem Kapo nie vergessen. Er führte mich hinter die Baracke. Schreien mußt du, nur schreien! Er knallte mit der Peitsche in der Luft und zerriß mit der anderen Hand meine schäbige Kleidung. Plötzlich kramte er aufgeregt in der Tasche, zog einen Lippenstift hervor. Striche malen, flüsterte er, ehe er wütend „dreißig“ brüllte und fluchend das Gelände verließ. Alles sah echt aus, obgleich nur meine Tränen echt waren. Sein Begleiter hatte sich schon die ganze Zeit besorgt nach uns umgedreht. Da brüllte er ihn fast an: „Nun sei aber still! Mein Gott ja, warum habe ich euch das erzählt. Entschuldigt bitte, aber als ich euer Deutsch hörte, kam mir die Erinnerung. Kommt, laßt uns einen Kaffee trinken.“ Wir kletterten immer noch etwas verstört aus dem Wagen. Nichts hätte mich mehr in Erstaunen versetzen können, als dies brave, harmlose Gesicht eines Familienvaters, das ich nun zum erstenmal sah. Bei Kaffee und Kuchen plauderten wir fröhlich über unsere Reise, über Israel und über seine Familie. Vor vier Jahren hat er ein Mädels aus dem Yemen geheiratet. Wir sollten sie doch einmal in Natanya besuchen. Es sei eng, wie überall im Lande, aber Platz zum Schlafen fänden wir schon. Nachdem wir die Adressen ausgetauscht hatten, fuhren wir weiter.

Nun wurden Witze erzählt.

In Jerusalem hätten wir fast unsere Freiheit verloren, denn eine uns „befreundete“ Familie, die wir vor einigen Tagen kennengelernt hatten, bat uns höflich aber dringend, ihren Bekannten im Außenministerium zu besuchen, der uns Ratschläge für unseren weiteren Aufenthalt geben sollte.

Eine breite Straße, die von kleinen, etwas verfallenen Häusern begrenzt ist, führt ins jüdisch-orthodoxe Viertel, Mea Shearim. Dort gleich an der Ecke, gar nicht weit vom Außenministerium, fanden wir ein wunderhübsches kleines Café. Wir kratzten unsere letzten Piaster zusammen und setzten uns an den Eckstisch, von dem man die Straße überblicken kann. Hier sieht man nämlich die alten Juden in ihrer mittelalterlichen Tracht und ihre Söhne, die nach alten Bräuchen erzogen werden.

Schon waren wir nicht mehr allein, ein älterer, einfach gekleideter Herr hatte sich zu uns gesetzt. Er erzählte uns, daß seine Familie aus Europa käme, er selbst aber im Lande geboren sei. Es war ein Schuster, der in diesem Viertel arbeitet. Schnell stellte



Unser Kibbuz im oberen Galil. Vorbereitung des Mittagessens.

er die für Israel so typische Frage: „Wo kommen sie her? — Aus Deutschland! Das ist aber interessant. Wie ist es heute bei euch? Gibt es Arbeitslose? Was hält man von der Wiedergutmachung? Wollen sie eine neue Wehrmacht?“ Wir mußten von unserer Reise erzählen. Dann erklärte er uns in gebrochenem Englisch, in das er einige deutsche und hebräische Worte mischte: „Ich bin froh, daß sie noch keinem Haß begegnet sind. Es gibt ja überall schlechte Menschen. Aber wir sind doch alle Menschen und achschaf (jetzt) Schluß with the hadred.“ Als wir weggingen, ließ er es sich nicht nehmen, uns den Kaffee zu bezahlen, und die Wirtin drückte uns eine Schachtel Zigaretten in die Hand. „Weil ihr aus Deutschland seid!“

Nun gingen wir ins Außenministerium, um zu erfahren, daß dies alles doch nicht ganz so sei. —

Nachdem der Herr vom Außenministerium sich von der Schreckensnachricht, daß zwei deutsche Mädchen seit einiger Zeit schutzlos durchs Land trampelten, erholt hatte, versuchte er, uns von der Gefahr, die für uns in Israel droht, zu überzeugen. Wir sollten niemanden sagen, daß wir aus Deutschland seien, sollten nicht mehr trampeln und auch nicht ohne Schutz ausgehen. Da wir keine Lust hatten, mit Polizeischutz zu reisen, und wir nicht so schnell unsere bisherigen Erfahrungen vergessen konnten, bat er uns, in acht Tagen wieder zu kommen, damit er sich die Lage in Ruhe überlegen könne. Als wir ihn acht Tage später wieder besuchen und ihm von unserem Aufenthalt in Jerusalem, von unseren Gesprächen mit Professoren und Studenten der Universität berichteten, wurde er etwas ruhiger. Nur vor den Zeitungen

sollten wir uns in achtnehmen — meinte er — käme etwas in die Zeitung, könne er nicht mehr für unsere Sicherheit garantieren. Erst jetzt also waren wir offiziell in Jerusalem angekommen. Die folgende Zeitspanne war verhältnismäßig kurz und fand mit folgendem Ereignis ihren Abschluß.

Wir saßen in einem Kibbuzzimmer mit jungen Menschen zusammen und erzählten unsere Erlebnisse. Plötzlich sagte ein Mädchen: „das habe ich auch in der Zeitung gelesen!“ Entsetzt lauschten wir ihrer Übersetzung: Zwei deutsche Studenten trampeln durch Israel. Ein Kibbuz im oberen Galil wollte sie als Gäste aufnehmen, aber zwei Chaverim (Mitglieder) aus dieser Siedlung machten Schwierigkeiten, da sie nicht mit Deutschen zusammentreffen wollten. Das Außenministerium wird gefragt, wie diese beiden Touristen ins Land kamen, obwohl es keine diplomatische Beziehung zu Deutschland gibt. — Die Kibbuznikin konnten sich unseren Schrecken nicht erklären, sie hielten unser Entsetzen für falsche Bescheidenheit. Am nächsten Morgen fuhren wir im Bus nach Nazareth, der ganze Bus sprach von den



Arabischer Basar in Akko.

Von arabischen Kulturgefällen bis zu alten europäischen Kleidern oder Lebensmitteln ist hier alles verhältnismäßig billig zu haben. Nur handeln muß man können.

zwei Deutschen und einige waren sicher, daß wir diese zwei seien. In Nazareth entschlossen wir uns, weiter nach Tiberia zu trampeln.

Ein Autoschlosser aus Berlin verpackte uns in seinen Jeep, er war offensichtlich stolz, „historische Persönlichkeiten“, wie er uns nannte, statt Ersatzteile geladen zu haben. In Tiberia ging meine Schwester in ein kleines Café, während ich Zeitungen kaufte. Ein Taxichauffeur sprach sie sofort an und forderte sie auf, deutsch zu sprechen. Sie hatte nämlich vorsichtshalber auf englisch bestellt. Ehe sie antworten konnte, fragte er sie nach ihrer Schwester. „Ich habe es doch heute in der Zeitung gelesen und mir vorgenommen Euch zu helfen, und das Glück will es, daß mir gleich eine von Euch über den Weg läuft!“ Als ich von meinem Zeitungskauf zurückkam, erklärte er derade mit Stentorstimme seinen Freunden, d. h. allen Taxichauffeuren, die dort warteten, wer wir seien. Wir waren etwas belustigt, aber in der Hauptsache erschreckt und, ehrlich gestanden, sehr froh, als wir nach einigen Gläsern Bier mit Zigaretten und Bonbons beladen wieder das Weite der Landstraße suchen durften. An diesem Tage sprachen wir mit keinem Menschen mehr, der uns nicht sofort anredete, ach ihr seid wohl die beiden... Schnell wurde uns klar, daß diese Zeitungsgeschichte unsere Sicherheit nicht gefährdete, aber trotzdem zogen wir es vor, für die nächsten drei Wochen in ein Kibbuz zu verschwinden. Ein Kibbuz ist eine kollektive landwirtschaftliche Siedlung, eine Kolchose in Freiheit. Während Gonen „unser Kibbuz“ wurde, während wir dort Steine lasen, Bäume pflanzten, Kohl hackten und Kartoffeln ernteten, verloren die Probleme Deutschland-Israel für uns ihr Gewicht. Wir erfuhren wohl nach einigen Tagen, daß das Außenministerium eine Erklärung an die Zeitungen gegeben hatte, aber uns interessierten vielmehr die Traktoren, die Fischteiche, der Gemüsegarten und nicht zuletzt die Chaverim (Mitglieder). Es ist schon sehr viel über Kibbuzim geschrieben worden. Jeder Kibbuz hat seine Eigenheiten über die man diskutieren kann, aber es gibt zwei Dinge, die man festhalten sollte. Der Kibbuznik ist das Ideal aller Israeli, selbst der Städter. Jede Familie hat „ihr Kibbuz“, an dem sie besonders interessiert ist, man ist stolz auf diese Siedlung, auch wenn man dort nicht leben möchte. Da bei den Menschen im Kibbuz Geld kein Maßstab ist, das Individuum keine wirtschaftliche Einheit, der einzelne nicht in Einnahmen und Ausgaben denkt, sondern höchstens an den Nutzen seiner Arbeit für die Gemeinschaft, entsteht hier ein neuer Typ, der durch sein Denken die Gesellschaft immer mehr beeinflussen wird.

In den letzten drei Wochen, die wir nach unserem Aufenthalt in Gonen im Lande verbrachten, sehnten wir uns oft an die ersten Tage unserer Reise oder nach dem nüchternen, aber fröhlichen Leben in Gonen zurück. Wir wußten uns nicht mehr vor Einladungen zu retten. Bald glaubten selbst wir eine Sensation zu sein, keine Freundlichkeit konnte uns mehr überraschen. Wenn wir einen Tramp brauchten, gingen wir zur Polizei. Waren die Schuhe durchgelaufen, bekamen wir sofort irgendwoher welche geschenkt. Unsere Wünsche wurden Befehl. Jeder unserer Bekannten in Haifa, Tel Aviv oder auf dem Lande erfuhr auf den unmöglichsten Umwegen, was wir gerade taten oder planten. In diesen letzten Tagen unseres Israel-Aufenthaltes sind wir noch einmal im Außenministerium gewesen. Eine winterlich feuchte Kälte lag über Jerusalem, als wir mit Sack und Pack, diesmal völlig verdreht, ankamen. Wie gute alte Bekannte wurden wir zwei Landstreicher begrüßt. Vier Stunden unterhielten wir uns über deutsche und israelische Probleme. Beladen mit Büchern und Broschüren aber hauptsächlich mit dem Eindruck, daß dort vor allem Menschen sind, verließen wir die kleinen Häuser am Hügel vor Jerusalem, sicher, dorthin einmal zurückzukehren. Es war höchste Zeit nach Hause zu fahren, wo wir schneller als wir wollten uns wieder in den nüchternen Alltag hineinlebten.

Eva Belig